

1

Die
deutsche Nationalversammlung

bis zu den Septemberereignissen.

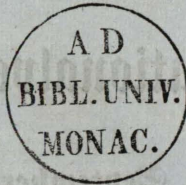
Ein Bericht
aus der Partei des rechten Centrum

von

N. Haym,
Abgeordneter der beiden Mansfelder Kreise.

Frankfurt a. M.

Verlag von Carl Fügler.
1848.



Frankfurt a. M.
Verlag von Carl Neuberger
1818

Inhalt.

I.

	Seite
Inhalt und Absicht des Berichts	1
Die Lage der Dinge beim Zusammentritt der Nationalversammlung .	4
Die Aufgabe	8
Die ersten aufklärenden Schritte	12
Die Einsetzung einer provisorischen Centralgewalt	18
Die Parteibildung	38

II.

Die Grundrechte des deutschen Volks	47
Neuere Politik. Die Polenfrage	67
Frankfurt und Berlin	93
Die Schleswig-Holstein'sche Frage	105
Die Ereignisse außerhalb der Paulskirche	139
Rückwirkung auf die Versammlung. Parteigestaltung	145

Inhalt

1	Einleitung
1	Die Lage der Dinge beim Ausbruch des Krieges
2	Die Kriegsführung
12	Die ersten militärischen Schritte
13	Die Ereignisse des ersten Feldzugs
28	Die Fortschritte

II

41	Die Operationen des zweiten Feldzugs
42	Die Ereignisse des zweiten Feldzugs
43	Die Operationen des dritten Feldzugs
44	Die Ereignisse des dritten Feldzugs
45	Die Operationen des vierten Feldzugs
46	Die Ereignisse des vierten Feldzugs

betreffend, nach dem großen Publikum sehr gut in Ordnung
 Behandlung eingehend. Was bei dem andern Vorkommt
 die Rechte unserer Verfassungen gewahrt, ihnen nicht
 Rechte das dem geltenden das Rechte zuzuschreiben, wie wir
 hat dieses Land aus der Hand genommen, ist dieses
 Rechte und Freiheit nicht nur in einem Lande
 nicht, sondern alle Lande sind gleich, wenn nicht
 andere Rechte und Freiheit der Verfassung wehren, weil
 wollen Rechtlich machen, auch von Rechtlichen Dingen, weil

I.

Inhalt und Absicht des Berichts.

Inmitten der großen Bewegung, die über unser Vaterland
 gekommen, eine treue Geschichte dieser Bewegung zu schreiben:
 solche Absicht verbietet sich von selbst. Auch da, wo Geschichte
 nicht mehr durch die Wucht der Massen, sondern durch die
 der Ueberzeugungen, im Kampf der Rede und der Berathung
 gemacht wird, ist erschöpfende Darstellung unmöglich. Das
 unruhig werdende ist stärker, als der Blick, der das Gewor-
 dene fixiren will; das bewegte Gemüth sammelt sich nur
 mühsam zur Ruhe der Betrachtung. Der schwere Körper
 wiegt leichter, wenn man ihn in's Wasser taucht, und so wird
 im Fluß des historischen Geschehens die Kraft des historischen
 Besinnens schwächer.

Was wir jedoch mit diesem Berichte wollen, ist weniger
 Geschichtschreibung, als selbst lebendige Geschichte. Von dem
 Leben, in dessen Schooß wir sitzen, wollen wir mittheilen an
 die Draußenstehenden; frische Früchte wollen wir herausbre-
 chen aus dem Stock, den das deutsche Volk selbst gepflanzt
 hat; einen offenen Durchblick soll es gewinnen in das Innere
 unserer Versammlung; von Innen her wollen wir dasjenige

beleuchten, was dem größeren Publikum sonst nur in äußerer Beleuchtung entgegentritt. Was der Sinn unserer Beschlüsse, die Motive unserer Abstimmungen gewesen, durch welche Kräfte das Eine gelungen, das Andere fehlgeschlagen, wie sich jetzt etwas langsam und überlegt vorbereitet, jetzt Etwas plötzlich und gleichsam unter den Händen zu Stande gekommen — von alle Dem soll einige, wenn auch fragmentarische Einsicht nach Außen hin verbreitet werden; wir wollen öffentlich machen auch von demjenigen etwas, was hinter den Verhandlungen der Paulskirche liegt; in das Geheimniß der Partei, und, so hoffen wir, in den Willen dieser ganzen noch werdenden Geschichte sollen möglichst Viele eingeweiht werden.

Der Zeitpunkt, von welchem aus wir zum Erstenmal das Geschehene zusammenfassen, ist nicht zufällig gewählt. Eine große und entscheidende Katastrophe liegt hinter uns. Der Charakter der Nationalversammlung ist nach den Septemberereignissen ein anderer, als vor denselben, und wenn wir in den neuen Abschnitt allerdings ein großes Werk noch unvollendet hinübernehmen, so wird es ja unverwehrt sein, unsere Darstellung nach Born hin offen zu lassen. Ein Bruchstück wird sie auf weitere Mittheilungen hinweisen und uns selbst zur Fortsetzung eines mit den Ereignissen Schritt haltenden Unternehmens auffordern.

Innerlich betrachtet scheint dagegen schon jetzt der Kreis vollkommen geschlossen, den unsere Darstellung zu berühren hat. Der Charakter der Versammlung hat sich gebildet und manifestirt. Die Ereignisse und Stimmungen außerhalb der Versammlung haben eine übersehbare Entwicklung gehabt. Beides wird sich vorführen, von Beidem wird sich die Summe ziehen lassen. Die Aufgabe der Versammlung ist zwar keineswegs gelöst, wohl aber nach allen Seiten hin bestimmt

und in bezeichnenden Diskussionen erprobt. Es lassen sich Beispiele für alle wesentlichen Richtungen jener Aufgabe aufstellen. Die Parteien endlich sind in Folge entscheidender Debatten klar gesondert; die martirtesten unter ihnen haben die Probe ihres Bestehens erfahren, und auch was an hervorragenden Persönlichkeiten unter uns ist, hat sich gezeigt, hat seinen Platz genommen und läßt sich zugleich mit den Parteien gruppiren.

Der Gang unserer Darstellung zeichnet sich demnach von selbst vor. Auf den gegliederten Stoff tragen wir leicht die chronologische Ordnung auf. Ein Gemälde, aber ein bewegtes, erzeugt sich. Wir treten zuerst mit den Eindrücken der großen vorbereitenden Ereignisse in eine Versammlung, deren Mitglieder sich fremd, und die sich nur mühsam an einer unendlichen Aufgabe orientiren. Diese Aufgabe erschließt sich sofort nach ihren verschiedenen Seiten. Die Freiheit will erhalten, die Einheit des Vaterlandes geschaffen, das nationale Interesse über Allem geachtet und der sociale Zustand des Volkes theilnehmend berücksichtigt sein. — So will zuerst verfolgt sein, was die Versammlung gethan, um den Bau der Verfassung zu gründen. Im Verfolg dieses Zweckes gelingt ein bedeutender Griff. An diesem vollzieht sich, wie von selbst, die Bildung und Gliederung der Parteien. Deren Charakteristik schiebt sich daher unserer Darstellung als eine Episode ein. Weiter aber fordert die Lage des Vaterlandes, den Blick nach Außen zu wenden. Die Versammlung muß Akte der äußeren Politik vornehmen, und unsere Erzählung ist so in eine neue Reihe von Berathungen und Beschlüssen gewiesen, welche alle die nationale Idee beherrscht. Die äußere Politik aber begegnet sich mit der inneren, und plötzlich schlingt sich durch diese Begegnung ein Knoten zusammen, den zu durchhauen, wie zu lösen, gleich verhängnißvoll scheint.

Es gelingt endlich mit großer Anstrengung das Bestere. Eine tiefe Erschütterung ist die Folge, und diese in ihrer Wirkung auf die Versammlung darzustellen, wird unsere letzte Aufgabe. Das Ende kehrt zum Anfang zurück. Die geänderte Umgebung der Versammlung, ihr eigener im Verlauf ihrer Wirksamkeit gebildeter Charakter wird neu zu beleuchten und mit der Lage der Dinge bei ihrem Zusammentreten in Parallele zu stellen sein.

So rollt sich ein äußerlich wie innerlich geschlossenes Bild unserer Lage wie unserer Thätigkeit ab, und Inhalt und Absicht dieser Blätter scheint im Voraus verständlich geworden.

Die Lage der Dinge beim Zusammentritt der Nationalversammlung.

Eine in Paris improvisirte Revolution hatte in furchtbarer Eile einen ganzen Welttheil erschüttert. Mit einer Hast, die unerhört ist in der Geschichte, hatte man die gelegene Stunde genutzt, und den stürmischen Forderungen des Volks gegenüber wurde der Widerstand kaum versucht, von dem man doch glauben konnte, daß ihn ein mehr als zwanzigjähriges System zur leichten Gewohnheit gemacht habe. So faul war dieses System, so gerecht diese Forderungen, so verhängnißvoll der Moment. Die Ueberraschung war der Charakter dieser Ereignisse, und vor ihr hatte endlich auch der stärkste der deutschen Staaten nicht Stand zu halten vermocht. — Je plötzlicher aber und instinktiver die Bewegung der Märztagte gewesen, um so sicherer prägte sie auch ihren Charakter aus. Bei aller anscheinender Maßlosigkeit schien ihr ein edles Maß eingeboren, und mächtige Ideen

zeichneten sich in ihr ab, sei es trotz, sei es wegen ihrer Zufälligkeit. Die Bewegung hielt Maß: denn demokratisch von Grund aus, hielt sie in Deutschland doch ehrfurchtsvoll still vor den Thronen; und an großen Ideen läuterte sie ihren Ungezüg: denn die Freiheit in nationalen Formen zu bilden und in nationaler Einheit groß zu ziehen — mit diesen Gedanken durchzog sie damals das deutsche Vaterland.

Aber nach der Natur solcher Ereignisse war jenes Maß kein unüberschreitbares, waren jene Gedanken mehr dunkel geahnte, als klar bewußte. Der Drang eines sich befreienden Volkes hatte wohl den Instinkt, aber nicht überall die Weisheit der Mäßigung. Die aufgeregten Wellen schlugen hier und da höher an die Throne hinan und mit der nationalen Idee gerieth die Befreiungstendenz ebenso oft in Conflict, als sie anderswo mit ihr zusammenging. Die Widerstandslosigkeit der kleineren deutschen Regierungen war zum Erschrecken bloßgelegt und Frankreichs Beispiel schien aufzufordern, die reine Consequenz davon zu ziehen. In Preußen, wo eine auf's Höchste gespannte Romantik dem Anbruch des Rechtsstaates sich so lange widersetzt hatte, waren alle ihre Illusionen in einer einzigen Barrikadennacht hinweggeschwemmt worden. Je härter der Gegenschlag, desto größer die Gefahr, daß an die Stelle des einen Extrems das andere treten werde. Und hier endlich, so wie noch mehr in dem von Metternich regierten Staate war die Freiheit ein so neues und ungewohntes Gut, die alten Formen dagegen so ausgebildet und eingelebt, daß der regenerirte Staat in die Luft gestellt und jedem neuen Andrang bloßgestellt schien. Der Befreiung von der Romantik schien dort die Frivolität der Hauptstadt, der Befreiung von geistloser Polizeiherrschaft schien hier der jugendlichste Taumel der Freiheit zu folgen. Dazu dort der Haß des Volkes fast ausschließlich auf den Erben des Thrones

geworfen und hier die rührendste Liebe zu dem angestammten Kaiserhause zum ersten Mal auf eine harte Probe gestellt. Während aber diese beiden Staaten nichts desto weniger in ihrer Geschichte einen starken Widerhalt gegen jedes republikanische Gelüste hatten: so ward in der nächsten Nachbarschaft Frankreichs die Frage, ob Monarchie, ob Republik, sogar auf die Spitze der Waffen gestellt. Jenes Maß der Revolution mußte hier auf offenem Felde abgemessen und durch das Blut von Rebellen besiegelt werden. Der Erfolg legte die Schwäche des Republikanismus an den Tag, die Verwegenheit des Versuchs mahnte dringend zur Aufmerksamkeit. Jene Kardinalfrage über die Verfassungsform war durch diese Hergänge überall herausgefordert; die Ereignisse in Posen andererseits, sowie die Gefahr, welcher die österreichische Monarchie von allen Seiten durch das Auftauchen der verschiedenen nationalen Elemente in ihren Provinzen ausgesetzt war, schärften das Bewußtsein deutscher Nationalität und an die Herstellung der Einheit Deutschlands mahnte die Stellung gegen Rußland, gegen Frankreich, gegen Dänemark, — es mahnte Alles daran und wenn die Vorfälle in Baden diese Einheit bedrohten, so war dies ein neues Motiv, um die Republikanisirung des Vaterlandes zu perhorresciren.

Unter diesen Zuständen und Ereignissen, mit allen ihren Consequenzen, während Handel und Gewerbe darniederlag, während das Vertrauen geschwunden und der Credit erlahmt war, hatte das deutsche Volk für das erste deutsche Parlament gewählt. Alle Hoffnungen nahmen sich in dem Gedanken an die deutsche Nationalversammlung zusammen. Eine lang gehegte und noch neuerdings vor den Märztagen von Basser mann in der bündigsten Weise ausgesprochene Idee war in diesen Tagen plötzlich zur Reife gediehen. Die ganze deutsche Bewegung drängte dahin wie zu ihrem Ab-

schluß und ihrer Vollendung. Durch den Zusammentritt eines Vorparlaments hatte der Gedanke einer verfassunggebenden Nationalversammlung Autorität gewonnen, der alte Bundestag mußte sich regeneriren, um noch zu existiren; aber innerlich autoritätslos wie er dem Volke gegenüber von jeher war und in die Mitte genommen von den ihm beigefesteten Vertrauensmännern und von der revolutionären Behörde des Fünfsziger-Ausschusses, so diente er nur noch als Organ der Wünsche des Volkes.

Nach einem radikalen Wahlgesetz also hatte das Volk für die am 18. Mai in Frankfurt zusammentretende Nationalversammlung gewählt. Die Wahlen trugen die Farbe der Ereignisse. Wenn der freisinnige Wahlmodus jede Schranke der Wählbarkeit entfernte, so begünstigte die Unbestimmtheit, in welcher die Aufgabe der Frankfurter Versammlung den Wählern vorschwebte, die Fernhaltung jeder egoistischen Rücksicht. So war der Einsicht und dem Talent der Zugang geöffnet; dem praktischen Geschick wurde minder Rechnung getragen; den Ausschlag gab das politische Bekenntniß. Je nach der Stimmung in den einzelnen Ländern trug hier die Hinneigung zur Republik, dort das Bekenntniß des Festhaltens an der konstitutionellen Monarchie den Sieg davon und es zeigte sich auch hier, daß in Baden die Republik den meisten, in Preußen den wenigsten Boden habe. Die Summe aber war, daß die Republikaner in entschiedener Minderzahl waren. Man hätte, als man zuerst die Namen der Gewählten übersehen konnte, als man zuerst sich grüßte und zuerst Ansichten austauschte — man hätte glauben mögen, daß mit dem Fehlschlagen des Hecker'schen Unternehmens den republikanischen Bestrebungen die Spitze abgebrochen sei, wenn nicht eine Versammlung unberechenbar hätte scheinen müssen, deren Aufgabe für unermesslich, deren Vollmacht für unbeschränkt gelten konnte.

Die Aufgabe.

Unermesslich, in der That, mußte diese Aufgabe damals scheinen, wenn sie doch unermesslich noch heute scheint, nachdem fünf Monate angestrengtester Thätigkeit und unermüdeten Fleißes hinter uns liegen. Kein Gefühl war allgemeiner, als dies, daß wir mit unserer Aufgabe in eine Unendlichkeit von Aussichten und Erwartungen mitten hineingestellt seien, und daß wir in das Unabsehbare vor uns, von Einsicht und Kenntnissen, von Willen und Charakter einen unerschöpflichen Schatz würden versenken müssen, ehe sich das Werk einer Verfassung für ganz Deutschland erheben könne. Keine bedeutendere parlamentarische Versammlung hatte in Deutschland stattgefunden, als die des Ersten Preussischen Vereinigten Landtags. Aber das schwierige Werk der Eroberung verheißener Rechte war unendlich leicht gegen das der Schöpfung eines vollkommen neuen Rechtsbodens. Leicht war es, nach dem treffenden Ausdruck eines jener Männer des Landtags, Stein für Stein von einem festen Gemäuer loszubrückeln; aber unendlich schwer, das Fundament zu legen, wo noch nie ein Gebäude gestanden, den Plan zu erfinden, für den es kein Muster gab.

Das Gefühl der Schwierigkeit solchen Unternehmens wurde dadurch erhöht, daß nirgends noch ein Anhalt bestand, an welchem die junge Versammlung sich finden, ordnen und befestigen konnte. Es lag in der Natur der constituirenden Nationalversammlung, daß ihr nichts als ihr eigenes Werk gegenüberstand. Sich selbst überlassen war sie gleichsam ausgelegt, war dem Schicksal und ihrem eigenen Genius, dem

Genius ihres Volkes anvertraut. Unbekannt mit sich selbst, mit den Kräften, die ihr zu Gebote stehen, mit dem Geiste, der in ihr walten werde: so sollte sie allererst sich organisiren, sich ihre Geschäftsordnung geben, sich ihren Präsidenten wählen, und sofort an eine Aufgabe gehen, welche nur in den allgemeinsten Zügen den Einzelnen vorschwebte.

Denn das war ein weitschichtiger Ausdruck: dem Vaterlande eine Verfassung geben! Wird es möglich sein, sich ganz ausschließlich auf dieses Thema zu beschränken? Wird die Autorität einer verfassunggebenden Versammlung nicht diese ihre unmittelbare Aufgabe weit überragen? Werden nicht Ereignisse eintreten, welche von Außen her diese Autorität in Anspruch nehmen? Werden nicht, durch die Süßigkeit der Macht bestochen, Viele im Schooße der Versammlung selbst diese Autorität auszuweiten und zur Autorität des Regierens zu steigern, den gefährlichen Versuch machen? Und weiter: soll diese Verfassung hier nur erfunden, oder soll sie auch eingeführt werden, soll sie nur in den Grundlinien vorgezeichnet, oder sollen gleichzeitig die Gesetze gegeben werden, durch welche die Verfassung erst Wurzel fassen kann? An welchem Punkte endlich wird am glücklichsten das zusammengesetzte Werk begonnen, in welcher Ordnung werden seine einzelnen Theile behandelt werden?

So fragte man sich gegenseitig, als der erste Tag der Verhandlungen uns schon überraschte und die Eröffnungssitzung Alles viel mehr zu verwirren, als aufzuklären schien. Aus stürmischen Verhandlungen über eine provisorische Geschäftsordnung und über die provisorische Wahl eines Vorsitzenden retteten wir kaum den Trost, daß die Mehrzahl der Versammlung von einem richtigen Takte geleitet und den Absichten einer radikalen Partei keineswegs geneigt sei. Glücklicher schon die zweite Sitzung. An der Wahl eines provisorischen Prä-

sidenten versuchte sich zum ersten Mal die Stärke und verriethen sich die auseinandergehenden Absichten und Interessen der Parteien. Die durch die Stürme des ersten Tages Niedergeschlagenen schöpften frische Hoffnung, als Heinrich von Gagern den Präsidentenstuhl einnahm. Würde und Anstand breitete sich auf einmal über die Versammlung aus, die Leidenschaften schienen plötzlich niedergehalten, und aus Verwirrung und Ungefügigkeit tauchte ein fester Punkt hervor, als eine Leitung, umgeben von dem vollen Glanze sittlicher Würde, gewonnen war. In der Antrittsrede des Neugewählten aber faßte sich auch zum ersten Mal das Bewußtsein über den Umfang und die Bedeutung des von der Versammlung zu Leistenden zusammen. Das erste Wort wurde gewagt über die Grenzen unserer Machtvollkommenheit, und aus der Weite unserer Aufgabe wurde das Eine herausgegriffen, in welchem die noch so divergirenden Meinungen wie in einem unverrückbaren Mittelpunkte zusammenschossen.

„Wir haben“, sagte Gagern mit jener Zuversicht des Ausdrucks, welche dem Adel seiner Erscheinung gleichkömmt — „wir haben die größte Aufgabe zu erfüllen. Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesammte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation.“

So sprach Gagern, und der Beifallsturm, von welchem diese Worte getragen wurden, gaben ihnen den Werth, daß sie den gemeinsamen Glauben der Versammlung ausdrückten. Die weise Beschränkung aber, welche sofort hinzugefügt wurde, die Hinweisung darauf, daß die zu Stande zu bringende Verfassung in der Mitwirkung aller Gliederungen des deutschen Volkes, in der Mitwirkung auch der Staaten-Regierungen gegründet sein werde, nahm jenen Worten ihre Schärfe und verschaffte ihnen willigen Eingang auch bei denen, welche

die Mitwirkung der Regierungen mittelbarer oder unmittelbarer auch für die Schaffung der Verfassung in Anspruch nahmen.

Und Gager n sprach weiter:

„Wenn über Manches Zweifel besteht und die Ansichten auseinandergehen: über die Forderung der Einheit ist kein Zweifel; es ist die Forderung der ganzen Nation. Die Einheit will sie, die Einheit wird sie haben, sie befestigen; sie allein wird schützen vor allen Schwierigkeiten, die von Außen kommen mögen, die im Innern drohen.“

In so allgemeinen Zügen war uns die Bestimmung unserer Versammlung vorgehalten worden. Alle richteten sich an diesen Worten auf, Jeder legte sie in seiner Weise aus. Der Umstand aber, daß sich alle Ueberzeugungen mit denselben vertrugen, zeigte, wie vag der Begriff von Souveränität der Versammlung sei. Abstrakter oder konkreter gefaßt, gab er einen ganz verschiedenen Inhalt. Die Einen warfen sich sofort ganz in das stolze Bewußtsein der unumschränkten Macht; die Anderen erwogen, daß doch jedenfalls keine andere Machtvollkommenheit in der Versammlung sei, als diejenige, welche dem Willen des deutschen Volkes, dem offenen, kundgegebenen Willen der Mehrzahl dieses Volkes entspräche. Lebendiger durchdrangen sich diese Letzteren mit dem Sinn der Verhältnisse, und sinniger suchten sie in das Bewußtsein der Macht die Berechnung über die Bedingungen dieser Macht einzuführen. Die Souveränität des Volkes schien sich ihnen in jener großen Bewegung ganz bestimmt modificirt und beschränkt zu haben. Die Nationalversammlung, eine Frucht dieser Bewegung, mußte von dem Geiste derselben sich tragen lassen, demselben nichts vergeben, aber auch über denselben nicht hinausgehen. Das reine Organ der deutschen Revolution, hatte sie deren Inhalt nur wiederzugeben, zu läutern und

zu befestigen. Wenn schon im Sturm der Bewegung die Throne unverfehrt geblieben waren: so mußte von dieser Mäßigung allererst Akt genommen, das Recht der Throne mußte anerkannt, und, wenn auch inmitten demokratischer Ordnungen, neu gegründet werden. Das Volk, das im Aufstande sich von dem tiefen Zuge des Nationalgefühls bewegt gezeigt hatte: wieviel mehr mußte es im Rathe seiner Vertreter den nationalen Gedanken hoch über Alles erheben! — Zur Hüterin des selbst gezeichneten Maßes, zur Förderin der großen Gedanken der Bewegung war diese Centralversammlung in Frankfurt eingesetzt.

Aber nur im Besondern entfaltet sich jeder Gedankeninhalt; nur in und mit den Gegenständen der Berathung konnte das Bewußtsein der Versammlung von ihrem Recht und ihrer Macht, von dem, was sie solle und von dem, was sie dürfe, sich aufklären.

Die ersten aufklärenden Schritte.

Es war in der Nachmittagsßigung des 19. Mai, als der Abgeordnete von Köln die Frage über das Verhalten derjenigen Mitglieder zur Sprache brachte, welche zugleich für Frankfurt und zugleich für Berlin gewählt seien. Das hieß, eine sehr folgereiche und gewichtige Angelegenheit von der äußerlichsten Seite angreifen. Hinter einer Formalität lag so viel sachliches Interesse; was nur eine Sorge einzelner Personen schien, war im Grunde ein Bedenken, welches die Stellung der ganzen Versammlung anging. Von einer Col-

liston zwischen mehreren souveränen Versammlungen war derjenige Punkt berührt, welcher im Grunde nur die Betroffenen anging. Aber in einem Augenblick, wo die Frage über die Macht unserer Versammlung Allen im Herzen und Vielen auf der Zunge lag, konnte es nicht fehlen, daß jede Frage, die auch nur leise dieses Thema streifte, zu einer umfänglichen Erörterung und, wo möglich, Erledigung desselben führen mußte. Die erste Berührung dieses Gegenstandes mußte natürlich sogleich in die ganze Tiefe desselben hineinführen, und man mag das Ungeschick tadeln, welches die Frage eben so anfaßte, man mag die Kurzsichtigkeit eigenthümlich finden, welche nicht deren Tragweite erkannte: es war immerhin dankenswerth, daß die Versammlung gleich Anfangs auf diesen Punkt hingestossen wurde, welchen zu umgehen unmöglich und welchen so früh wie thunlich zu erledigen ein allgemeines Bedürfnis war.

In den Vorberathungen, welche theils von den preussischen Deputirten, theils von Solchen abgehalten wurden, die sich als Gesinnungsgenossen etweder schon gefunden hatten, oder sich zu finden wünschten — in diesen Vorberathungen that sich bald genug der ganze Umfang der angeregten Frage auf. Hatte sich sogleich gezeigt, daß es sich um das Verhältniß der deutschen Nationalversammlung zu den constituirenden Versammlungen der Einzelstaaten handle, so lag darin zuerst die Frage nach der Souveränität der Ersteren; es lag weiter, neben dieser Frage über das Maß der Freiheit, die über das Maß der Einheit darin, und es kam endlich insbesondere die Stellung Preußens zu Deutschland zum Vorschein. Je weniger noch für die gesonderte Behandlung dieser verschiedenen Punkte Stoff vorlag, um so mehr wurde jetzt der Raveaux'sche Antrag der Ort, auf welchen sich alles dasjenige ablagerte, was in der Mitte der Versammlung über jeden dieser

Punkte die Meinung war. Der Antrag wurde eben damit zugleich zum Prüfstein aller in der Versammlung sich vorfindenden Meinungsnuancen. Die Principiellen, die Praktischen, die Republikanischen, die Constitutionellen, die Hestigen, die Vermittelnden, die Politischen und die Unpolitischen, die Juristen und die Diplomaten — Alle sprachen in dieser Sache ihr erstes Wort, oder gaben zuerst ihre Gesinnung kund. Von der radikalen Meinung derjenigen, welche schon die Existenz der Berliner Constituante für einen nicht zu duldbenden Widerspruch gegen die Souveränität der Frankfurter Versammlung erklärten, bis zur Meinung derjenigen, welche die ganze Frage bis auf zukünftige Bestimmungen über das Verhältniß der deutschen zu den einzelnen Verfassungen zurückgeschoben wissen wollten, machten alle Standpunkte sich geltend, waren die meisten durch Verbesserungsanträge repräsentirt.

Wenn nun aber das Zusammentreten der Berliner Versammlung durch die augenblicklichen Zustände in Preußen eine unvermeidliche Nothwendigkeit war, so war es andrerseits eine Pflicht der Selbsterhaltung, das übergreifende Recht der Frankfurter Versammlung gegenüber den verfassunggebenden Versammlungen der Einzelstaaten klar und entschieden auszusprechen. Zwischen der Ueberschätzung und Ueberspannung unserer Macht und zwischen dem Vergeben und Verfäumen derselben mußte die glückliche Mitte gefunden werden. Wäre die Wirksamkeit der Frankfurter Versammlung bereits praktisch befestigt gewesen, dann vielleicht konnte ein ausdrücklicher Beschluß über das prinzipielle Recht dieser Wirksamkeit überflüssig erscheinen. Allein Thaten lagen noch keine vor; gleich bei ihrem Beginn durch andere konstituierende Versammlungen gekreuzt und in ihrer centralen Bedeutung bedroht: so blieb nichts übrig, als diese Bedeutung durch ein zuversichtliches

Botum zu bekräftigen. Entschieden, aber ohne Härte: einfach, aber mit Würde dem Selbstbewußtsein der jungen Versammlung Worte zu verleihen — das war das Problem, welches endlich durch eine Vereinigung der meisten von einander abweichenden Vorschläge glücklich gelöst wurde. Mit einer Stimmenzahl und unter einem Beifallsjubel, wie er später nur selten wiedergekehrt ist, verwarf die Versammlung — nicht ohne einen leisen Einfluß ihres Präsidenten — den Uebergang zur Tagesordnung und acceptirte den Werner'schen Antrag. „Die deutsche Nationalversammlung“ — so lautete der Antrag — „als das aus dem Willen und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erklärt: daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letztern als gültig zu betrachten sind, ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet.“

Das war ein Beschluß, wenn wir ihn nach den später entstandenen Parteistellungen charakterisiren sollen, dem Sinne des linken Centrum entsprechend. Das bescheidene Maß, mit welchem das prinzipielle Recht der Nationalversammlung deklariert wurde, unterscheidet diese Erklärung von dem, was rücksichtsloser die Linke wollte. Das Deklariren eines Prinzips an Stelle des zweckgemäßen und abwägenden Handelns unterscheidet die gefallene Sentenz von den späteren Abstimmungen unseres Centrum. Wenn aber die Linke sich anschloß, weil sie, wenn auch in milder Form, das Prinzip der Volkssouveränität in jenem Botum gerettet sah, so haben wir uns demselben angeschlossen, weil das Aussprechen des Prinzips vor der Hand die einzig mögliche Weise schien, die Stellung der deutschen Nationalversammlung aufzuklären und in der Meinung des

Volk's moralisch zu sichern. Wenn die Linke nur eben den Boden gewinnen wollte, auf dem sie zu schroffern Consequenzen die Versammlung fortzuziehen hoffte, so wollten wir gleich anfangs ein für allemal mit einem Prinzip uns abfinden, welches fortan in Dekreten zu proklamiren, einer praktisch politischen Körperschaft erspart sein würde.

Die Nationalversammlung, mit anderen Worten, hatte sich selbst ein Vertrauensvotum gegeben. Sie durfte es, nach unserer Meinung, um so eher, als sie kurz vorher den Regierungen ein Vertrauensvotum gegeben und so ihren Willen an den Tag gelegt hatte, daß sie durch freies Zusammengehen mit den Regierungen am sichersten das Ziel der Einheit und Freiheit des Vaterlandes zu erreichen gedenke. Sie hatte in demjenigen, was ihre eigenste Aufgabe war, in dem Schaffen einer Verfassung für Deutschland, ihr ausschließliches Recht mit festem und entschiedenem Tone gewahrt: denn sie hatte kurz vorher mit derselben Entschiedenheit auf die Erweiterung ihrer Rechte, auf jeden Uebergriß zu administrativen Handlungen Verzicht geleistet.

Wir reden von der Entscheidung, welche die Nationalversammlung am 26. Mai über die von dem Abgeordneten Ziß zur Sprache gebrachten Mainzer Vorfälle abgegeben hatte.

Man erinnert sich des blutigen Konflikts der dortigen Bürgerschaft mit dem preussischen Militär. Zu einer Zeit nun, in welcher die Kraft und das Ansehen der Regierungen gebrochen, der volle Glaube an eine Autorität dagegen auf dem eben zusammengetretenen Parlamente ruhte — in einer solchen Zeit wäre es Pedanterie gewesen, wenn dies Parlament schlechtthin jedes Eingehen auf den Antrag des Abgeordneten von Mainz von der Hand gewiesen hätte. Das heftige Andringen der zu solchen Regierungsübergrißen nur allzu geneigten Linken war überdies nur allmählig zurückzudrängen. Es kam

endlich dazu, daß theils die von Sig entworfene Schilderung jener Vorgänge übertrieben, theils diese Hergänge selbst von dem dringenden Verdacht republikanischer Untriebe behaftet schienen. Unter solchen Umständen beschloß die Versammlung die Absendung einer Commission zur Untersuchung des Thatbestandes. Man ging ein auf die so dringend und heftig vorgebrachte Angelegenheit, nicht um die gefährliche Bahn des Regierens zu betreten, sondern um sie ein für allemal abzuschneiden. Man überschritt auf einen Augenblick die Grenzen der Befugniß einer verfassunggebenden Versammlung, um für die Zukunft diese Grenzen um so sicherer einhalten zu können. Entscheidender als jedes Raisonnement wirkte ein schlagendes Exempel. Jene Uebertreibungen wurden als solche constatirt, jener Verdacht nicht gehoben. Das ganze Ereigniß blieb jedenfalls bedauerlich, aber die Bürgerschaft, so weit sie sich dabei betheiligte, erschien keinesweges unschuldig, die strengen Maßregeln des Commandanten keinesweges ungerechtfertigt. Eine von warmer Leidenschaft eingegebene Rede des Fürsten Lichnowsky wies mit Recht die Angriffe gegen das preussische Militär zurück und die so aufgeklärte Versammlung legte nur ein Zeugniß ihrer Besonnenheit und Gerechtigkeitsliebe ab, als sie nach einer bewegten Debatte, abermals nicht ohne einen leisen Einfluß ihres Präsidenten, den Beschluß faßte, „im Vertrauen, daß die zuständigen Behörden thun werden, was ihres Amtes ist,“ zur Tagesordnung überzugehen.

Dreifach, um es noch einmal zu sagen, war die Bedeutung dieses Beschlusses. Zuerst: das Bewußtsein wurde gestärkt über die Grenzen unserer Machtvollkommenheit: — wir sind eine constituirende, keine regierende Körperschaft. Mit der moralischen Autorität sodann, die uns selbst einwohnte, kamen wir der gebrochenen Autorität der Regierungen zu Hülfe — wir schieden zwischen dem, was uns und was den

Regierungen zusteht. Wenn endlich republikanische Tendenzen hinter den Mainzer Vorfällen versteckt gewesen waren, so hatte die Majorität der Versammlung diesen jede Sympathie aufgesagt. Unser Botum war indirekt ein Botum gegen die Republik und deren Mittel.

Die Einsetzung einer provisorischen Centralgewalt.

Ganz auf dem so abgegrenzten und gesicherten Terrain ihrer Wirksamkeit befand sich die Nationalversammlung, als sie an die Schaffung einer provisorischen Centralgewalt ging. Hier zugleich war der Punkt, wo sich direkt und unverhohlen entscheiden mußte, wer in dieser Versammlung die Republik und wer die Monarchie wolle.

Von den ersten Tagen unseres Zusammenseins an hatte sich Allen der Gedanke an die Herstellung einer solchen Centralregierung aufgedrängt. Geeinigt durch eine verfassunggebende Centralversammlung mußte Deutschland auch eine Centralregierung haben. Das Bestehen einer solchen war dann ein sicherer Schutz dagegen, daß nicht die Versammlung selbst stets von Neuem zu Regierungs- und Verwaltungsmaßregeln verlockt werde, ein fester Damm gegen das anarchische Treiben, dessen noch immer die Einzelregierungen nicht Herr werden konnten, eine Concentration unserer Kraft gegenüber dem Ausland, eine Vorbereitung und Weissagung endlich der einstigen definitiven Regierung, die, eine einige und starke, unser Vaterland in Zukunft einigen und stärken wird. Je länger die Vollendung des Verfassungswerkes noch hinstand, um so dringender wurde das Bedürfniß, auch die Hoffnung

auf diese Vollendung zu fixiren, für die weitere Arbeit einen sicheren Unterbau zu gewinnen und die Ungeduld des Volkes durch einen entscheidenden Akt zu beschwichtigen. Was aus allen diesen Gründen die ganze Versammlung wünschte, das wünschten die Parteien überdies, um sich in ihrer Stärke zu messen, um unzweideutig zu erkennen, wie viel Aussicht man zu siegen oder zu unterliegen habe.

Und wie weit die Ansichten auseinanderliefen, das zeigten bereits die vielfachen, diesen Gegenstand betreffenden Anträge. Die wesentlichste Differenz bezog sich auf den Ursprung der neu zu bildenden Gewalt. Diesen Ursprung suchten die Einen lediglich in der Nationalversammlung; die Andern verlangten eine Mitwirkung der Regierungen. Nur consequent war es, wenn Jene der Vollziehungsgewalt die Aufgabe zubachten, der Exekutor der Beschlüsse der Nationalversammlung zu sein; nur consequent, wenn Diese eine wirkliche, eine selbständige Regierungsgewalt neben der constituirenden Gewalt der Versammlung errichten wollten. Das eine dieser Systeme, auf dem uncultivirten Boden der abstrakten Volkssouveränität erwachsen, war nichts anderes, als die Republik; das andere, indem es Gewalt gegen Gewalt abwog und indem es die bestehenden Regierungen in das Interesse der Selbstregierung des Volkes mit hineinzog, war nichts anderes, als das constitutionelle System, daselbe, welches der Bericht des Ausschusses vertrat. Die Ausübung der obersten Gewalt in allen gemeinsamen Angelegenheiten deutscher Nation sollte diesem Bericht zufolge einem Bundesdirektorium übertragen werden. Zur Einsetzung dieses Direktoriums sollten die Regierungen mit der Nationalversammlung zusammenwirken. Jene bezeichneten und ernannten schließlich die Männer dieses Direktoriums; in die Mitte zwischen Bezeichnung und Ernennung fiel die zustimmende Erklärung der Nationalversammlung. Der so gebildeten Centralregierung war ganz die Stel-

lung zugewiesen, wie sie dem Oberhaupt jeder constitutionellen Monarchie gebührt. Der Nationalversammlung verantwortliche Minister vermitteln zwischen dem letzten entscheidenden Willen und zwischen dem Willen des Volkes, in welchem auch jener seine Wurzeln hat. So in der Hauptsache der Vorschlag des Ausschusses. Schon im Schooße des Ausschusses jedoch war das gerade entgegengesetzte System von zweien seiner Mitglieder geltend gemacht worden. Keinerlei Mitwirkung der Regierungen. Selbst und allein, das war der Antrag von Robert Blum und von Trübschler, wählt die Nationalversammlung aus ihrer eigenen Mitte den Präsidenten eines Vollziehungsausschusses. Dieser Vollziehungsausschuß hat die Beschlüsse der Nationalversammlung auszuführen. Der Nationalversammlung verantwortlich fällt er, wenn die Majorität derselben gegen ihn ist. So standen Stirn gegen Stirn, Republik und constitutionelle Monarchie einander gegenüber. In einer nicht enden wollenden Debatte rangen die beiden entgegengesetzten Prinzipien mit einander, und so sehr lag der Schwerpunkt dieser Frage in dem höchsten prinzipiellen Orte, daß man über dem Streit um das anzunehmende System die Erörterung der detaillirten Bestimmungen nur im Vorbeigehen behandelte. Der allgemeinen Debatte folgte keine specielle, und so drängte sich mehr, als gut ist, die Last der Entscheidung nach dem Moment der Abstimmung hin, und nicht zum wenigsten aus diesem Grunde geschah es, daß, nachdem man Wochen lang gekämpft, der heftigste Kampf an der Schwelle der letzten Entscheidung entbrannte.

Ein Punkt jedoch war es, welcher mit nicht geringerem Interesse, als der des politischen Systems, fast von jedem der Redner aufgenommen wurde. Er hing zusammen mit der Entscheidung über jene Systeme und er hatte zugleich seine

selbständige Bedeutung. War die Mehrzahl in der Nationalversammlung über die Verwerfung aller republikanischen Anträge ohne Zaudern entschieden, so ging sie um so lebhafter rücksichtlich jenes anderen Punktes auseinander. Je gefesteter die Meinung über jenes, um so schwankender war sie über dieses. Dort gab es für die Meisten gar keine Wahl, hier dagegen schwebte die Wahl zwischen dem Gleichgewichte der Gründe.

Und was war es denn, was eine große, gleichgestimmte Partei gleichsam in zwei Parteien zu spalten schien?

Das engverbundene Interesse der organisirten Freiheit und der organisirten Einheit lag uns Beides gleich sehr am Herzen. Für die Organisation der Freiheit war die tief sinnige Formel nicht erst zu erfinden. Aber die Mannigfaltigkeit auf einmal zur Einheit zusammenzuschlingen, den Staatenbund auf einmal zum Bundesstaat umzugestalten, über 37 Einzelregierungen eine einzige neu zu konstituiren, das war das Problem, für dessen Lösung mehr als eine Formel sich finden ließ. Der Ausschußbericht sprach von drei von den Regierungen zu bezeichnenden Männern, andere Stimmen forderten fünf oder gar sieben; dem Allen gegenüber machte sich, anfangs nur schüchtern, bald lauter und endlich entschieden die Ansicht geltend, daß nur ein einziges Haupt der höchste Vertreter eines einigen Deutschlands sein dürfe. Und in diese mischte sich sofort eine andere Frage. Die Entscheidung jetzt erleichternd, jetzt erschwerend, drängte sich die Erwägung hinzu, ob die Träger oder der Eine Träger der neu zu schaffenden Executivgewalt mitten aus dem Volk herauszugreifen oder, sei es Einem, sei es mehreren Männern aus fürstlichem Hause zu übertragen sei?

Ein unabsehliches Feld der Ueberlegungen! Unsere Darstellung muß darauf verzichten, dem Hin und Her der Mei-

nungen, dem Gegeneinander der Gründe nachzugehen. Sie muß es der Kürze und sie darf es des Charakters jener Vorberathungen wegen. Denn wenn jemals die Ohnmacht der Worte und der Reflexionen, die Uebermacht der Thatsachen und der Geschichte klar geworden ist, so ist sie es hier gewiß. Hinter allem Streit der Meinungen schien eine höhere Hand den Ausgang desselben zu einem vorbestimmten Ziele zu leiten. Alle Gemüther hatte die Sehnsucht nach einer festen und unzweifelhaften Einheit Deutschlands in der Gewalt. Diese Sehnsucht war der unüberwindliche Feind aller behutsamen staatsmännischen Erwägungen. Was waren die Gründe des Politikers gegen die Sehnsucht des Patrioten?

Denn — es sei dem Verfasser dieser Blätter erlaubt, seine vielleicht individuell gefärbte Ansicht durchblicken zu lassen — das Gewicht staatsmännischer Gründe stand denjenigen zur Seite, welche die Dreiherrschaft der Einherrschaft vorzogen. Dahlmann, der Berichterstatter des Ausschusses, hatte es willig eingestanden, daß jener Plan, der ein Triumvirat verlangte, keinen Anspruch mache auf Idealität, aber er durfte dagegen mit Recht die Anerkennung fordern, daß sich in ihm die konkreten Verhältnisse Deutschlands getreulich abbildeten. „Die Aufstellung,“ sagte er in dem Ausschussbericht, „eines einzigen Bundesdirektors oder Reichsverwesers würde den Ansprüchen der Theorie mehr genügt, schwerlich aber den Anforderungen der Gegenwart besser entsprochen haben. Wie es bis dahin steht, theilen nun einmal die streitenden Interessen unser Deutschland in drei große politische Massen, die wir als Oesterreich, Preußen und die minder mächtigen Staaten bezeichnen. Die Aufstellung eines einzigen Individuums würde in solcher Lage der Dinge große, gefährlich verzögernde Schwierigkeiten finden, und der vielleicht endlich aufgefundene Mann eines zusammenstimmenden dreifachen Ver-

trauens würde gleichwohl in seiner Wirksamkeit unvermeidlich mit allen den Mißdeutungen zu kämpfen haben, welche aus der bisherigen Lage unseres Vaterlandes stammen.“ Und zu diesen Gründen noch andere. War es etwa schlecht hin gewiß, daß die Einherrschaft, wenn für jetzt gewonnen, für immer gewonnen sei? Oder war nicht vielmehr die Bemerkung sehr begründet, daß nicht allein die Männer, sondern auch die Formen des Provisoriums sich abnutzen müßten? Und wenn sie begründet war, mußte dann nicht die Dreiheit eine sichrere Bürgschaft der zukünftigen Einheit erscheinen als diese Einheit selbst, wenn sie schon jetzt vorweggenommen wurde?

Aber wie dem sei, und es sei willig zugegeben, daß auch unter den Gegen Gründen einige schwer genug wogen, um auch ein geübteres politisches Urtheil bald nach dieser, bald nach jener Seite fortzuziehen — wie dem sei: den Vertheidigern der Dreizahl arbeitete eine Macht entgegen, die über ihrer Gewalt lag. Nicht ohne Erstaunen mußte der aufmerksame Beobachter wahrnehmen, wie die Ansichten über die größere Vorzüglichkeit der Trias oder der Monas von Tage zu Tage bei einer großen Anzahl von Mitgliedern hin und her schwankten. Wenn heute die Waagschale zu Gunsten eines einzigen Reichsverwesers zu sinken schien, so schlug schon morgen das Zünglein zu der gegenüberstehenden Ansicht um, aber nur um am dritten Tage sich wieder zu der ersteren Ansicht zurückzuneigen, und voll Befremden konnte man sich fragen, ob denn an Gründen ein solcher Mangel oder ein solcher Ueberfluß sei, daß immer heute für gut erkannt werde, was wieder für schlecht am folgenden Tage. Ob denn, fragte man sich, diese unermesslich wichtige Angelegenheit gleichsam dem Zufall und der wechselnden Stimmung des Augenblicks mehr als der Leitung unbeugsamer Ueberzeugungen hingege-

ben sein sollte? Ob es denn nicht möglich sei, konnte man fragen, die umherschweifenden Ueberlegungen durch die Kraft entscheidender Motive unverrückbar zu fixiren?

So konnte man fragen — während inzwischen der siegende Grund in den Gemüthern lag. In jeder großen Bewegung, in jeder Revolution gibt es treibende Kräfte, welche alle Politik vereiteln, welche alle Berechnung in Schatten werfen. Die abstrakten Prinzipien der Freiheit hatten einmal, in der Revolution von 1789, ihren freien Lauf gehabt und sich unaufhaltsam bis an's Ende vollzogen. Wären sie die bewegenden Faktoren auch dieser gegenwärtigen Revolution, so würden sie gewiß auch unser Volk in denselben Abgrund reißen, aus welchem das französische nur mühsam sich wieder herausfand, so wäre nicht unser, sondern unsern Gegnern wäre der Sieg; die Republik, die Erfüllung der abstrakten Volkssouveränität wäre dann das Unausbleibliche, und aufhalten, aber nicht verhindern könnten wir das Eintreten ihrer blutigen Herrschaft. So aber ist es nicht; es sind konkretere Gedanken, es sind lebensvollere und lebensfähigere Interessen, welche gegenwärtig sich durchsetzen, welche die Bewegung erzeugt haben und welche ihren Verlauf durchwalten und beherrschen. Das Interesse nationaler Einigung ist von Allen das stärkste und von ihm empfängt das Interesse politischer Freiheit seinen naturgemäßen Inhalt, seine Form und eben damit sein Maaf.

Der Instinkt der Einheit lenkte auch in dieser Angelegenheit die Entscheidung. Nach der Herstellung der Monarchie drängte Alles mit Macht. Wie unter dem Einfluß jenes Instinktes der Gedanken an die Republik zu einem kraftlosen Schatten dahin schwand, so sank auch jener berechnete Plan des Triumvirats zusammen vor dem glühenden Wunsche,

so gleich jene Einheit des Vaterlandes zur prononcirtesten Erscheinung zu treiben. Der Sieg über die Republik war geknüpft an die Errichtung der Einherrschaft. Indem uns die Kraft gegen die abstrakten Consequenzen der Radikalen aus der Hingebung an die nationale Einheitsidee entsprang, so mußten wir zugleich der Gewalt dieser Idee die Concession machen, sich auf revolutionäre Weise, und mit einem Schlage, in der Einheitsform des Provisoriums Raum zu schaffen. Der Radikalismus der Freiheit, mit anderen Worten, konnte nur durch den Radikalismus der Einheit überwunden werden.

Und ein Gedanke trug hier den andern. Stand es fest, daß Ein Mann der Inhaber der Centralgewalt sein solle, so stand auch das Andere fest, daß dieser Mann aus einem der regierenden Häuser Deutschlands herkommen müsse. Denn wo nicht, so lauerte abermals die Republik an der Schwelle, und abgesehen davon — wo wäre der Mann, welcher, ohne den Glanz der Geburt und ohne Eifersucht zu wecken, für diese höchste Stelle sich geschickt hätte. Persönliche Bedeutung nützt sich ab an dieser Stelle, nicht aber fürstliche Geburt, und unsere Besten — sollen sie so früh sich vernutzen, an ihrer eigenen Größe so früh sich verbluten?

Einer also, und zwar ein Fürst. Einmal aber dies Wort gesprochen, so lag auch schon der Name dieses Einen uns Allen auf der Zunge. Der Gedanke an die Einheit und die Erinnerung an jenen deutsch gesinnten Prinzen begegneten sich unterwegs. Lockte der Gedanke den Namen oder zog der Name jenen Gedanken an — wir wissen es nicht zu sagen: genug, drei Tage vor dem Schluß der Debatte stand bei der Mehrzahl der Versammlung der Entschluß fest: wir werden Einen Reichsverweser haben und dieser Eine wird kein Anderer sein, als Johann, Erzherzog von Oesterreich. Wenn die Regierung

gen Kunde bekommen, daß die Centralgewalt in Eines Mannes Hände gelegt werden soll —: kein Zweifel, daß sie, denen ja die Bezeichnung und schließliche Ernennung zugebacht war, auf Erzherzog Johann sich vereinigen werden. In einer dreitägigen Debatte wurde zwar von den Gegnern noch eifrig die republikanische Idee des Vollziehungsausschusses verfochten: aus den Reden der Anstrigen aber verschwand das Triumvirat und Alles steuerte auf Einen Reichsverweser hin, auf den Einen, der auch ungenannt Jedem bekannt war.

Wenn aber bis hieher diese Angelegenheit durch die Inspiration der nationalen Einheitsidee trotz aller abweichenden Reflexionen und gleichsam über unseren Häuptern sich eingerichtet hatte: auch zum Ende sollte sie nicht durch freie Ueberzeugung und Entschließung gelangen. Noch einmal griff eine fremde Hand in die schon fertigen Pläne und noch eine Ablenkung sollten unsre Berechnungen erfahren, und zwar durch den Mann erfahren, dessen Einfluß wir auch schon bei früheren Abstimmungen angedeutet haben. — Es ist die letzte und eigenthümlichste Phase der Entstehungsgeschichte unsrer Centralgewalt, bei welcher wir angelangt sind.

Es war der 24. Juni, ein Sonnabend. Schon war es über Mittag hinaus, als von den letzten in dieser Angelegenheit zugelassenen und von den Parteien gestellten Rednern der letzte die Tribüne verließ. Der Kreis der Amendements, die bei der Abstimmung berücksichtigt werden sollten, war schon in einer früheren Sitzung abgeschlossen worden. Nur der Berichterstatter hätte noch zu sprechen gehabt. Die nächste Sitzung mußte die Abstimmung bringen. Aber die Rede ging, daß Gager in dieser Sache das Wort ergreifen wolle und noch in den letzten Tagen versicherten Männer, welche es wissen konnten, daß er als Vertheidiger des Triumvirats auftreten wolle. Wird er auch jetzt noch sprechen? und sollte er

etwa auch jetzt noch versuchen wollen, für eine fast völlig aufgegebene Ansicht sich auszusprechen?

Aber da steht er bereits auf der Tribüne. Die ganze Gewalt seiner Erscheinung hat er zusammen genommen. Niemals sah man eine mächtigere Gestalt. Der Ernst seiner Züge fesselt alle Blicke. Eine seltene Stille fliegt durch die Hallen. Keiner, der nicht auf die Worte Heinrich's von Gagern lauschte.

Der aber sprach zuerst von dem Beruf, von der Aufgabe, von dem Umfange der Gewalt, die der Centralregierung zu übertragen sei. Er kam endlich auf die Frage, wie sie zu schaffen sei. „Ich würde es bedauern“, sagte er, „wenn es als ein Prinzip gälte, daß die Regierungen in dieser Sache gar nichts sollten zu sagen haben“, und es war hiermit der Standpunkt des Rechts, wie er ihn nannte, abgefunden. Sofort vindicirte er für seine Auffassung den Standpunkt der Zweckmäßigkeit. „Meine Herren“, fuhr er fort, „ich thue einen kühnen Griff, und ich sage Ihnen: wir müssen die provisorische Centralgewalt selbst schaffen“. Ein stürmischer Jubel folgte diesen Worten auf dem Fuß. Ausgehend von den Bänken der Linken, riß er, lang anhaltend, auch die Mitte mit fort. Wenige mögen damals geschwiegen und gesonnen haben. Und doch war noch die Zweckmäßigkeit nicht bewiesen, noch die Gründe nicht angegeben, die den kühnen Griff rechtfertigen sollten. Wie antwortete der Redner auf dieses Warum? „Darum“, fuhr er fort, „müssen wir die Centralgewalt selbst schaffen: sie muß stark sein, sie muß Vertrauen einflößen. Wir müssen sie aber besonders darum selbst schaffen, weil wir ihrer schnell bedürfen, und weil wir nicht gewiß sind, daß sie dann schnell geschaffen werden wird, wenn wir eine Mitwirkung der Regierungen in Anspruch nehmen wollten. Es ist ein Unterschied, ob wir die Vollziehungsgewalt aus

Dreien oder Einem bestehen lassen. Würde die Ansicht die überwiegende sein, daß sie aus Dreien bestehen sollte, und wir wollten die Mitwirkung der Regierungen, dann wäre die Schwierigkeit nicht so groß; vielleicht läge die Verständigung schon vor, oder sie wäre leicht zu erreichen; ich glaubte auch damit nicht der Volkssouveränität zu nahe zu treten. Aber die Majorität dieser Versammlung scheint mehr und mehr zu der Ansicht gekommen zu sein, die auch ich theile, daß die künftige Centralgewalt Einem Reichsverweser mit verantwortlichen Ministern übertragen werden müsse. Meine Herren, über diesen Einen könnten solche Schwierigkeiten entstehen, daß wir die Regierungen nur einer großen Verlegenheit überheben, indem wir auf ihre nachträgliche Einstimmung rechnen, ihnen die Wahl und den Vorschlag erlassen.“

Derjenige Grund also, welcher am offenbarsten hervortrat, welcher am meisten bestimmt war, denjenigen den kühnen Griff zu empfehlen, die mit dem Prinzip desselben am wenigsten harmoniren mußten — dieser Grund war die Schwierigkeit, die den Regierungen die Wahl des Einen Reichsverwesers verursachen werde. Nur wie im Fluge berührt war ein anderer Grund. Dem Redner galt er vielleicht am meisten, aber er durfte nicht hoffen, daß er eben so viel bei der Majorität der Versammlung gelte. Die Wahl durch die Nationalversammlung — das war die Meinung — müsse populärer erscheinen, der Reichsverweser, von den Repräsentanten des Volkes gewählt, werde im Volke eine mächtige Stütze finden. Und daß er sie auch bei den Regierungen finde, dafür sollte die Person des Gewählten eine Bürgschaft abgeben; denn „aus der höchsten Sphäre“ — sagte der Redner — „müssen wir den Reichsverweser nehmen.“ „Jetzt bedürfen wir“ — sagte er weiter — „eines Mannes, der hoch steht und sich der Unterstützung aller Staaten ohne Widerspruch muß versichert

halten können, wenn er das Amt antreten soll, das Sie ihm zudenken.“ Wer aber endlich bemerkte, wie der Redner mit Blick und Wort, mit Ausdruck und Miene jetzt zur Rechten und jetzt zur Linken sich wandte, mit dem einen Argumente die eine, mit dem andern die andere Seite des Hauses zu fassen versuchte, dem konnte nicht entgehen, daß noch ein drittes Motiv dem kühnen Vorschlage zu Grunde lag: auch die Parteien sollte er versöhnen und die Kluft, die zwischen den Anhängern der Republik und der Monarchie sich aufgethan hatte, durch ein geniales Mittel zusammenschließen. Ja, die Sage ging, daß auf diese Versöhnung so sehr gerechnet gewesen sei, daß der Redner mit der Aufforderung habe schließen wollen, sofort den Erzherzog Johann als den von der Nationalversammlung Gewählten auszurufen. Eine Sage offenbar. Daß dieser Versuch nicht würde mißlungen sein, ist eine Meinung; gewiß aber ist dies, daß alsdann peinliche Stunden der Verwirrung aller Ansichten und beklagenswerthe Scenen des erbittertsten Kampfes der Nationalversammlung wären erspart gewesen.

Denn wie man auch immer von dem Werth des Gagerner'schen Vorschlags denken mag: von Einem Fehler war er nicht freizusprechen. Man mag die Kühnheit desselben preiswürdig finden, man mag sie eine nothwendige Consequenz des Sieges nennen, welchen die Einheit über die Dreiheit davongetragen hatte — aber kühn seinem Inhalte nach, war er verwegen der Form nach. Wenn er darauf berechnet war, noch einen Einfluß, ja, den letzten, entscheidenden Einfluß auf das Resultat der ganzen Debatte zu üben —: wo war der Weg, diesen Einfluß anders als gewaltsam zu üben? welche Möglichkeit war gegeben, daß die Parteien die vorgetragenen Ansichten sich assimiliren konnten? Der Kreis der Amendments, wie gesagt, war geschlossen und Gagerner hatte neues

Material für die Abstimmung herbeigebracht, ohne doch ein Mittel zu zeigen, wie dasselbe ohne Formverletzung benutzt werden könne.

Und so entspann sich denn nun für die Mehrzahl der Versammlung die Frage, ob und in welcher Weise dem Führer der kühne Griff nachzuthun sei. Jedenfalls mußte dieser kühne Griff in eine strenge Form gebracht werden. Jedenfalls konnte man auf die Selbstwahl der Versammlung nur dann eingehen, wenn man auch das Uebrige annahm, wodurch diese Selbstwahl in Gager n's eigenem Sinn gemildert wurde. Auch dasjenige, was in der Rede des Präsidenten nur als ein Beiläufiges, nur als Parenthese auftrat, mußten diejenigen in den Text selbst aufnehmen, die das Zusammengehen des Volks mit den Regierungen als eine der unerläßlichsten Bedingungen für das Zustandekommen einer kräftigen Centralgewalt ansahen. Gaben wir nach, daß nicht die Regierungen den Reichsverweser vorschlugen, sondern daß die Nationalversammlung selbst ihn wählen solle, so mußten wir um so fester an dem von Gager n gleichfalls Ausgesprochenen halten, einmal, daß dabei auf die nachträgliche Zustimmung der Regierungen gerechnet sei, und sodann, daß die zu wählende „hochstehende Person ein Fürst sein müsse“ —; daran fest halten, hieß aber, es formuliren, und wie man daher die Sache auch wenden mochte: es war unmöglich, ohne ein neues Amendement auf das Vorgeschlagene einzugehen. Es war das unmöglich, weil es wohl möglich war ganz, unmöglich aber, nur die eine, nach links gewandte Hälfte der Gager n'schen Ansichten zu acceptiren. Es entstand daher in einer kleineren Vorversammlung das Auerswald-Bassermann'sche Amendement, bestimmt, den vollen Inhalt der Gager n'schen Ansicht über die Schaffung der provisorischen Centralgewalt wiederzugeben, bestimmt, den kühnen Griff unter denselben Cautelen

nachzuthun, mit welchen schon Gager n ihn zu umgeben für nöthig befunden. „Die provisorische Centralgewalt,“ so lautete dieser Antrag, „wird einem nicht regierenden Mitgliede eines deutschen Regentenhauses als Reichsverweser übertragen. Die Nationalversammlung wählt denselben im Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen.“ — Ein Antrag, von dem es freilich noch dahinstand, ob es bei strengem Geltendmachen des formellen Rechts möglich und gestattet sein werde, ihn unter den zur Abstimmung kommenden Fragen nachträglich unterzubringen.

Inzwischen vor dieser Sorge war noch eine andere unerledigt. Jenes Amendement, nur in kleinerem Kreise entworfen, hatte noch die Probe vor einem größeren zu bestehen. Noch war die Frage nicht bei der ganzen Menge der Gleichgesinnten entschieden, ob überhaupt jener kühne Griff von uns gebilligt, ob überhaupt von dem Ausschussantrage abgegangen werden solle. Erst so konnte jenes Amendement Eingang finden und erst die letzte Sorge war es dann, demselben den Zugang zur Abstimmung auszumitteln.

Dies war der Stand der Dinge, als sich am Sonntag Abend, den 25. Juni, die große Masse der Abgeordneten, fast drei Hundert an der Zahl, zu der entscheidenden Vorberathung zusammensand. Bis spät in die Nacht wechselten die Reden und Gegenreden und auch das war, wie unser Dahlmann von einem englischen Parlamentsstreit sagt, „kein Klopffegedichte von Rabulisten und Pedanten“, es waltete auch hier in den streitenden Parteien „ein innerlicher Kampf der Beweggründe ob, wie er auch in einer einzelnen Menschenbrust, welche edelen Antrieben Raum gibt, mächtig werden kann.“ So ernst und gewichtig war diese Sache, mit so tiefer Betheiligung ward sie erwogen! Es war ungeschickt, wenn Einige bemerkten, daß man schon deshalb auf Gager n's Vorschlag eingehen müsse, weil man ihn, den Präsidenten, nicht

fallen lassen dürfe. Denn, wenn es nur darauf ankam so hatte Dahlmann Recht, der diesen Abend ergreifender sprach, als jemals. Es sei besser, sagte er, daß unser Präsident falle, als daß die Versammlung fiele; am schwersten liege ihm das auf dem Herzen, daß die Versammlung ihre Würde behaupte; dies aber würde sie nicht, wenn sie auf einmal einen so gefährlichen Weg beträte, wenn sie dadurch abweiche von dem bisher verfolgten Ziele: Einigkeit zu bewahren mit den Regierungen. Darin also hatte der Redner ganz Recht; wäre nur auch die andere Behauptung richtig gewesen, daß von Gager n gar keine Gründe für seine Ansicht seien vorgebracht worden. Hierin durften ihm und Welcker, der gleichfalls in erregter Weise abmahnende Worte sprach, Beckerath und Basser mann widersprechen. Und so beredt widersprachen diese und wiesen namentlich darauf hin, wie man die Regierungen einer Verlegenheit entreiße und wie man um Vieles früher einen gewählten als einen von den Regierungen mühsam vereinbarten Reichsverweser erhalte, daß sich mehr und mehr die Ansichten zu dem von Gager n gewiesenen Wege hinneigten. So freilich, daß man ihn nur an der Hand des Auerwald-Basser mann'schen Amendements gehen wollte; denn ein ähnliches von Hecksher, welches zu der Selbstwahl durch die Nationalversammlung nur noch hinzusetzte, daß dieselbe im Vertrauen auf die Einstimmung der Regierungen geschehe, fand man an jenem Abend zu schwach für dasjenige was wir gewahrt wissen wollten. So klar war man sich damals des Zieles und der möglichen Grenzen der Nachgiebigkeit bewußt, daß man sich insgesammt auf jenes erstere Amendement werfen, für den Fall aber, daß dies nicht durchzubringen sei, den Gager n'schen Vorschlag gänzlich fallen lassen und zu dem des Ausschusses zurückkehren wollte. Mit solchem nachdrücklich einge-

schärften Vorsatz und mit den besten Hoffnungen auf das Gelingen trennte man sich. Es war gegen 3 Uhr Morgens.

Aber mit wie andern Empfindungen und zum Theil in wie hoffnungsloser Stimmung traf man sich am Abend des folgenden Tages wieder! Wir berühren nicht das Detail der Hergänge dieses Tages. Durch einen faktiösen Widerstand der Linken war uns das Recht zur Einbringung jener Amendements auf's Hartnäckigste bestritten worden, obschon der Präsident von *Soiron*, an dessen Entscheidung appellirt ward, sich für die Zulässigkeit derselben aussprach. Umsonst: man drohte mit der Aufstellung von Gegenamendements der frivolsten Art; es war der Tumult in Permanenz, durch welchen man die Amendements zu ersticken versuchte. Unter Tumult mußte die Sitzung geschlossen werden. —

Unter solchen Umständen war Nachgiebigkeit das einzige Mittel, um zum Frieden, um zu Anstand und Ordnung zurückzukehren. Nicht einem Prinzip wichen wir, sondern einer Gattung von Waffen, welche beide Parteien verderben mußte, indem sie die Existenz der Nationalversammlung in Frage stellte. Wir übten Selbstüberwindung um eines großen Zieles willen. Nach den Friedensworten, welche in der folgenden Sitzung *Gagern* gesprochen, verzichtete *Heckscher* sowohl wie *Auerswald* auf ihre Amendements, und noch war Nichts verloren, wenn nur die nächtliche Verabredung feststand, wenn also nur alle, die an ihr Theil genommen, nunmehr zurückkehrten zu dem, was der Ausschuss beantragte.

Wer indeß die Aufregung dieser Tage in Anschlag bringt, wer den niederschlagenden moralischen Eindruck erwägt, den das erzwungene Zurückziehen der beiden Verbesserungsanträge auf uns machen mußte, wer endlich und vor Allem das Gewicht in die Waagschale legt, welches *Gagern's* Vorschlag

durch alle Verabredung hindurch je länger je mehr auf die Gemüther ausübte, der wird mit Mäßigung das Verhalten derer beurtheilen, welche jene Verabredung für gelöst erachteten. Es geschah noch einmal, was überall in dieser Angelegenheit zum Vorschein gekommen war: mehr gezogen als geführt, mehr geführt als selbst entscheidend, so gingen wir einem Moment entgegen, welcher durch die kühnste Auffassung unsrer Aufgabe, der glänzendste in dem bisherigen Leben der Versammlung gewesen ist. So sehr hatte Gager n das Wort der Nothwendigkeit ausgesprochen. Als die Frage zur Abstimmung kam: ob der Reichsverweser frei von der Nationalversammlung zu wählen sei, so fanden sich zahlreich auf der Seite der Bejahenden auch diejenigen, welche sich ursprünglich auf das Auerswald'sche Amendement verpflichtet hatten. Sie hatten die Hoffnung aufgegeben, für die Verneinung Majorität zu erlangen, sie rechneten ferner darauf, durch protokollarische Erklärungen ausdrücken zu können, daß sie nur im Sinn jenes Amendements ihr Votum abgegeben, sie setzten endlich voraus, daß die Selbstwahl der Nationalversammlung auch ohne ausdrückliche Clausel auf keinen Andern als auf den fürstlichen Mann fallen würde, den alle im Sinne hatten und dem auch die Zustimmung der Regierungen gewiß nicht entstehen könne. Nur 135 verneinten die Frage; es waren theils die Männer der äußersten Rechten, welche die Selbstwahl der Nationalversammlung überhaupt verwarfen, theils diejenigen, welche sie ohne Clausel nicht wollten, welche in strenger Consequenz an ihrem Prinzip und welche in Treue an ihrer Verabredung hielten.

Bei der Abstimmung aber angelangt, wird es zweckmäßig sein, auch von den übrigen Fragen die wichtigsten kurz zu beleuchten: so principiell bedeutsam sind die meisten und so natürlich bildeten sie Grenzcheiden für die Parteien; so ge-

eignet sind sie daher auch, dasjenige aufzuklären, was das Princip und das Ziel unsrer Partei ist.

Die äußerste Rechte abzusondern von der ganzen übrigen Masse der Versammlung diente die erste Frage. Alle Beschlüsse über Errichtung einer provisorischen Centralgewalt sollten nach einem von Binde eingebrachten Amendement „vorbehaltlich des Einverständnisses mit den deutschen Regierungen“ gefaßt werden. Es drückte sich hierin die Meinung derjenigen ab, welche das ganze Verfassungswerk auf eine Vereinbarung mit den Regierungen gründen wollen. Es ist die juridische Formel des Vertrages, auf welche diese das Zusammengehen der Nationalversammlung mit den Regierungen reduciren. Ihnen gegenüber stehen diejenigen, welche theils die Nationalversammlung als schlechtthin allein constituirend, theils wenigstens prinzipiell und in erster Instanz als allein constituirend, theils endlich wenigstens nicht prinzipiell als vereinbarend ansehen. Die namentliche Abstimmung ergab 31 bejahende Stimmen gegen 477 verneinende.

Eine andere Abstimmung schied ungefähr da ab, wo zwischen dem rechten und dem linken Centrum eine wenn auch schwankende Grenzlinie sich hinzieht. Es handelte sich darum, ob die Centralgewalt die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkünden und zu vollziehen habe, eine Frage, welche fast gleich schwierig zu bejahen wie zu verneinen war. Allein der Fall war ähnlich dem, wo es sich um die Wahl durch die Nationalversammlung handelte. Uns schien nämlich die Unterscheidung legislativer und administrativer Beschlüsse nothwendig. Unsere Gesetze, meinten wir, solle allerdings die Reichsgewalt vollziehen, aber nicht unsere Verwaltungsmaassregeln. Aber man verweigerte uns von der Linken her auch hier einen Zusatz, welcher diese Unterscheidung zur Geltung bringen sollte. Ohne diese Unterscheidung nun schien es

unmöglich die Frage zu bejahen. Denn Jedermann weiß, wie ungeschickt eine große Versammlung zur Administration ist; Jedermann weiß, welche Uebereilungen, welche Zufälligkeiten bei der Abstimmung derartiger Fragen dann zumal vorkommen können, wenn die Entscheidung in Einer Kammer ruht. Auf der anderen Seite das moralische Gewicht, welches dem vernünftigen und ausführbaren Willen der Versammlung zur Seite steht. Bei allen gegründeten und wohlüberlegten Beschlüssen findet sich die Regierung in der faktischen Unmöglichkeit dieselben nicht zu vollziehen, da ja die Verwaltung aus der Vertretung hervorgegangen und von ihren Abstimmungen abhängig ist. Aus diesen Gründen konnten wir die so gefasste Frage nur mit Nein beantworten und dies Nein blieb mit 277 gegen 265 Stimmen in der Majorität.

Noch viel unzweifelhafter war die Entscheidung darüber, ob die Reichsgewalt einem Präsidenten oder einem Reichsverweser übertragen werden solle. Aus einem Namen ziehen sich oft Consequenzen für die Sache. Jenen Namen mit seinem republikanischen Klange aber mußten diejenigen gewiß vermeiden, welche die konstitutionell-monarchische Form auch für das Provisorium in jeder Weise herstellen wollten. Dies war so einleuchtend, daß die Grenzlinie bei dieser Abstimmung noch weiter nach der Linken hinübereückte. Die Bezeichnung: Reichsverweser wurde mit einer Majorität von 355 gegen 171 Stimmen sanctionirt.

Ein neuer, sehr wichtiger Streitpunkt war endlich die Bestimmung, ob der Reichsverweser selbst verantwortlich, oder nur mit verantwortlichen Ministern umgeben sein solle. Es war nur billig, daß wir von dieser Bestimmung der Unverantwortlichkeit uns um so weniger etwas abdingen ließen, als die freie Wahl durch die Nationalversammlung ohne alle Zusätze, ohne alle Beschränkungen durchgegangen war. Die

Unverantwortlichkeit des Oberhauptes ist das erste Grundgesetz des constitutionellen Staates. Indem die Verantwortung für die Regierungshandlungen von den Ministern übernommen wird, ist in tiefsinniger Einrichtung zugleich die Festigkeit der Regierung und sind zugleich die Rechte des Volkes gesichert. Wohl durften wir daher durch Dahlmann's Mund diese Abstimmung zum Schibboleth machen zwischen monarchisch und republikanisch Gesinnten. Das Stimmenverhältniß war eben deshalb ungefähr das gleiche bei dieser wie bei der letzterwähnten Frage. Eine Majorität von 373 gegen 175 Stimmen zeigte deutlich genug, wie überwiegend monarchisch diese Versammlung gesinnt sei.

Die entschiedenen Republikaner in der Versammlung empfanden zu tief ihre Niederlage, als daß sie eine Demonstration hätten unterlassen können. Wenn in der Wahl durch die Nationalversammlung eine Concession an das republikanische Prinzip enthalten war, so war demselben dagegen durch die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers jeder Boden entzogen. Unter dem Vorwande, daß diese Bestimmung die Einheit gleich sehr wie die Freiheit des deutschen Volkes gefährde, daß darin eine Rückkehr zum Absolutismus und eben deshalb eine Verewigung der Revolution gegeben sei, enthielten sich 30 Mitglieder der Versammlung jeder Theilnahme an der Wahl des „Unverantwortlichen“. Andere konnten nicht umhin, jenen ungroßmüthigen Haß gegen die Fürsten auf andere Weise zu bekunden. Von den Mitwählenden stimmten 32 für Jßstein, 52 für Heinrich von Gagern; von der ungeheuern Mehrzahl der Stimmen getragen ging jedoch der Name Johann's, Erzherzogs von Oesterreich, aus der Abstimmung hervor. Ihn proklamirte unter dem Geläute der Glocken und dem Donner der Geschütze der Präsident zum Reichsverweser über Deutschland. „Er bewahre, sprach er, seine

allezeit bewiesene Liebe zu unserm großen Vaterlande, er sei der Gründer unserer Einheit, der Bewahrer unserer Volksfreiheit, der Wiederhersteller von Ordnung und Vertrauen!“ Da schwoll unser Herz von Hoffnung; das Haus aber erscholl von dem begeisterten Ruf: Hoch lebe Erzherzog Johann, der Reichsverweser!

Die Parteibildung.

Durchgreifend und von den weitesten Folgen war dieser erste bedeutende Akt der Nationalversammlung. Die Einheit, nach der alle Herzen hinstrebten, schien mit einem Male erlungen, der Glaube an sie bekam in allen Gauen des Vaterlandes einen mächtigen Impuls und in dem Jubel des Volkes, der über der Kunde von der Wahl, der Annahme und endlich der Ankunft des Erzherzogs ausbrach, konnte der Patriot die Hoffnung lesen, daß das Volk wenigstens nie diese erste Schöpfung seiner Vertreter verlassen werde. Und in der glücklich hergestellten Einheit schien zugleich das Streben nach republikanischen Formen erloschen zu sein. Auf republikanischem Boden war eine monarchische Institution erwachsen. Durch einen kühnen Griff war die Nationalversammlung losgelöst von der Rücksicht auf die Rechte der Regierungen: und frei, wie sie war, war sie dennoch willig zur Anerkennung derselben zurückgekehrt. Die neue Gewalt, revolutionär in ihrem Ursprung, war ihrem Wesen nach in die bewährtesten Formen gesetzlicher Freiheit gefaßt. Unter dem Schutze der Einheit schien die Monarchie geborgen und unter dem Schutze dieser schien mit der Freiheit die Ordnung, der Wohlstand und das Vertrauen neu aufzublühen.

Wie aber nach Außen, so wirkte dieses Ereigniß auch nach Innen. Wie es in der Geschichte der ganzen Bewegung einen Abschnitt bezeichnete, so nicht minder in der Bildungsgeschichte der Nationalversammlung. Die politischen Meinungen in ihrem massenhaften Zusammenhalt, in ihren Gruppierungen und Bewegungen bilden die Unterlage der Entscheidungen einer großen Versammlung. Dabei treten in einer ereignißreichen Zeit ganz natürlich Wechsel und Schwankungen ein. Die Meinungen verbinden und trennen sich, die Parteien wandeln und verschieben sich und entscheidende Ereignisse gehen durch die Versammlung nicht hindurch, ohne in einer neuen Gruppierung der Parteien ihre Spuren zurückzulassen. Eine Debatte, so reich an prinzipiellen Fragen wie die über die Centralgewalt mußte um so mehr diese parteienbildende Kraft bewähren, als bisher noch die Ansichten loser durcheinandergelegen. In eine Versammlung, in welcher die Stimmung zum großen Theil noch weich und flüchtig war, mußte eine Begebenheit wie die eben dargestellte, mit entscheidender Wirkung einfallen; sie mußte für die Sonderung der Parteien epochemachend sein, und von ihr aus beobachtet sich daher am bequemsten der Prozeß dieser Sonderung.

Am frühesten hatten sich begreiflich diejenigen Fractionen zusammengethan, die sich in der Minderheit erblickten. In der Minorität liegt an sich eine adstringirende Kraft. Um von der Masse nicht erdrückt zu werden, um geringe Kräfte durch Zersplitterung nicht noch geringer werden zu lassen, hatte die Linke sich beeilt, ihre Glieder zusammen zu suchen und durch feste Organisation aneinander zu binden. Dort war überdies ein bestimmter Zug nach einem weitgesteckten Ziele. Die prinzipielle Färbung, welche die Politik dieser Männer so sehr mit der konkreten Natur der Dinge in Conflict bringt, war desto geeigneter, sie auf Grund eines festen Credo zusammen

zuschließen. Denn nicht auf der sinnigen Beobachtung der Weltlage, nicht auf dem taktvollen Abwägen zwischen dem an sich Vernünftigen und dem Thubaren und Erreichbaren, vielmehr auf schroffen Prinzipien beruhte die Politik dieser Männer. Diese Prinzipien selbst waren der fertige Rahmen, in welche die Partei sich einfügen ließ. Ihre numerische Schwäche forderte die Mitglieder zur größten Rührigkeit auf. Gegen den Strom der entgegenstehenden Meinungen konnten sie sich nur durch lebhafteste Anstrengungen halten. Immer geschlagen, mußten sie sich immer wieder aufraffen. Sie lebten nur von einem Tage zum andern. Die Besprechung der einzuhaltenden Taktik drang sich ihnen mit Nothwendigkeit auf und so geschah es, daß sie, um zu existiren, sich rascher als irgend eine andere Partei organisirten und in der Vorberathung des nächsten Pensums, in der Vertheilung der Rollen, in der Handhabung ihrer Polemik, sich frühzeitig in ein wirksames Parteileben einlebten.

Ihnen gegenüber war es das entgegengesetzte Extrem, welches in dem Durcheinander der Ansichten zuerst den Niederschlag einer Partei bildete. Wie zwei Pole sich fordern, so forderte die Linke, daß eine entschiedene Rechte sich abseze. Es war ein Naturgesetz, welches sich realisirte, wenn zuerst die beiden äußersten Gegensätze sich in festeren Parteien ablagerten. Auch auf der Rechten war es ein bestimmtes Prinzip, welches den Kern der Parteibildung hergab. Diejenigen standen hier, welche das Verfassungswerk mit den Regierungen vereinbart, welche es auf einen Vertrag der Nationalversammlung mit den Regierungen gebaut wissen wollten. Dazu gesellten sich alle diejenigen, welche dem Umschwung der Dinge nur gezwungen, keinesweges mit freudiger Zustimmung gefolgt waren. Es traf sich endlich, daß zwei energische Naturen diese Partei beherrschten und wenn nicht als Führer, so doch als Wegweiser derselben dienen konnten. Der eine dieser

Männer kann als Repräsentant der Vereinbarungstheorie, der andere als das Haupt der wider ihren Willen Constitutionellen gelten. Es ist der Standpunkt des Rechtsbodens, des durch das Faktum der Revolution durchlöchernten Rechtsbodens, welchen B i n d e festhalten will. „Wir sind hier,“ sagte Herr v o n B e i s l e r in der Debatte über die provisorische Centralgewalt, „um mit den Regierungen und Fürsten das Werk der Constitution von ganz Deutschland zu vereinbaren.“ „Es ist die Bestimmung der Gewählten“, hatte Herr v o n B i n d e beistimmend hinzugefügt, „zwischen dem Volke und den Regierungen das Verfassungswerk zu Stande zu bringen oder zu vereinbaren.“ Und neben diesen, wie gesagt, die Anderen, die ehemaligen Anhänger des Staates von Gottes Gnaden. Ihre Politik, ihre Stellung zu der gegenwärtigen Lage der Dinge vertritt am präciseften derjenige Mann, der noch vor nicht länger als einem Jahre jene geschickte Apologie des absoluten Staates geschrieben hat. Der absolute Staat, der nicht menschlicher, sondern göttlicher Einsetzung ist, hat sich, nach Herrn v o n R a d o w i z hindurchzuarbeiten durch alle Formen seiner Entstellung. Er hält sich deshalb verpflichtet, wie er damals schrieb und wie er jetzt durch die That zeigt, wie früher die Monarchie auch in ihrer Entstellung nach allen Kräften gegen die Theilung mit der Volkssouveränität, so jetzt die Repräsentativregierung gegen die Republik zu vertheidigen.

Dies die Hauptstützen, die Theorien und die Gesinnungen derer, welche als äußerste Rechte den entschiedensten Gegensatz gegen die Republikaner der Linken bildeten. Die Gesellschaft im „steinernen Hause“ vereinigte die meisten der hierhergehörigen Männer; anfangs mehr eine Gesellschaft zu freier Besprechung, ward sie mehr und mehr zur Partei und das „steinerne Haus“ konnte bald ausdrücklich als das Gehäuse der am meisten conservativen Politiker gelten.

Dazwischen die ungeheure Mehrzahl derjenigen, die zwischen jenen extremen Ansichten die Mitte zu halten bemüht waren. Allein es war schwer, für diese insgesammt eine einigende Formel, ein politisches Symbol, ein Programm oder sonst etwas zu finden, was sie zu einer geschlossenen Masse, zu einer Partei des Centrums hätte vereinigen können. Der Versuche dazu wurden zahlreiche gemacht. Dem theoretischen Charakter unseres Volkes entsprach es, durch das Entwerfen von Programmen eine derartige Vereinigung hervorzubringen. Ein Programm folgte dem andern. Jetzt sollte das ganze Centrum um eine solche theoretische Formel sich schaaren, jetzt war es darauf abgesehen, ein rechtes oder ein linkes Centrum zu konstruiren. Das Bekenntniß der konstitutionellen Monarchie und die Anerkennung einer die Rechte der Regierungen nicht verachtenden Volkssouveränität waren die Grundzüge dieser Programme. Bald jedoch waren dieselben zu weit, bald wieder zu eng gefaßt. Man kam zusammen, um sich auf ein derartiges Bekenntniß hin zu konstituiren, man debattirte den vorgeschlagenen Entwurf, man trennte sich, ohne irgend etwas erreicht zu haben. „Was thut Ihr?“ rief einst in einer solchen Zusammenkunft zur Constituirung eines linken Centrums ein Mann der Linken, „was thut Ihr mit Euren Programmen? Ihr wollt Parteien machen, und Parteien können doch nur werden, niemals gemacht werden. Nehmt Euch ein Beispiel an der Linken. Die Zusammengehörigen haben sich dort von selbst zusammengefunden; jeden Abend bespricht man dort die Fragen des folgenden Tages, man kömmt über die zu stellenden Anträge, über die Taktik der Angriffe und der Vertheidigung überein. Man ist eine Partei, indem man sich praktisch als eine Partei gerirt. Gehet hin und thuet desgleichen.“

Und soweit ohne Zweifel hatte dieser Mann Recht. Aber Unrecht eben so gewiß in dem, was er weiter sagte. „Es

gibt übrigens“, sagte er, „nur eine rechte und eine linke Seite. Es gibt kein Centrum und es darf noch weniger ein rechtes und ein linkes Centrum geben. Dies Streben, eine dritte Partei zu bilden, ist eine unglückliche Nachahmung des französischen centre gauche, einer Partei, die stets und überall aus Lahmen, Aengstlichen und Unentschlossenen bestand. Es gibt nur Ja oder Nein; es gibt keine Rüance zwischen Ja oder Nein, keine Mittelpartei zwischen den Männern des Fürstenvertrags und den Männern der Vollgewalt der deutschen Reichsversammlung. Zwischen diesen Beiden hat Jeder sich zu entscheiden und ich für mein Theil habe mich entschieden.“

So einfach, in der That, lagen die Sachen nicht. Derselbe Mann, welcher vor dem theoretischen Parteimachen warnte, derselbe wollte die Parteiunterschiede nach einem fahlen theoretischen Principe gebildet wissen. Denn nur in principiellen Dingen reicht man mit Ja und Nein aus: in der Praxis gibt es nach der Natur der Dinge ein Vielsaches. Die Competenz oder Incompetenz der Versammlung ist nur ein Wort; das Verhalten der Versammlung dagegen, den Regierungen gegenüber, ist bedingt durch die jedesmalige Lage der Dinge. Diese Lage muß der Politiker berücksichtigen; an dem Widerstand der Verhältnisse scheitern die Prinzipien. Für jeden einzelnen Fall wird der Mann von Charakter ein entschiedenes Ja oder Nein in Bereitschaft haben; aber er wird sich hüten, die lebendige Geschichte mit einem abstrakten Grundsatz manipuliren zu wollen.

Es kam also allerdings, wie Benedey es ausgesprochen hatte. Nicht die Programme, sondern die Thatfachen formirten die Parteien. Keinesweges aber nach rechts und links schied sich Alles. Es entstand im Verlaufe der Verhandlungen über die Centralgewalt ein linkes und es entstand gleich nach diesen Verhandlungen ein rechtes Centrum.

Eine nicht eben große Anzahl von Abgeordneten hatte sich nämlich zur Zeit dieser Verhandlungen im „Württembergischer Hofe“ zusammengefunden. Ohne die entschieden republikanischen Zwecke der Linken zu theilen, ohne deren Mittel zu billigen, verläugneten sie doch nicht die Nähe, in der sie zu jener Partei standen. Sie sprachen mit Nachdruck von der Souveränität der Nationalversammlung und von deren alleinigem Rechte zu konstituiren; ebenso von der Souveränität des deutschen Volkes als der Grundlage der zu schaffenden Bundesverfassung, sowie endlich von dem übergreifenden Rechte der Einheitsidee über den Partikularismus der Einzelstaaten. Indem sie dazu aber die Berücksichtigung der Regierungsansichten, sowie unabweisbarer Partikularbedürfnisse nicht in Abrede stellten, befaßten sie sich auf einem Boden, den im Grunde nur die entschiedene Rechte und die entschiedene Linke nicht theilte, und dessen nähere Bestimmung daher nur ihr praktisches Verhalten abgeben konnte. Und dieses Verhalten wurde denn alsbald durch einen Verbesserungsantrag bezeichnet, welchen unter Schoder's Vortritt die Genossen jener Vereinigung zu dem Ausschufsantrag über die provisorische Centralgewalt einbrachten. Zweierlei insbesondere war charakteristisch in diesem Antrag. Die Centralgewalt sollte die Beschlüsse der Nationalversammlung verkünden und vollziehen und der Inhaber jener Gewalt sollte ein Präsident sein. Hiermit war ein bedenklicher Schritt nach der Linken hinüber gethan und als die gefährliche und widerspruchsvolle Tendenz der Mitglieder des „Württembergischer Hofes“ mußte fortan der Versuch erscheinen: die Republik mit der konstitutionellen Monarchie zu vermitteln. Die verschiedensten Elemente konnten sich einer so fundirten Partei anschließen. Allenfalls war dort Platz für den Republikaner; es war der eigentliche Ort für denjenigen, welcher zwischen Republik und Monarchie schwankte und wenn auch der auf-

richtig konstitutionell Gesinnte sich dort zurecht finden konnte, so hatte endlich das prinzipielle Betonen der alleinigen Competenz der Nationalversammlung für die Constituirung des Vaterlandes einen mächtigen Reiz für den bloß theoretischen Politiker. Ehrenwerthe und entschiedene Männer traten zu dieser Partei; hervorgegangen aus der Debatte über die Centralgewalt wuchs sie durch die Abstimmung über dieselbe und nur das Widerspruchsvolle in der Haltung dieser Genossenschaft lag verhängnißvoll über ihrem Bestehen. Es war keinem Menschen ein Geheimniß, daß sie über kurz oder lang in zwei Parteien auseinanderbrechen müsse.

Und so stand denn, gleichsam eingezwängt zwischen fest geordneten Verbindungen, nur diejenige Masse noch frei und unverbunden in der Mitte, welche wir an jenem Abend vor der Abstimmung des Gesetzes über die Centralgewalt in ernster Berathung über den kühnen Vorschlag des Präsidenten zusammengefunden haben. Bei der Abstimmung selbst war die Zahl der Treuen noch mehr zusammengeschmolzen, aber so bestimmt hatte diese zugleich die Grenzen einer neuen Partei gezeichnet, daß dieselbe fertig und als habe sie von je zusammengehört aus jener Abstimmung hervorging. Der selbst geschaffenen Noth um ein Prinzip, dem Suchen nach einem Programm hatte sie uns auf einmal überhoben: nicht mehr in Worten brauchte ein solches niedergelegt zu werden. Was wir wollten und erstrebten lag in mehr als Einem Votum, lag in Thaten und Entscheidungen auf das Klarste vor uns selbst und vor Anderen da; aus der bisherigen Geschichte der Nationalversammlung war diese Partei natürlich hervorgewachsen und eine große entscheidende Abstimmung hatte eine längst angelegte Parteibildung nur zur Reife getrieben. Hätten wir hinterher ein Programm schreiben wollen, wir hätten es abschreiben müssen von unserm Verhalten in der letzten Debatte. Wir

hätten sagen können, daß die aufrichtige Herstellung constitutionell-monarchischer Institutionen unser Ziel sei, wir hätten gestehen können, daß wir die Hinüberleitung der vaterländischen Zustände von dem revolutionären Boden auf den Boden des Rechts erstrebten, wir hätten hinzufügen können, daß wir in dem Gedanken der Souveränität der Nationalversammlung eine tiefberechtigte Idee erkannten, daß aber diese Idee die Mitwirkung der Regierungen nicht ausschliesse und wir hätten endlich sagen können, daß die Rücksicht auf das Zweckmäßige, auf das practisch Erreichbare, daß der offene Sinn für das geschichtliche Werden uns höher stehe, als die Eingenommenheit für irgend welches abstrakte Prinzip; — und wir hätten doch mit allem dem das Wesen unsrer Partei nur ungenügend bezeichnet. Für den lebendigen Geist der Freiheit, für die edle Begeisterung für den Gedanken nationaler Einheit, für den Tact, mit welchem wir unsere politische Aufgabe lösen wollten, hiefür gab nicht ein Bekenntniß, sondern die Personen eine Bürgschaft. Die ganze Zukunft unserer Geschichte muß Zeugniß für uns ablegen. Wir waren unbekümmert um ein Programm: wir durften noch unbekümmert um einen Namen sein. Die Stellung zu unsren Gegnern und zu den Nachbarparteien hat uns den Namen des rechten Centrum gegeben.

II.

Die Grundrechte des deutschen Volks.

Es war ein festlicher Tag, an welchem die Nationalversammlung den Reichsverweser in ihrer Mitte begrüßen durfte. Die Versammlung feierte ihren zweiten Geburtstag; denn ein neuer Abschnitt ihres Lebens begann, seit eine feste Regierungsgewalt, aus ihr selbst hervorgegangen, ihre eigene Autorität steigerte und concentrirte. Die provisorische Regierung, welche für das gesammte Deutschland geschaffen war, bildete allererst den festen Hintergrund für die Thätigkeit der constituirenden Versammlung. Nicht die Verfassung sowohl als die Herstellung einer Verfassung war unter Dach und Fach gebracht; die Bahn, die wir zu wandeln hatten, lag frei und sicher vor unsern Augen. Wir wußten freilich nicht, ob es uns gestattet sein würde, ohne Ablenkung und ohne Aufenthalt auf ihr zum Ziele zu schreiten; aber die Aufgabe des Regierens, die sich uns sonst immer, hemmend und lockend zugleich, in den Weg geschoben hatte, war uns abgenommen; die Geschäfte waren gesondert und die ausübende Gewalt, durch die Revolution von ihrer Stelle gerückt, war an ihren natürlichen Ort zurückgestellt.

Die eigentliche Verfassungsarbeit nimmt ihren Anfang. Sie ausschließlich soll uns fortan beschäftigen: so wollen es

die Meisten in der Versammlung. Es fragt sich nur: mit welchem Stücke sollen wir beginnen? welcher Theil des zusammengesetzten Werkes bildet die sicherste, die natürlichste Grundlage für das Ganze? welchen Theil erwartet das harrende Volk am sehnlichsten und welcher befriedigt am meisten seine nächsten Bedürfnisse?

Die Erwägungen konnten sich kreuzen und sie alle waren der Rücksicht auf das Mögliche unterworfen. Der natürlichste Anfang war vielleicht der schwierigste und was heute schwierig war, konnte nach Monaten leicht sein. In einer Situation, welche das Resultat außerordentlicher Ereignisse war, lag es nahe, der Kraft der Ereignisse zu vertrauen und eher von der Zukunft die Lösung mancher Frage zu erwarten, als sie vorzeitig durch Beschlüsse zu wagen, welche schon in wenigen Wochen sich als unausführbar erweisen konnten. Die definitiven Grenzen des Reichs, das Verhältniß Oesterreichs zu dem übrigen Deutschland, die Person und die Beschaffenheit des Oberhauptes, — das und Anderes waren brennende Fragen, aber welche erst recht zu brennen schienen, wenn man sie in die Hände nahm. Soll man sie gerade darum vorweg behandeln oder soll man sie gerade darum hinauschieben? Ist die Kühnheit weiser oder das Zaudern?

Alles Wählens jedoch überhob uns die Entscheidung, welche der Verfassungsausschuß getroffen hatte. Vor uns lag der Entwurf der Grundrechte des deutschen Volkes. Die Entscheidung, daß gerade hiermit der Anfang zu machen sei, ließ sich anfechten; sie läßt sich jetzt vielleicht tadeln; aber es ist billiger, die Gründe zu hören, die sie damals zu rechtfertigen schienen.

Die Revolution zu stillen, welches geeigneteres Mittel gab es, als deren allgemeinste und unzweideutigste Forderungen zu erfüllen? Es gab im März einen Katechismus der Wünsche des Volks: an denselben Punkten hielten alle Petitionen fest;

dieselben tönten von Land zu Land; dieselben wurden überall von dem Volke gefordert, von den Fürsten versprochen —; das und nichts anderes waren die „Grundrechte“, mit denen jetzt der verfassunggebende Reichstag seine Arbeit beginnen wollte. Jene Forderungen sollten fixirt, sie sollten von der höchsten Autorität als unveräußerliche Rechte sanktionirt, sie sollten überdies ausgeführt, erweitert, formulirt werden. Wo und wann immer unser Werk unterbrochen werden möchte: wir wollten auf keinen Fall auseinandergehen, ohne unserm Volke die magna charta seiner Freiheiten, die allgemeinen Grundlagen und Bürgschaften der Gewißheit ausgehändigt zu haben, daß es nie wieder unfrei werden könne. Die besondere Form der Regierung, die Herstellung und Ausgleichung der höchsten Gewalten, mit denen die Freiheit sich selbst trägt indem sie sich organisch zusammenfaßt, das, glaubten wir, müsse von selbst erwachsen, wenn erst überall, in alle Verhältnisse des Volkslebens die Saat der Freiheit hineingesentt sei. Jene Rechte sind es, die das Volk täglich braucht und täglich gewahrt wird. Sie sind die kleine Münze der Freiheit, welche rasch von Hand zu Hand circulirt. Ehe wir das neue Papier der Verfassung creiren, eine nur allmählig einzulösende Anweisung auf die Freiheit: so laßt uns allererst genug von jener kleinen Münze prägen; laßt es nicht geschehen, daß man uns nachsage, wir hätten dem bittenden Volke einen Stein statt Brodes gegeben!

Wenn nun aber diese Gründe gewiß so weit trugen, um den Grundrechten die erste Stelle in der Verfassungsarbeit zu sichern, so war dagegen ungerechtfertigt, was die Linke daraus für die Behandlungsart der ganzen Materie folgern wollte. Der Wichtigkeit dieser Bestimmungen glaubten wir nämlich die Mühe einer doppelten Berathung schuldig zu sein. Dem widersetzten sich unsere Gegner und es klang, was sie vor-

brachten, populär genug, wenn es nur eben so stichhaltig gewesen wäre. Denn das war gewiß eine sehr radikale und äußerliche Anschauung, wenn man geltend machte, es handle sich ja hier nicht sowohl um positive als um negative Bestimmungen, nicht um die Schaffung neuer Rechte, sondern nur um die Wegschaffung alter Lasten. Es gelte ja nur, sagte ein anderer Redner, die Arbeit des allgemeinen Geistes, die seit 33 Jahren in Deutschland geschehen sei, zu legalisiren: und das war ohne Zweifel sehr schön gesprochen, wenn nur nicht übersehen worden wäre, daß eben diese Besonderung des Allgemeinen, diese Einführung allgemeiner Prinzipien in die konkreten Verhältnisse nicht das Leichteste, sondern das Schwierigste ist. Es war sehr wohlfeil, die Gründlichkeit derjenigen, die eine zweimalige Lesung wollten, zu verspotten: aber es waren darum nichts desto weniger die Gründlichen diesmal die Praktischen, die Langsamen und Bedächtigen die, welche es gut mit dem Volke im Sinne hatten. Was namentlich Beseler und Basser mann damals ausführten, das hat die nachfolgende Erfahrung nur zu sehr bestätigt. Die Abstimmungen, meinten sie, werden sich vielfach widersprechen; die Grundrechte, wie sie aus unsrer ersten Berathung hervorgehn, werden keinesweges ein homogenes Aussehen haben. Die Entscheidung über einzelne Fragen wird in den verschiedenen Staaten sehr verschieden aufgenommen werden. Begründete Einsprüche werden gegen unsre Beschlüsse laut werden. Diese zu hören wird unsre Pflicht sein und eine zweite Lesung wird uns die Möglichkeit geben, ihnen nachträglich gewissenhaft Rechnung zu tragen. So die Sprecher von unsrer Seite. Ihre Gründe besiegten die der anderen Seite. Die doppelte Lesung wurde beschlossen und auf der Tagesordnung des 4. Juli stand zum ersten Mal: „Berathung über die Grundrechte des deutschen Volks.“

Ohne Berechtigung freilich war jener Gegensatz zwischen den Eilenden und den Bedächtigen nicht. Nur hätten unsre Gegner die Nothwendigkeit einer abbrevirten Verhandlung nicht aus der Beschaffenheit der vorliegenden Materie herleiten sollen. Diese vielmehr war schwierig und forderte die Mühsamkeit der gründlichsten und ausführlichsten Berathung. Was uns drängte, waren die Umstände, unter denen wir berathen sollten. Es zeigte sich je länger je mehr: wir hatten nicht Muße, gründlich zu sein. Wenn Zwischenfragen der verschiedensten Art, wenn namentlich Fragen der äußeren Politik den Gang der Berathung unterbrachen, so trieben uns dagegen die anarchischen Bestrebungen im Lande selbst, das Verfassungswerk zu beeilen. Das Volk, im vorläufigen faktischen Besitze der ausgedehntesten Freiheitsrechte, fand sich gelangweilt durch die theoretischen Bemühungen seiner Vertreter, diese Rechte sorgfältig zu registriren. Uns umstand die Langeweile und die Ungebuld und diese erzeugten oder begünstigten das anarchische Treiben einer bedenklich wachsenden wählerischen Partei. Unsere Bedächtigkeit sollte die Freiheit sichern und sie schien ihr statt dessen gefährlich zu werden. Wir waren bemüht, den Horizont der Freiheit abzugrenzen und schon sahen wir die Gewitter sich zusammenziehen, die ihn bedrohten. Es ist hohe Zeit, rief man sich zu, ihr gesetzliches Maß festzustellen, innerhalb dessen allein sie ihre Segnungen bringt; es ist hohe Zeit, sowohl deshalb, um den offenen Rundgebungen der Gesetzlosigkeit zu begegnen, als insbesondere deshalb, um deren ergiebigste Quellen, das Mißtrauen, die Unsicherheit, die Aussichtslosigkeit, zu verstopfen.

An dies allgemein Gefühlte konnte daher ein Antrag von Schoder anknüpfen, wenn nicht etwa den Antragsteller noch andre Motive bestimmten, Motive, meinen wir, die ihn geeigneter machten, auf der Linken als auf der Rechten Anklang

zu finden. Es war nämlich auf jener Seite des Hauses eine große Angst vor dem, was man Reaktion nannte. Denn die Vereitelung der Revolution und die Uebertreibung derselben, das waren ja wirklich die beiden Feinde, zwischen denen die Versammlung in der Mitte stand, und welche Beide abzuwehren auch wir fest entschlossen waren. Ueber den Begriff der Reaktion waren wir freilich ganz verschiedener Ansicht und die drüben wollten sie gewöhnlich schon da sehen, wo wir nur die Herrschaft des Rechts und der Ordnung sahen. Etwas nun von dieser Reaktionsfurcht steckte unbestritten auch in dem Antrag, der jetzt von der gemäßigten Linken ausging. Sehen wir zu, war die Meinung, daß unter diesem schleppenden Gang unsrer Berathungen, die Revolution nicht unsren Händen entschlüpfe. Während wir behaglich in der Vorhalle des Verfassungsbaues verweilen, so sinkt inzwischen der Grund, auf dem das eigentliche Gebäude der Verfassung errichtet werden soll. Das noch flüssige Metall wird kalt, derweile wir zögern; die Willigen werden unwillig, die gebeugten Mächtigen richten sich wieder auf, und der Partikularismus der Einzelstaaten, der sich während des Unwetters nur zurückgezogen, wird aus allen Schlupfwinkeln wieder hervorkriechen. Daher einen kühnen Entschluß gefaßt! Keine Diskussion mehr über die Grundrechte, sondern einfache Abstimmung über die noch rückständigen Paragraphen des Ausschuszentwurfes!

Aber das wäre mehr als ein kühner Entschluß, es wäre ein Akt der Verzweiflung gewesen. Beschleunigung that Noth, aber nicht in dem Maße. Den Einfluß der Versammlung aufrecht zu erhalten, das war der Zweck dieses Antrags; seine Annahme wäre ein Zeugniß gewesen, wie wenig die Versammlung sich selbst vertraue. Ohnehin aber lagen noch die wichtigsten Bestimmungen unerledigt vor uns und wer hätte es auf sich nehmen wollen, ohne vorhergegangene Aufklärung

und Verständigung über Verhältnisse und Rechte aburtheilen zu wollen, an denen Wohl und Wehe von Millionen hing und welche auf's Tiefste in das Leben aller Klassen der Gesellschaft einschneiden?

Unter allen Eigenschaften des Politikers ist wohl die schätzenswertheste die, daß er für die Durchführung seiner Pläne den rechten Zeitpunkt zu ergreifen, den gelegenen Augenblick zu nutzen verstehe. Der Ungeneigtheit, welcher der Schoder'sche Antrag begegnet war, entging Bassermann glücklich, als er nach mehreren Wochen einen ähnlichen Vorschlag in die Versammlung brachte. Die Angelegenheit des Malmöer Waffenstillstands stürzte uns in Verwirrung und Besorgniß. Ein Bruch mit Preußen, ja der Untergang aller Hoffnungen, die wir für das Zustandekommen eines einigen Deutschlands gehegt hatten, stand zu besorgen. Der Beschluß, welcher über die Sistirung des Waffenstillstandes gefaßt wurde, diente nur dazu, diese Gefahren zu vermehren und zu beschleunigen. Aber es gab nichts desto weniger ein Mittel, die Wunden zu heilen, die die Annahme gleich sehr wie die Verwerfung des Vertrages, der Versammlung und dem Vaterlande schlagen mußte. Dies Mittel war so einfach wie sicher. Es lag in der Betreibung des Verfassungswerkes, in der raschen und glücklichen Herstellung jenes Bundesstaates, der die Glieder des Gesamtvaterlandes fest und für immer aneinander binden, der den Deutschen dem Auslande gegenüber mächtig und geachtet machen mußte. Bassermann schlug zu dem Ende auf's Neue ein abgefürztes Verfahren für die Behandlung der Grundrechte vor. Es war der Schoder'sche Antrag, aber zweckmäßig modificirt, durch den Drang der Umstände ganz anders motivirt. Was damals mit Recht verworfen war, das wurde jetzt mit Recht gebilligt. Zwar die Linke begann jetzt zu zeigen, wie wenig ihr an dem

rechtzeitigen Zustandekommen der Verfassung gelegen sei; von ihr ging diesmal eine Opposition aus, welche doch an dem richtigen Sinn der Mehrzahl zu Schanden wurde. Der Bassermann'sche Antrag, wenn auch nicht in seiner ganzen Ausdehnung, ward endlich dahin angenommen, daß fortan nur dann eine Berathung über die vorliegenden Paragraphen der Grundrechte zulässig sein solle, sobald dieselbe von wenigstens hundert Mitgliedern verlangt werde. Und so konnte denn von da an eine Beschleunigung eintreten, welche sich nach dem Maß der Wichtigkeit der einzelnen Materien einrichtete. Eifer und Gründlichkeit schien glücklich gegen einander abgewogen, ein richtiger Takt für die Behandlung setzte sich fest; man gewöhnte sich, nachdem nur über das Prinzipielle und über den Sachverhalt die nöthige Verständigung eingetreten war, kleinere Bedenken von der Hand zu weisen. Der Sucht nach Eigenem und Apartem ward weniger Vorschub geleistet, der gediegenen, von Beseler trefflich vertheidigten Arbeit des Ausschusses mehr Vertrauen geschenkt, die Debatte auf die Erörterung wirklicher Differenzen beschränkt. So förderte sich rasch eine wichtige Arbeit. Sie ist beendet, indem wir diese Blätter noch einmal revidiren und wenigstens der Theil der Grundrechte ist absolvirt, welcher in Folge eines den Bassermann'schen begleitenden Antrags von Schoder zu früherer und abgezonderter Veröffentlichung bestimmt ist.

Wenn wir aber nun einen Blick auf die zurückgelegte Arbeit werfen, wenn wir von dem Geist und von den Grundsätzen Rechenschaft ablegen wollen, von denen wir in dieser ganzen Materie der Grundrechte geleitet worden seien, so befinden wir uns hiemit in einer eigenthümlichen Schwierigkeit. Der Natur der Sache nach traten nirgends mehr als hier die Parteiunterschiede zurück vor den individuellen Ansichten, ja vor den partikularen Interessen, vor den mehr oder

weniger einseitigen Anschauungen welche Jeder aus den ihm bekannten Lebenskreisen herbeibrachte. Einzelne Fragen, wie insbesondere die über die Stellung der Kirche, erzeugten ganz neue, oft seltsame Parteigenossenschaften; Spaltungen zwischen sonst Gleichgesinnten, Verbindungen sonst gegnerisch Gesinnter gingen vor sich und nicht selten klangen die Stimmen gar bunt durcheinander, recht als ob es darauf abgesehen sei, die Parteien durcheinanderzuschütteln. Und doch wiederum, wer nur das Ganze zu überblicken versteht: eine Scheidewand lief auch durch diese Debatten hindurch und sonderte, wie ein Parteimann wohl sagen darf, die Böcke von den Schafen. Die Grenze zwischen den beiden Seiten des Hauses, wenn sie auch bald nach rechts bald nach links hineinschweifte: im Ganzen fand sie sich immer wieder, und auch an dem Endergebniß unsrer Berathung muß es sichtbar sein, daß es hier einen Prozeß gegeben hat zwischen einer politisch radikalen und einer gemäßigten Partei. Eine große Aufgabe wäre es, nachzuweisen, wie sich auch bei der Verhandlung dieser Fragen die wesentliche Differenz der politischen Anschauung widerspiegelte. Wir unternehmen sie nicht. Nur beispieles- und andeutungsweise zeigen wir auf einzelne Gesichtspunkte hin.

Die politische Ansicht, welcher wir huldigen, rühmt sich, aus der theilnehmenden Erwägung des konkreten Lebens entsprungen zu sein. An die Stelle abstrakter Prinzipien setzen wir das Recht der gegebenen Zustände in aller ihrer Lebendigkeit und Wirklichkeit. Nicht nach Idealen konstruiren wir von oben her die bedürftige Menschenwelt; wir lassen sie sich einrichten nach dem Maße, das ihr durch die Natur erwachsen, durch die Geschichte anerzogen ist. Wir möchten sie sich aufrichten sehen nach dem Edelsten was in ihr selbst lebt; ganz menschlich soll der Staat sich als ein Hohes und Wür-

diges über den Individuen ausbreiten und sie dem Idealen geneigt, für das Sittliche fähig machen. Es soll nichts leben, was nicht lebenskräftig ist: wir halten es darin mit der Natur; es soll keinem in der Entwicklung begriffenen Verhältnisse Gewalt angethan und es soll nicht wider die Bedingungen seines Bestehens nach dem bloßen Verstandesgesetz umgewälzt werden: die Geschichte ist so nur in unglücklichen Experimenten zu Wege gegangen. So denken wir im Großen und Ganzen: so im Kleinen und Einzelnen. Des Kleinen und Einzelnen gaben uns nun die Grundrechte vielfach zu gedenken. Wenn die Linke nach einem voraus fertigen Schema das was sie Freiheit nennt den Zuständen des Volkslebens aufzuzwingen in Versuchung gerieth: so suchten wir solchem Vandalismus der Freiheit zu steuern; wir nahmen uns der wirklichen Zustände gegen die abstrakte Freiheit an, wir vertraten gegen die aufgezwungene Umgestaltung das Recht der freien Entfaltung der Dinge. Waren Jenen die Rechte und Freiheiten des Volks ebensoviele Kategorien, so waren sie uns sehr bestimmt auftretende Lebensformen und die Anwendbarkeit des Prinzips galt uns mehr als das Prinzip in seiner Allgemeinheit.

Eine besondere Form dieser Berücksichtigung des Konkreten und Besondern war der Partikularismus, dessen wir uns in der Behandlung der Grundrechte schuldig machten, — eines sehr erlaubten und berechtigten, wie wir glauben. Dem Einheitsstreben war in der Errichtung der Centralgewalt ein volles Genüge geschehen. Dem Zusammenhalt der Einzelstaaten, dem zu schaffenden Bundesstaat war im Voraus ein nachdrücklicher Ausdruck gegeben; das politische Leben in seiner höchsten Erscheinung war in die reine Form der Einheit gegossen; unsrem eignen Werke stellten wir in einer einheitlichen Regierung sein letztes Ziel und seine Idee gegenüber. Jetzt

dagegen galt es hinabzusteigen in die niederen Kreise jenes Lebens. Was im Großen durch einen kühnen Griff geschaffen werden konnte, das war im Kleinen nur allmählig und nur annähernd herzustellen. Der politischen Form unserer Nation, deren Symbol so glücklich hingestellt war, galt es jetzt einen Inhalt zu geben. Die Einheit, welche sich dort so unwiderrstehlich durchgesetzt hatte, mußte hier nothwendig der Mannigfaltigkeit Platz machen. Es kam darauf an, jenen heftigen Einheitsdrang so weit zu temperiren, als es die Gerechtigkeit gegen das vielgliedrige Volksleben erheischte. Der Particularismus, welchem wir in der Behandlung der Grundrechte huldigten, war die abwägende Gerechtigkeit, mit welcher wir, nicht etwa die Interessen der einzelnen Regierungen, sondern die wohlbegründeten Forderungen der einzelnen Stämme, ihrer Geschichte, ihrer Cultur, ihrer kirchlichen, ihrer Gemeindeeinrichtungen wahrzunehmen beflissen waren. Daher der Streit gegen die centralisirende Tendenz unsrer Gegner, daher der wiederholte Entschluß, den Landesgesetzgebungen der Einzelstaaten zu überlassen, was zu uniformiren ein Verbrechen gegen den reichen Gehalt unsres nationalen Daseins gewesen wäre. Ein solches Verfahren realisirte nur den eigensten Begriff und den Charakter der Grundrechte und es könnte sich überdies, wenn es dessen bedürfte, durch den Hinweis auf die freiesten Länder der Erde rechtfertigen. Denn auch in dem republikanischen Nordamerika sehen wir bei aller Gleichartigkeit jeden Einzelstaat eifersüchtig über seinen besondern Rechten und Interessen wachen und an dem freien englischen Staate bewundern wir nichts mehr als dasjenige, was ein deutscher Staatsmann von ihm rühmt, indem er ihn schön mit einem Bienenvolke vergleicht. „In der Selbständigkeit des Ganzen“, sagt er „die Selbständigkeit des Einzelnen zu wahren, das hat die englische Nation erstrebt und errun-

gen.“ Es schien uns des Preises werth, daß auch wir darnach streben und ringen.

Wir nahmen endlich in noch weiterer Ausdehnung auf uns, was in dem Zeitalter der Revolution am schwersten verziehen wird. Wir versuchten für die Gerechtigkeit hie und da etwas zu retten, was zum Opfer für die Revolution bestimmt war. Gerecht gegen das konkrete Leben, gerecht gegen partikuläre Eigenthümlichkeiten, versuchten wir auch gerecht gegen das Individuum, gerecht gegen das Eigenthum zu sein. Wir waren nicht doktrinär in diesem Punkte; gegen das Kriegrecht der Revolution wäre der Widerstand in vielen Fällen so vergeblich wie unweise gewesen, und um den Neubau unserer bürgerlichen Verhältnisse zu Stande zu bringen, mußte manche Mauer niedergerissen, manches Gehege durchbrochen werden. Wir trugen nur ab, was das Erdbeben erschüttert hatte, damit der Umsturz nicht schwereren Schaden bringe. Aber eine Ehre war es darum doch, von denjenigen des Doktrinarismus beschuldigt zu werden, die sich die Praktischen nannten, weil sie die Gewaltthätigen waren, und auch da wo wir unterlagen, weil Mirabeau gegen Sieyes Recht behielt, hatten wir den Trost, mit diesem ein großes Wort zu wiederholen: „Sie wollen frei sein und verstehen nicht gerecht zu sein!“

Genug jedoch dieser allgemein gehaltenen Winke. Eins bleibt uns noch übrig. Man kann eine Uebersicht der wichtigsten Bestimmungen der Grundrechte, eine Erläuterung darüber fordern, wie sie aus der ersten Berathung hervorgegangen. Hier ist diese Uebersicht.

Zwei Gruppen lassen sich unter der ganzen Masse der Grundrechte unterscheiden. Der Entwurf, wie er vor uns lag, enthielt theils solche Rechte, welche sich unterschiedslos auf alle Deutsche bezogen, welche nur das Individuum als solches, abgesehen von seinen sonstigen Umgebungen und

Verbindungen betrafen, theils solche, welche an eigenthümlichen Verhältnissen, an besonderen und combinirten Zuständen nur die Korrektur der Freiheit anzubringen bestimmt waren. Unser Verhalten war ein verschiedenes gegenüber den Einen und gegenüber den Andern. Mit gutem Fug konnte dort die größtmögliche Uebereinstimmung der Satzungen durch alle deutsche Staaten beantragt werden, mit voller Ueberzeugung durften wir den weitgreifenden Bestimmungen des Entwurfs beistimmen, ja dieselben in Einzelheiten noch überbieten. Hier dagegen war anzukämpfen gegen die Sucht der Gleichheit als gegen die Feindinn des Rechts und der Freiheit, hier war es insbesondere, wo das Prinzip der Freiheit je nach den Gegenständen eine abweichende Anwendung erleiden mußte, hier endlich, wo die Beachtung wirklicher und dem Gesamtwohl nur förderlicher Rechte den Schein nicht scheuen durfte, als ob sie beschränkte und verenge, was in's Maßlose auszuweiten, der Wetteifer unserer Gegner war.

Wir rechnen unter die erste Gruppe die Artikel I, II, VI und VII. Mit der Festsetzung des allgemeinen deutschen Bürgerrechts machen die Grundrechte naturgemäß den Anfang. Sie behandeln zuerst die erste aller Bedingungen, unter denen überhaupt ein einiges Vaterland denkbar ist. Wenn daher im dritten Paragraphen außer der Unbescholtenheit auch noch der genügende Unterhalt als nothwendig zur Aufnahme in die Einzelstaaten gefordert ist, so erschien jede weitere Schranke als unzulässig. Nur folgerecht aber war es, wenn gleichzeitig dem volkswirthschaftlichen Ausschuss aufgegeben wurde, bis zur zweiten Lesung der Grundrechte die Grundsätze über ein allgemeines Heimathsrecht und die damit zusammenhängende Gewerbeordnung als Gesesentwurf vorzulegen. Nicht als Zwang übrigens ist zu verstehen, was wir als Recht proklamirten. Nicht der Zwang soll für jede Gemeinde bestehen, jeden Frem-

den als Gemeindegürger aufzunehmen. Bei der großen Verschiedenheit der Communalverhältnisse und des Gemeindegüthums wird vielmehr eine vollständige Gleichförmigkeit nicht herzustellen sein. „Die Erwerbung des Gemeindegürgerrechts“, sagte ein Redner unserer Partei, „ist für Jeden nur eine rechtliche Möglichkeit.“ Die Schranken freilich, welche bisher die Einzelstaaten in sehr verschiedener Weise den Einwanderern entgegengesetzt, werden auf ein gleiches und zwar auf ein möglichst geringes Maß zurückgeführt werden müssen; die Ansässigmachung und die damit verbundene bürgerliche Selbständigkeit ist thunlichst zu erleichtern. Der schon erwähnte kundige Redner, Einer der Unsrigen war es, welcher auch diese Grundsätze gegenüber den Renomirten der Freiheit zur Geltung brachte.

Wir finden sofort im zweiten Artikel diejenigen Bestimmungen, welche durch Aufhebung der Standesunterschiede dem Drange der Zeit nach bürgerlicher Gleichheit, der Möglichkeit eines ungestörten Begegnens auf dem freien Boden der Menschlichkeit ein Genüge thun. Streitig war hier insbesondere dies, ob mit den übrigen Privilegien des Adels auch das Privilegium des Namens fallen müsse. Uns schien es roh und lächerlich, auch dasjenige zu tilgen, dessen Bedeutung hinfort nur noch die Bedeutung der poetischen Erinnerung sein kann und wir, denen die Aufgabe ward, im Sinne der Humanität zu reformiren, ließen uns das Wort unsers Dichters gesagt sein, daß der Name eines Menschen nicht wie ein Mantel sei, an dem man allenfalls noch zupfen und zerren könne, sondern wie die Haut ihm über und über angewachsen, an der man nicht schaben und schinden dürfe, ohne ihn selbst zu verletzen. Derselbe Artikel enthielt aber ferner auch die Sicherung der persönlichen Freiheit gegen willkürliche Verhaftung, sowie die in fast über-

schwänglichem Maße verliehene Pressfreiheit. Er gewährte eben damit alle die Garantien der Unabhängigkeit, auf welche der Engländer mit seiner Habeas=Corpus=Acte seit Jahrhunderten stolz ist. In der Annahme dieser Säge waren daher im Wesentlichen alle Parteien einig. Nicht sowohl auf das Prinzip, als vielmehr auf die Zweckmäßigkeit der einzelnen Vorschläge beziehen sich die in der Abstimmung bemerkbaren Differenzen. Die verschiedene Ansicht über die Zweckmäßigkeit der Todesstrafe machte selbst Mitglieder der Linken zu deren Vertheidigern und so viele neue Erfahrungen hat uns seitdem diese erfahrungsreiche Zeit zugeführt, daß die schon beschlossene Abschaffung jener Strafe ohne Zweifel bei der zweiten Lesung der Grundrechte neuen Bedenken begegnen wird.

An das Recht der Pressfreiheit schließt sich eng das freie Vereins= und Versammlungsrecht an. Was darüber der Artikel VI des Entwurfs festsetzt, wurde fast unverändert angenommen. Ein Zusatz, welcher den Jesuiten und Ligorianern für immer den Boden deutschen Reiches interdicirt, darf als ungehörig und lächerlich bezeichnet werden. Die Ueberraschung und der Jesuitenhaß hat ihn angenommen. Die Linke freilich wünschte nicht bloß Ungehöriges, sondern auch Solches aufzunehmen, welches jede Möglichkeit eines geordneten Staatslebens zerstören müßte. So zeigte es sich bei der Abstimmung über den zweiten Absatz von §. 23: „Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden.“ Diese Bestimmung wollte die Linke elidiren. Sie wollte es am 26. September. Noch hatte die Erde das Blut der Ermordeten kaum eingesogen, die ein Opfer des Aufstandes fielen, zu welchem die Versammlung auf der Pfingstweide das Feuer geschürt hatte; noch hätte die Schaam die Wangen Derer be-

decken sollen, die zugegen gewesen waren, wo man die Majorität der Nationalversammlung für Volksverräther erklärte, wo man ein Attentat gegen die Paulskirche conspirirt hatte. Aber man konnte von ihnen sagen: Sie lernen nichts und sie vergessen rasch!

Es galt weiter, die Unabhängigkeit der Gerichte zu sichern. Eine neue Stütze für die Freiheit, eine neue für die Gerechtigkeit. Artikel VII verfügt das Nöthige sowohl über die Gleichmäßigkeit der Rechtspflege durch Aufhebung des privilegierten Gerichtsstandes, als über die nöthigen Bürgschaften für unparteiliche und unabhängige Handhabung des Rechts. Daher die vollständige Unabhängigkeit des Richterstandes. Daher die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens. Daher Anklageprozeß und Schwurgerichte in Strafsachen. Für die bürgerliche Rechtspflege endlich, nach dem Vorschlage des volkswirthschaftlichen Ausschusses, die Zuziehung sachkundiger, von den Berufsgenossen gewählter Richter. Ohne Unterschied der Parteien fand im ersten deutschen Parlamente der altgermanische Grundsatz Anerkennung, daß die Freien nur von ihren Genossen gerichtet werden dürfen. Daß fortan Kabinetts- und Ministerialjustiz unstatthaft sei, das war wesentlich durch die angenommenen Bestimmungen ausgesprochen. Es ausdrücklich hinzuzufügen, war mindestens ein Pleonasmus. Es war gewiß nicht die Sprache der Gesetze. Man wird den Zusatz Gesetzgebern zu Gute halten, deren Herz noch voll ist von den mannigfachen Leiden und Gebrechen einer kaum überwundenen Zeit.

Wir wenden uns zu der zweiten Klasse der Grundrechte. Es handelt sich, wie wir wissen, um die besonderen Rechte, auf welche Jeder nach seiner Lebensweise, seiner Confession, seinem Besitzstand, nach den Bedingungen und Bedürfnissen

seiner besonderen Heimath Ansprüche hat. Die Schaffung neuer Rechte wollte hier sorgsam abgewogen sein gegen die Erhaltung bestehender. Wir wiederholen das leicht Vergessene: solche Rechte vernichten, durch deren Bestand erst ein reiches und volles Leben der Nation möglich wird, ja welche wesentlich zur Beförderung des allgemeinen Wohlstandes, zur allgemeinen inneren Befriedigung dienen — diese Rechte vernichten, heißt nicht die Freiheit befördern: es heißt das nationale Leben, welches sich nur aus Besonderheiten zusammensetzt, untergraben; es heißt, den großen Schwierigkeiten unseres Einheitswerkes noch neue hinzufügen, indem es jetzt hier, jetzt dort einen Theil des Volkes verlegt, dessen Sympathien die starken Stützen unseres Baues sind.

Und so war es allerdings unsere Aufgabe, im dritten Artikel die kirchliche und religiöse Unabhängigkeit selbst soweit zu gewährleisten, daß — nach dem Zusatz von Plathner zu §. 11 — Niemand fortan verpflichtet sein soll, seine religiösen Ueberzeugungen zu offenbaren oder sich irgend einer religiösen Genossenschaft anzuschließen. Es wurde ferner ohne Widerspruch nach dem Ausschusßantrage in §. 13 der Grundsatz angenommen, daß durch das religiöse Bekenntniß der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt werde. Wir stimmten endlich, in Erinnerung alles Unheils einer romantischen Theorie vom christlichen Staate, willig dem Antrage zu §. 14 bei, wonach fernerhin keine bevorrechtete Staatskirche mehr bestehen soll. Aber wir betrachteten es dagegen nicht als eine Beschränkung, sondern als ein Recht und einen Schutz der Gemeinden, wenn auch ferner noch dem Staate die Aufgabe bleibe, den kirchlichen Einrichtungen diejenige Conformität mit der Staatsgesetzgebung zu geben, wodurch jene erst ihre eigentliche Bürgerschaft erhalten und wir hielten uns eben so wenig für befugt, nach dem Antrage von Wigard,

Blum und Genossen das Kirchenpatronat aufzuheben: denn wir berücksichtigten, wie mit diesem Patronat meistens sehr bedeutende Leistungen verbunden sind, durch deren Wegfall so vielen armen Gemeinden überhaupt die Möglichkeit einer Seelsorge genommen werden würde. So unsere Entscheidungen. Sie waren durch eine umfangreiche Debatte vorbereitet. Mehrere Tage hindurch ward die Frage über die Trennung der Kirche vom Staate mit unermüdlicher Ausdauer und mit allem Aufwand von Geist und Beredsamkeit durchgesprochen. Alle Schattirungen kirchlicher und religiöser Ansichten waren in der Debatte sichtbar. Neben dem ultramontanen Katholicismus sprach sich der modernste Protestantismus aus, der Pietismus gleich sehr wie der Rationalismus durfte seine Stellung zu dieser Frage entwickeln und neben dem Ausdruck tiefsinniger Religiosität ward noch das Bekenntniß frivoler Glaubenslosigkeit angehört. Die ganze Versammlung hatte ihr Kleid gewechselt. Die Hallen der Kirche, so lange durch Politik profanirt, schienen auf einmal ein Concilium frommer Väter zu umschließen und doch wieder war es der Geist humaner Staatsbildung, welcher friedlich vereinte, was sonst auf confessionellem Boden sich flieht. Kaum aber war je bei einer politischen Frage ein so hinggegebenes Interesse sichtbar, als jetzt bei der kirchlichen. War es doch das Parlament des deutschen Volkes, welches den Ruf bewahren mußte, daß es ein theologisches Volk sei.

Den Angelegenheiten der Kirche folgten unmittelbar die der Schule. Der Artikel IV der Grundrechte wurde in der stürmischsten Zeit der Nationalversammlung berathen. Nicht dies jedoch, sondern der Conflict entgegengesetzter Systeme hat den Paragraphen dieses Artikels ein etwas buntes Aussehen verschafft. Hier besonders wird die zweite Lesung ordnend und läuternd nachhelfen müssen. Allerdings gewährt

der §. 18 in seinen ersten Theilen die nöthigen Bürgschaften für eine genügende Jugendbildung und selbst der von verschiedenen Theilen des Volks beklagte Satz, daß „das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben sein soll“, enthält, richtig verstanden, nur eine Modifikation der Stellung, welche bisher zwischen Lehrerschaft und Geistlichkeit bestanden hat: er berührt das religiöse Element der Erziehung nicht. Allein der Wunsch, auch auf dem Gebiete des Unterrichts die Autonomie der Gemeinden möglichst zu kräftigen und daneben die Ueberzeugung, daß dem Staate gleichwohl das Aufsichtsrecht über das Erziehungswesen nicht entzogen werden dürfe, haben am Schlusse des §. 18 in ihrem Zusammenwirken den Uebelstand herbeigeführt, daß die Rechtsgebiete beider Gewalten nicht genügend auseinander gehalten sind. „Die öffentlichen Lehrer,“ heißt es, „haben die Rechte der Staatsdiener. Die Gemeinden wählen aus den Geprüften die Lehrer der Volksschulen“. Ein sehr berechtigtes humanes Gefühl hat die Bestimmungen des nächsten Paragraphen diktiert. Der niedere Unterricht soll hienach unentgeltlich, die Armenschulen aufgehoben sein. Abgesehen jedoch davon, daß hierdurch die fernere Bestimmung vieler frommen Stiftungen in Frage gestellt ist, so ist durch die Aufhebung jeder indirekten oder partiellen Steuer nur die Auflage einer neuen bedingt und wie sehr man sich auch bemühen möge, bei dem künftigen Steuersystem die Unbemittelten von allen direkten Abgaben zu befreien, so ist doch jede Steuer, auch wenn sie zunächst nur von den Bemittelten erhoben wird, ihrer Natur nach eine Steuer für die Gesammtheit.

Recht deutlich aber trat noch einmal das entgegengesetzte Bestreben der Parteien bei der Behandlung des siebenten Artikels hervor. Auf sofortige Aufhebung der Feudallasten, der dinglichen Leistungen und Abgaben sowie der persönlichen

Dienste ohne jede Entschädigung wurden maßlose Anträge von Mitgliedern der Linken gestellt. Sie sind von dem Scheine empfohlen, als ob sie den Armeren Hülfe und Erleichterung brächten: sie sind in Wahrheit eine Spoliation, eine Verletzung des Eigenthums, welches dieselben Grundrechte für unverletzlich erklären. Ihr Erfolg ist, nach allen nationalökonomischen Erfahrungen, daß die Arbeitskraft des Volks in Erschlaffung versinkt, daß dem Nationalreichthum gerade dasjenige Kapital entzogen wird, welches aus einer billigen Ablösung hervorgehn würde. Es war nicht zuviel gesagt, wenn man jenen Anträgen vorwarf, daß sie, indem sie einen Angriff gegen wirklichen und gerechtfertigten Besitz bedingten, die mehr oder minder verhüllten Anfänge eines Communismus enthielten, der die Gesellschaft zerstört, weil er das Eigenthum, die Grundbedingung selbst der natürlichsten Selbständigkeit aufhebt. Es ward außerdem von unsrer Seite hervorgehoben, wie durch derartige Anträge sehr häufig nicht der derzeitige Inhaber, sondern die Gläubiger desselben, wie eben damit der allgemeine Credit, die Quelle des nationalen Wohlstands, getroffen würde. Gründe genug, um diese ausschweifenden Bestimmungen abzulehnen, um die Aufhebung jener Lasten von billiger Entschädigung abhängig zu machen, um die Aufhebung der Fideicommissse der künftigen Gesetzgebung der Einzelstaaten zuzuweisen. Wir waren uns bewußt, hiemit für die Gesammtheit des Volkes nicht nur das Nützliche sondern das schlechthin Gemäße verfügt zu haben. Mögen schließlich zwei Beispiele reden. Wenn der Abgeordnete Meier die Ablösung aller Servituten beantragte: — hatte er erwogen, daß darunter auch diejenigen begriffen seien, welche bekanntermaßen für die Bodenkultur oder für irgend einen Gewerbebetrieb nicht etwa nur förderlich, sondern nothwendig sind? Wenn ein anderes Mitglied verlangte, daß auch die Fischereigerechtigkeiten ohne

Entschädigung aufhören sollten: — mußten wir ihn nicht aufordern zu der Angabe, auf welche Weise er die zum Theil sehr armen Fischer zu ernähren gedente, deren Innungen vielfach im Besiß dieser Gerechtigkeiten sind und die hierin allein ihren Unterhalt finden? Oder, um auf unser früheres Wort zurückzukommen: sollten wir uns lieber von der unverstandenen Consequenz eines Prinzipes fortreißen lassen, oder lieber bedacht sein, den Dürftigen einen letzten Nahrungszweig zu erhalten?

Neußere Politik. Die Polenfrage.

Die Gleichförmigkeit dieser Berathungen über die Grundrechte ward aber vielfach durchbrochen durch alle die Fragen und Anträge, die sich natürlich an eine so mächtige, ja, wenn man der Linken glaubte, auch jetzt noch omnipotente Versammlung herandrängten. Dieselbe war und blieb der Brennpunkt für Alles, was an patriotischen Hoffnungen, Wünschen und Interessen in den weiten Kreisen des Vaterlandes seit lange sich geregt, seit Kurzem aber mächtig hervorgebrochen war. Wessen das Herz voll ist, dessen geht der Mund über. Der Mund des deutschen Volkes aber, das war sein in Frankfurt zum ersten Male tagendes Parlament. Nun aber lag jedem Deutschen nichts so sehr auf dem Herzen als der Gedanke, daß er fortan nicht mehr einem zerrissenen, sondern einem einigen, nicht mehr einem verachteten, sondern einem mächtigen und gefürchteten Staate angehören solle. Daß das werdende Deutschland sich dem Auslande gegenüber aufrichte und darstelle, das war ein natürliches Bedürfniß. Die Nationalversammlung mußte, wie zu dem deutschen Volke, so zu

Europa reden. An Beziehungen zu den Nachbarstaaten fehlte es nicht. Die nationalen Grenzen mußten bestimmt und in ihrer politischen Bedeutung geltend gemacht werden. Eine neue Gestalt im Innern — eine neue nach Außen. Eine demokratische Regierung — eine demokratische Politik. Geänderte Institutionen — eine geänderte Diplomatie. Was war billiger, als daß die allgemeinen Grundsätze ausgesprochen würden, nach denen das freie Deutschland seinen Verkehr mit andern Völkern einzurichten gedente; was war nothwendiger, als daß die Verhältnisse geregelt würden, welche der Zugehörigkeit von Ländern nicht deutscher Fürsten zu dem deutschen Staatenbunde entsprangen. Dies Alles zu ordnen war eine Pflicht: es diente zugleich während der Umständlichkeit der Debatten über die Grundrechte zur Erfrischung und zur Erhebung.

Zuerst also die allgemeinen Grundsätze der auswärtigen Politik. Anträge, welche diese Grundsätze auszusprechen aufforderten, hatten dem für völkerrechtliche Fragen niedergesetzten Ausschusse zahlreich vorgelegen. Es war die Erlassung eines Manifestes über die völkerrechtliche Politik Deutschlands, es war schleunige Rüstung gegen Rußland, Anerkennung der französischen Republik, der Abschluß eines Schutz- und Trugbündnisses mit Frankreich, der Abschluß eines ähnlichen Bündnisses mit Nordamerika und andern Staaten gefordert. Auf diese Anträge hatte der Ausschuss bereits am 1. Juli Bericht erstattet. Die Versammlung nahm am 22. denjenigen Theil des Berichtes einstimmig an, welcher in einfachen allgemeinen Zügen den Geist bezeichnete, in welchem Deutschland seine Stellung unter den Staaten des Welttheils aufzufassen entschlossen sei. Man mag darin ein Seitenstück zu dem glänzenderen und höher gehaltenen Lamartine'schen Manifest erblicken. Es war die Jungfernrede, welche Deutschland von

dem Niedestal der neuerrungenen Freiheit an die Völker Europa's richtete.

„Daß unsre auswärtige Politik“ — so hieß es — „die Ehre und das Recht Deutschlands über jede andre Rücksicht setzen werde, ist ein Grundsatz, welcher einer besondern positiven Anerkennung nicht bedarf. Er lebt in dem Herzen des ganzen Volkes, welches sich der Vereinigung zu Einem Staate erfreut, welches für seine Freiheit und Einheit jegliches Opfer auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen bereit sein wird.“ Aber dennoch — so glaubte der Ausschuß und mit ihm die Nationalversammlung weiter hervorheben zu müssen — aber dennoch „wird Deutschland keinen fremden Staat in der selbständigen Entwicklung seiner inneren Angelegenheiten irgendwie hindern, oder je die Hand zu einem Kampfe verschiedener Staaten um politische Prinzipien bieten. In der folgerichtigen und thatkräftigen Durchführung dieser Grundsätze, welche alle gesitteten Völker zu den ihrigen gemacht haben oder machen werden, liegt die Bürgschaft, daß die in der Geschichte fast beispiellos dastehende Bewegung, welche den Welttheil ergriffen, nicht zu einem allgemeinen Völkerkampfe ausarten, daß sie nicht ihre schönsten Errungenschaften selbst zu Grabe tragen werde. Man ist vielmehr zu der Hoffnung berechtigt, daß der Frieden Europa's an den wenigen Punkten, an welchen er noch gestört ist, bald wieder hergestellt sein wird“.

Das war der Ausdruck des Selbstgefühls einer human gebildeten Nation. Das Recht der eignen Selbständigkeit begründete sich auf der Anerkennung fremder Selbständigkeit. Es war eine patriotische und nationale Politik: es war zugleich die Politik des Friedens und der Nichtintervention — eine Politik, dessenigen Volkes würdig, das seinen Geist in dem friedlichen Reiche der Ideen gebildet, jetzt zum ersten Mal

fest seinen Fuß auf dem theuren Boden des Vaterlandes niederlegen will.

War es aber ein Wunder, wenn aus jenen Regionen selbst, in denen der Deutsche so lange geschwärmt, auch jetzt noch ein Laut herüberklang gleich einer Erinnerung, welche uns nicht verlassen will? Auf dem Hintergrunde der praktischen Interessen, zu denen sich jetzt die Nation hingewandt hatte, nahm sich freilich der Antrag sonderbar aus, welchen der Philosoph an jenes Manifest anzuknüpfen den Einfall hatte. „Da jedoch der bewaffnete Friede durch seine stehenden Heere den Völkern Europa's eine unerträgliche Bürde auferlegt und die bürgerliche Freiheit gefährdet, so erkennen wir das Bedürfnis an, einen Völkerkongreß in's Leben zu rufen, zu dem Zwecke einer allgemeinen europäischen Entwaffnung“ — das waren die Worte, welche Ruge eingeschaltet wissen wollte. Aber die Naivetät dieses Antrags, verbunden mit der massiven Weise, wie der Antragsteller ihn vertheidigte, wurden mit Recht nur belächelt. Es war der „ewige Friede“, welchen einst Kant gepredigt. Die Nationalversammlung erkannte den Anachronismus, und sie verwarf ihn.

Aber nein, es war mehr als philosophischer Idealismus, wenn Ruge „an die Stelle der Fürstenkongresse in Zukunft den Völkerkongreß“ gesetzt wissen wollte. Durch das dünne Gespinnst des abstrakten Humanismus schlug ein sehr realer Gedanke, der Gedanke hindurch, Propaganda zu machen für die „neue Ordnung der Dinge“, für die republikanische Ordnung, wie aufrichtig und verständlich hinzugesetzt wurde. Ebendaher diese Sympathien für Frankreich, dieses Drängen nach einem Bündnis mit der Wiege der Revolution, diese Ungeduld, die Bruderhand des Volkes über dem Rhein zu ergreifen. Unter dem lockenden Worte der Humanität verbargen sich jene politischen Pläne, die die ruhige Entfaltung der

Freiheit in dem Feuer immer fortschreitender Revolutionen zu verzehren drohen. Nicht die Anziehungskraft gleichgearteter Nationen, sondern die verwandter Principien, nicht die Sorge für des eigenen Vaterlandes Größe, sondern die für die Stärkung des revolutionären Geistes, das war es, weshalb man Freundschaft für den Westen, Feindschaft gegen den Osten predigte. Der gesunde Sinn der Mehrheit durchschaute leicht den Geist dieser Politik, das Vaterländische ergriff er mit vollem Herzen, der Zubringlichkeit ausländischer Freiheit setzte er die Selbständigkeit des deutschen Wesens entgegen. Unsere Hoffnung auf Erhaltung und Gestaltung der Freiheit beruhte auf der Zuversicht zu der ureigenen Kraft unseres Volkes; man ging über die Anträge auf Schutz- und Trugbündnisse zur Tagesordnung über, indem man zugleich die Anerkennung Frankreichs als Republik und die Absendung eines Reichsge sandten nach Paris für selbstverständlich erklärte.

Ganz ähnliche Tendenzen waren es, die sich das Gegen gewicht hielten, als in Folge mannigfacher Anträge der öster reichisch-italienische Krieg zum Gegenstand unserer Verhandlungen wurde. Es war der alte Kampf zwischen rechts und links im Reflere der auswärtigen Politik. Daher von dort aufs Neue das Uebersehen der konkreten Verhältnisse und der angeblich nationale Idealismus, welchem das Recht und die Bedürfnisse Deutschlands zum Opfer gebracht werden; hier da gegen die Abwägung dessen, was die Gerechtigkeit gegen eine fremde Nationalität und dessen, was die Pflicht nationaler Selbsterhaltung gebietet. Auf der einen Seite ein kurzes Abrechnen mit complicirten Verhältnissen, mit dem, was eine lange Geschichte verworren; auf der anderen Seite das Bestreben, Geschichtliches in der Weise der Geschichte umzubilden, den geschlungenen Knoten zu lösen, nicht zu zerhauen. In diesem Sinne sprach am 12. August von Radowiz.

Seine Einsicht in die Verhältnisse, die Geschicklichkeit, mit der er sie angriff, ließ bei den Hörern Alles zurücktreten, was die diplomatische Vergangenheit des Mannes an Mißtrauen mit sich brachte. Seine Argumente lagen wie scharf gezogene Linien auf dem dunklen Hintergrunde einer Mystik, die in politischen Dingen sich als prophetische Voraussagung geltend machte; aber jene, wie diese traten mit diktatorischer Präcision auf; er imponirte, auch wo er irrte, er übte Gewalt, auch wo ihn keine Sympathie der Ueberzeugung unterstützte, und das stürmische Bravo nicht bloß der Rechten, sondern beider Centren bedeckte auch diesmal seine Worte. Er sprach aber zuerst von den materiellen Interessen und von der militärischen Sicherheit Deutschlands, so weit hievon unsere Stellung zu der vorliegenden Frage bedingt war; er zog aus Beidem den Schluß, daß die Deutschen festen Fuß in Oberitalien behalten müßten; seine Meinung war, daß wenigstens das venetianische Festland und das Land bis zum Mincio nicht in fremde Hand kommen dürfe. Aber auch der italienischen Abneigung, die sich auf die mächtigste Kraft der Gegenwart, auf das Gefühl der Nationalität stütze, auch dieser sollte Rechnung getragen werden. Oesterreich, meinte er, habe in dieser Beziehung viel verschuldet und viel versäumt. „Der Kampf“, sagte er, „hat begonnen; wenn er mit der Niederlage der österreichischen Waffen geendet hätte oder je endigte, so würde deßhalb Italien keineswegs frei werden“. Und nun mit dem Ausdruck einer Voraussicht, die zu befehlen scheint, was sie als nothwendig erschlossen hat: „Oberitalien wird in dem Augenblicke, wo es sich von Deutschland trennt, in die Hegemonie von Frankreich, Unteritalien in die Englands verfallen“. Daher also eine Vermittelung: das Land bis zum Mincio bleibe bei Oesterreich und sei zugleich Glied eines italienischen Bundes; Oesterreich möge außerdem dieses Land durch bestimmte Ver-

träge in eine nähere Verbindung mit Deutschland setzen; jedenfalls aber ist es hohe Zeit, daß die Vermittelung nicht mehr ausschließlich in den Händen des französischen und englischen Kabinetts bleibe, daß vielmehr die deutsche Reichsgewalt die Lösung des italienischen Krieges zum Gegenstand ihrer Thätigkeit mache.

Die Wirkung dieser Rede ward noch verstärkt durch die Schlussworte des Berichterstatters. Auch Friedrich von Rauer wies die Anträge der Linken zurück, war für die Unterhaltung einer engeren Verbindung eines Theiles von Norditalien mit Deutschland und wollte die Angelegenheit der Centralgewalt überwiesen haben. Dem gemäß entschied die Versammlung. Der Rauer'sche Antrag, wonach dem österreichisch-italienischen Kriege Einhalt gethan werden sollte, ward verworfen und die Ueberweisung an die Centralgewalt in der Erwartung, daß dieselbe in dieser Angelegenheit die Interessen Deutschlands wahren werde, beschlossen.

Weiter aber war es die Limburg'sche, die slavisch-böhmische, die südtyrol'sche, die posen'sche und die schleswig'sche Frage, welche gelöst werden mußten. Von der außerordentlichsten Bedeutung, von den einschneidendsten Folgen war die letztere. Wir widmen dieser einen besonderen Abschnitt. Instructiver für den Geist der Versammlung ist keine, als die polnische. Indem wir in ihr den ausgeprägtesten Typus für die Behandlung nationaler Fragen aufzeigen können, so dürfen wir kürzer über die andern hinweg gehen.

Ueber das wegen Limburg zu Beschließende war die Versammlung in seltener Einigkeit; galt es doch klar und unbestritten das Recht und die Ehre Deutschlands. Das Herzogthum Limburg hatte zwei Vertreter nach Frankfurt geschickt, aber gleichzeitig saßen drei Abgeordnete bei der Versammlung der Generalstaaten im Haag. Mit Recht durfte Stedmann

sagen, die Provinz befinde sich in einem, in der Geschichte noch nicht vorgekommenen, unerhörten politischen Zustande. Diesen Zustand zu ändern, war unser Recht: unsere Ansprüche an ein deutsches Bundesland geltend zu machen, forderte unsere Ehre. Der Vorschlag, welchen der gelehrte Berichterstatter ausführlich vor der Versammlung motivirte, ward in allen Theilen angenommen, ja noch durch einen Zusatz verschärft. Die deutsche Nationalversammlung erklärte, „daß sie die bisherige Vereinigung des zum deutschen Bunde gehörenden Herzogthums Limburg mit dem Königreich der Niederlande unter Einer Verfassung und Verwaltung als unvereinbar mit der deutschen Bundesverfassung betrachte,“ sie sprach ausdrücklich die Verbindlichkeit jenes bekannten auf *Naveaur*' Antrag am 27. Mai gefaßten Beschlusses auch für das Herzogthum Limburg aus, sie wies die Frage über die Verpflichtung des Herzogthums zur Theilnahme an der holländischen Staatsschuld der provisorischen Centralgewalt zur Vermittlung zu und sie forderte diese endlich auf, unserm Beschlusse eine, der Dringlichkeit der Umstände entsprechende, möglichst schleunige und wirksame Folge zu geben. Eine Mittheilung des Reichsministers *Häckcher* veranlaßte später ein nochmaliges Eingehen auf diese Sache. Das Ministerium erklärte, daß es entschlossen sei, die Rechte und Interessen Deutschlands in dieser hochwichtigen, aber ebenso verwickelten Frage in ihrem ganzen Umfange zu wahren, und die Versammlung, eifersüchtig auf die Durchführung ihrer Beschlüsse, war bemüht, durch eine heftige Debatte jenem Versprechen neuen Nachdruck zu geben.

Bei der slavischen Frage handelte es sich zuerst um die in Böhmen theils ganz versäumten, theils nur sehr unvollständig vorgenommenen Wahlen. Schon Anfangs Juni ward ein Ausschuß zur Begutachtung der Angelegenheiten in den deutsch-

slavischen Provinzen niedergesetzt. Zu wiederholten Malen wurde die Frage neu aufgeregt und auch hier spaltete sich die Versammlung in Solche, welche in wunderlicher Vermischung des kosmopolitischen und des nationalen Standpunktes das slavische über das deutsche, und in Solche, welche, wie billig, das deutsche Interesse über Alles setzten. In Windischgrätz sahen Jene nur den Aristokraten, in seinem Siege in Böhmens Hauptstadt nur einen Sieg der Reaction; Diese dagegen freuten sich des Triumphes der deutschen Sache. Was die Majorität in dieser Angelegenheit bewegte, sprach abermals mit Einsicht und praktischer Sicherheit Radowiz aus. „Als ob ein großes Volk,“ rief er aus, „seine unentbehrlichsten Bedürfnisse, die Bedingungen seiner Existenz, auf sein Sprachgebiet beschränken könnte!“ — und sofort führte er aus, wie uns aus dem einseitig und allgemein gefaßten Prinzip der Nationalität schon so manche Nachtheile und Gefahren erwachsen seien. „Ähnliches,“ fuhr er fort, „hat sich in Böhmen zugetragen. Unsere einseitige und ausschließliche Auffassung des Nationalitätsprinzips hat das czechische Element, das dort seit mehreren Jahren sein Haupt weit emporgehoben, ermuthigt, kühn gemacht und zu den Dingen geführt, die wir gesehen haben. Zunächst führte sie zur Sonderung von dieser Versammlung, dann zum Aufstande. Dieser Aufstand ist unterdrückt und wir sind, wie ich sicher glaube, nicht gesonnen, diese sechshundertjährige Verbindung Deutschlands mit Böhmen zerreißen zu lassen.“ So Radowiz; die Versammlung aber beschloß, durch eine Aufforderung an die österreichische Regierung die Vornahme und Regelung der Wahlen in den deutsch-slavischen Reichslanden zu betreiben und versprach außerdem ihre Unterstützung zu den hierzu führenden Maßregeln. Weiter gehende Anträge zum Schutz des deutschen gegen das czechische Element wurden abgelehnt. Die Erklärung genügte, daß die Nationalversammlung der öster-

reichischen Regierung „in allen ihren Maßnahmen zum Schutze der von der czechischen Partei angegriffenen Deutschen in Böhmen im Falle Bedürfnisses die kräftigste Unterstützung gewähren werde.“

In der eben erwähnten Rede aber, in welcher Radowicz die Gefahren einer Politik im Stile der Ruge und Nauwerf auseinandersetzte, hatte er auch eines Falles gedacht, welcher sechs Wochen später gleichzeitig mit der Angelegenheit des österreich-italienischen Krieges verhandelt wurde; „wir haben erlebt“, hatte er gesagt, „daß man von uns die Abtretung von Wälschtyrol verlangt hat, was ungefähr ebensoviel hieße, als wenn man von Jemandem verlangte, er solle die Thüre seines Hauses abtreten.“ Und siehe da, wir erlebten am 12. August, daß die Abgeordneten dieser Kreise, Abgeordnete im deutschen Parlamente, jenes Verlangen bis auf die Tribüne trugen, und nicht genug damit: sie wurden, wenigstens bedingt, von jenen Rednern der Linken unterstützt, welche die Begriffe der Freiheit, der Nationalität, der politischen Gerechtigkeit wie Kategorien behandeln, gegen deren Dialektik die Gründe des Patriotismus verstummen sollen. Aber das Urtheil jener Wälschen war längst gesprochen; diese ganze Discussion war nur eine abgeschwächte Wiederholung der in der posen'schen Sache geführten. Das affectirte italienische Wesen jener Grenzbewohner konnte noch weniger Sympathien finden, als der glühende Patriotismus der Polen. Diese gehörten durch die Geschichte uns, durch ihr Herz sich selbst und ihrem verlorenen Vaterlande; jene dagegen waren durch die Geschichte gleichfalls die unsrigen, nach ihrem Herzen aber nicht wälsch, und nicht deutsch.

Wir kommen zu den Polen. Alle die Gesichtspunkte, denen wir bisher zerstreut und unvollständig begegnet, finden wir hier beisammen und auf's deutlichste ausgeprägt. Alle

Interessen, alle Triebfedern unserer auswärtigen Politik traten uns hier im vergrößerten Maßstabe entgegen und unsere Darstellung wird zugleich Erzählung und Beispiel.

Es handelte sich, wie bekannt, um die Einverleibung eines Theiles des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund, um die Anerkennung der in diesem Theile gewählten Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung. Die Discussion hierüber war wiederholt von den Einigen zurückgedrängt, von den Andern herbeigewünscht worden. Am 22. Juli endlich ward sie eröffnet.

Ein Verhandlung voll des tiefsten dramatischen Interesse entspann sich vor unseren Augen. Von der beklagenswerthen Geschichte Polens ward ein neues Stück in der deutschen Reichsversammlung zu Ende gebracht. Von einer verworrenen und schicksalsvollen Vergangenheit hatten wir die letzten Fäden zusammenzunehmen. Mehr Zuschauer als selbsthandelnd unterschrieben wir nur ein von der Geschichte bereits gefälltes Urtheil; ja, so mächtig schien diese Geschichte zu drängen, so ungeduldig das Verhängniß zu warten, daß es uns nicht einmal erspart wurde, über unsere Befugniß hinaus, zu demjenigen Nein zu sagen, was billig im Bereiche der Hoffnung und im Dunkel der Zukunft geblieben wäre. Und doch — die Sache Polens war bei alle dem nur die Nebensache; im Vordergrunde stand die Sache Deutschlands: jene war nur die Rehrseite von dieser. Wir sahen die nationalen Interessen beider Völker im unmittelbaren Conflicte, aber den einen wie den andern standen zugleich diejenigen Motive parteiisch zur Seite, die in dem Gegensatz der politischen Ansichten wurzeln. Für die Polen stritten die Sympathien derer, die in ihnen die unermülichen Techniker der Emeuten zu schätzen wissen, gegen die Polen diejenigen, welche die errungene Freiheit zu conserviren und zu organisiren streben. Eine

Feuerprobe war endlich diese Frage für jenen Umschwung des deutschen Geistes, mit dem er aus beschaulicher Existenz zu politischem Leben hinübertritt. An dem erwachten Nationalgefühl geht diese Verjüngung vor sich. Dieses Gefühl ist es, welches ein Natürliches hineinpflanzt in den ausgehöhlten Intellektualismus unseres Wesens, welches mit neuer Lebensfrische den ermatteten Idealismus der Deutschen überströmt. Und so stand denn der Kosmopolitismus der Philosophen im Kampfe gegen das neu erwachte nationale Bewußtsein, das wieder zum Begriff gewordene Recht der Nationalität gegen den frischen Trieb nationaler Selbsterhaltung.

Wir werfen hier und da einen Blick in die bewegte Debatte, um alle diese verschiedenen Motive in Thätigkeit zu sehen.

Was ist es, was jetzt auf einmal die Versammlung in furchtbare und kaum zu stillende Aufregung versetzt? Ist nicht Ruge, der philosophische Doktrinär auf der Tribüne? Wenn die Tribüne zum Katheder wird: wäre es nicht billig, daß die Versammlung zum aufmerksamen und geduldigen Auditorium würde? — Aber wir begreifen, was vorgefallen ist. Der Philosoph hat unbedacht mit dem Lichte gespielt, welches wohlthätig nur in seiner Laterne leuchtet, das Feuer hat um sich gegriffen, die ganze Versammlung steht in Flammen und schon spielen dieselben bis an den Fuß der Rednerbühne hinan. Die rücksichtslose Herstellung jeder Nationalität in Freiheit und Unabhängigkeit, das ist die Doktrin, die der Redner, mit dem Anspruch der Infallibilität, der deutschen Nationalversammlung beizubringen vorhat. Er nennt das in seiner Sprache das neue Völkerrecht: aus diesem Völkerrecht leitet er die Herstellung Volens als eine nothwendige Konsequenz ab. Ja, er ist bereit, da er einmal dabei ist, die gesammte europäische Politik an das hölzerne Kreuz jener Doktrin zu spannen. „Die Her-

stellung Italiens“ ruft er aus „gehört zu dem neuen Völkerrecht, und wir, die wir die Ausführung des neuen Völkerrechts, die wir die Freiheit der europäischen Völker wollen, müssen wünschen, daß die Tyrannen der Italiener, die Tilly's der neueren Zeit, die Radetzky's geschlagen werden!“

So empört sich jede Faser in dem gesunden Organismus gegen den eindringenden Krankheitsstoff, wie jetzt der gesunde Sinn der Versammlung gegen die Politik der rohen Abstraktion. Es war das lebendige Nationalgefühl mit seiner natürlichen und seiner sittlichen Berechtigung, welches im Tiefsten durch jene Aeußerung aufgeregt war und welches einen seinem eigenen Boden entfremdeten Idealismus triumphirend niederwarf. Es gibt nicht viele Momente wie dieser einer war. Auf der einen Seite die Abstraktion, welche, gegen die Empfindung des Naturgemäßen abgestumpft, in der kalten Zuversicht zu ihren Axiomen und ihren Beweisen lebt und welche doch wagt, sich in die konkretesten Fragen ohne Weiteres einzudrängen. Auf der anderen Seite eine Versammlung, welche eifersüchtig ist, den unpraktischen Träumen der Philosophie zu entrinnen und welche für jede Verletzung der Ehre des deutschen Volkes um so empfindlicher ist, als sie zur Wahrung dieser Ehre, zur Gründung der Größe und Macht des Vaterlandes berufen ist. Eine Kluft war demnach zwischen dem Redner und den Zuhörern, eine Unversöhnlichkeit entgegengesetzter Tendenzen offenbarte sich in dem ausgebrochenen Sturm der Versammlung, daß eine Ausgleichung und Beilegung unmöglich schien. Aber da war das versöhnende Moment in der großen Gesinnung unsers Präsidenten; da bewährte er wieder jene höhere Unparteilichkeit, die sich nicht bloß an der strengen Handhabung des Gesetzes aufrecht erhält, sondern die ihre tiefsten Entscheidungen aus dem reinen Sinn für das Rechte und für das menschlich Gemäße schöpft. Mit

einem Ausdruck, welcher die Größe des Moments noch fühlbarer machte und in Formen, die die Unmittelbarkeit augenblicklicher Eingebung nicht verläugneten, sprach Gager n die Worte, die wir aus frischer Erinnerung wiedergeben. „Ich werde zwar den Redner nicht zur Ordnung rufen; ich könnte ihm nur sagen, daß es ein halber Verrath an der Nation ist, wenn man wünscht, daß deutsche Heere geschlagen werden; aber ich kann ihn deshalb nicht zur Ordnung rufen: denn ich kann ihm seine Weltanschauung nicht nehmen.“ — Es erscholl ungetheilte stürmischer Beifall. Jeder fühlte die Größe eines Wortes, welches dem Unwillen des empörten Nationalgefühls Recht gab, indem es zugleich die Gemüther für die Erwägung zugänglich machte, daß auch jene Weltanschauung auf dem Boden des deutschen Lebens erwachsen, eine Frucht der Einseitigkeit sei, auf welche die Wege unsrer bisherigen Bildung nicht die Schlechtesten in unserem Volke verleitet haben. Mehr war in diesem Augenblicke der Eine Gager n als der Redner mit den Zuhörern zusammen. Wie klein und armselig erschien der Philosoph mit seiner verkümmerten Weltanschauung, wie mächtig eine von dem Lebensgefühl ihres Volkes in Leidenschaft versetzte Versammlung, wie bewundernswürdig der Schiedsrichter, der mit umfassendem Urtheil den Zusammenstoß so feindlicher Kräfte bewältigte!

Wir haben so lange bei diesem kurzen Zwischenfall verweilt, weil er überaus bezeichnend war für die Stimmung der Versammlung gegenüber einem unpolitischen und unpatriotischen Kosmopolitismus, weil er die völlige Kraftlosigkeit der philosophischen Nationalitäts- und Freiheitsdoktrin an den Tag brachte. Hatten die Polen auf den philosophischen Idealismus der Deutschen gerechnet, so hatten sie den Augenblick sehr schlecht beurtheilt, in welchem die philosophische Nation an ihrer praktischen Wiedergeburt arbeitete. Aber sie hatten

weiter auf die revolutionären Sympathien einer so eben aus einer Revolution hervorgegangenen Versammlung gerechnet. Hätten sie in Anschlag gebracht, daß nur eine Minderzahl dieser Versammlung die Fortsetzung der Revolution, die weit überwiegende Mehrzahl das Ende derselben und die Herstellung rechtlicher verfassungsmäßiger Zustände wolle, hätten sie bedacht, daß ihre Sache von vornherein verloren sei, wenn sie mit den revolutionären Absichten der Linken zusammengehe—: sie würden inne geworden sein, daß sie in Frankfurt die Hülfe nicht finden könnten, welche sie selbst durch Uebereilung und Leidenschaft verschertzt hatten.

Den Muth, diese Seite der Sache ohne Umschweif zur Sprache zu bringen, hatte derselbe Mann, welcher einst die Schändlichkeiten in Mainz als republikanische Umtriebe angeklagt hatte. Vor diesen Tagen, bekannte der Fürst Lichnowsky, habe auch er in den Sympathien für das unglückliche Polenvolk gelebt, in denen wir Alle, mehr oder weniger, groß geworden. „Warum aber“, fuhr er fort, „ist jetzt diese Sympathie mehr Eigenthum einzelner Fraktionen oder Stände geworden? Warum dehnt sie sich nicht mehr über alle politische Meinungen, über alle Klassen der Gesellschaft aus, und — glauben Sie ja nicht, daß ich dem Unglück gegenüber herbe Worte aussprechen will; im Gegentheil, es kostet mich schwer, gegen eine Sache aufzutreten, die die große Poesie des Märtyrerthums für sich hat — warum ist diese Sympathie nicht mehr so allgemein hier? — Es ist, weil in den letzten Jahren, wo immer in Europa Revolutionen sich gezeigt haben, wo immer Insurrektionen eine gewisse Ordnung der Dinge umzustürzen versuchten, gleichviel ob es die absolutistische, ob es die constitutionelle Verfassung war, oder ob noch weiter links; daß überall die Polen in erster Linie auf den Barrikaden waren!“ — „Sehr recht!“ rief man jetzt auf

der Linken, „deswegen fühlen wir Sympathien!“ — Ein Ge-
ständniß, fürwahr, welches, je aufrichtiger und naiver es war,
der Sache der Polen nur um so ungünstiger sein konnte.
Denn nur um so wirksamer war es, wenn jetzt weiter der
Redner darauf hinwies, wie im Mai selbst die Re-
publik in Frankreich und deren einziges gesetzliches Organ
durch Polen bedroht gewesen sei, und eine neue Bedeutung
haben inzwischen die Worte des Fürsten durch dasjenige er-
halten, was sich zwei Monate später an dem Siege unsrer
Nationalversammlung zutrug. Auch da erblickte man jene
Polen, die der allgemeine Glaube als die Sturmvögel des
Aufbruchs bezeichnet und selbst an dem Blute des unglücklichen
Fürsten haftete etwas von dem Verdachte polnischer Rache.

Was aber verdächtig scheinen konnte aus dem Munde des
Fürsten, das klang gewiß unverdächtig aus demokratischem
Munde. Jordan von Berlin sprach im antipolnischen Sinne,
nicht obgleich, wie er sich ausdrückte, sondern weil er
Demokrat sei. Und doch war die Schilderung, welche er von
dem polnischen Charakter entwarf, noch viel ungünstiger, als
was Lichnowsky hierüber beigebracht hatte, ja sie war
schonungslos. „Ich sage“, wiederholte er nach einer lebhaften
Unterbrechung, „ich sage, die gebildeten Stände der polnischen
Nation finden nun einmal keinen Geschmack daran, auf eine
so gewöhnliche, mühsame, praktische, prosaische Weise, wie es
ein Beamter wohl thun kann, an der Herstellung ihrer Na-
tionalität mitzuarbeiten. Das überlassen sie dem deutschen
Ernst, dem deutschen Fleiße und schwärmen lieber im Aus-
lande umher, wo sie durch ihre Salonpolitik und eine gewisse
ritterliche Tournüre die Herzen zu gewinnen wissen, und
arbeiten mit unermüdlicher Standhaftigkeit daran, irgendwo
einen großen Zusammenstoß zu bewirken, um, begünstigt von
der Erschütterung, wieder einen Versuch zu machen zur poli-

tischen Herstellung ihres Polenreichs, ohne zu bedenken, daß noch nie, so lange die Welt steht, ein Volk politisch untergegangen ist, wenn es nicht vorher physisch zu Grunde gegangen war, und daß es ebenso ein durchaus eitles Beginnen ist, von oben her durch irgend welche Verfassung ein Volk in's politische Dasein hinein decretiren zu wollen, das sich noch keine ökonomische Grundlage erarbeitet hat. Sie zogen es vor, auf diese Weise den Stein des Sisyphus zu wälzen, der ihnen aber immer wieder bergunter entrollt ist."

Das war, wie gesagt, schonungslos, es war, wenn wir alles Andre hinzunehmen, was derselbe Redner in derselben Rücksicht noch weiter aussprach, beinahe unbarmherzig. Aber es war nichts desto weniger wahr. Wenn der Effekt dieser Rede so groß war, so lag der Grund dafür nicht etwa darin allein, daß sie von einem Manne der Linken kam, den diese eben deshalb fortan wie einen Apostaten behandelte, sondern darin vornehmlich, daß sie auf konkreten historischen Anschauungen ruhte, daß ihre Gründe einer lebendigen Kenntniß der Menschen und der Verhältnisse entstammten. Allen Reden, welche wir in diesen Tagen von der linken Seite des Hauses vernahmen, raubte sie im Voraus jede Kraft und Wirkung. Denn jene Nebelbilder, welche man dort aus Sentimentalität und Pathos zusammenwob, zerstoben leicht vor dem Eindruck eines treuen und frischen Farbenbildes. Die Jordan'sche Rede bezeichnet eben deshalb einen Höhenpunkt in dieser ganzen Debatte; dem Einfluß, welchen sie sichtbar auf die Versammlung ausübte, sind wir es schuldig, noch einen Augenblick bei ihr zu verweilen. Sie nahm etwa folgenden Gang.

Der Redner bemerkte im Eingang, daß er es für nothwendig erachte, die vorliegende Frage nicht bloß in ihrer Specialität, sondern weiter von dem höheren welthistorischen Gesichtspunkte in's Auge zu fassen. Das Spezielle anlangend, so

fand er zuerst die Frage zu beantworten, ob der Grundsatz einer Gebietscheidung des Großherzogthums Posen nach Maßgabe der beiden Nationalitäten anerkannt werden solle? und diese Frage reduzirte sich ihm auf die andere, ob eine halbe Million Deutscher unter deutscher Regierung, unter deutschen Beamten leben und zum großen Vaterlande gehören oder ob sie in der sekundären Rolle naturalisirter Ausländer in der Unterthänigkeit einer anderen und zwar einer tieferstehenden Nationalität leben solle? Für die Aufrechthaltung der wirklich gezogenen Scheidungslinie machte sofort der Redner einmal darauf aufmerksam, daß es jedenfalls unthunlich sei Enklaven zu schaffen, sodann aber darauf, daß die Sicherheit Deutschlands, daß also strategische Rücksichten mit Recht eine Abweichung von dem Grundsatz der Trennung nach Nationalitäten herbeigeführt hätten. Er fand nun hiemit auch die andern Fragen erledigt, die nämlich über die Anerkennung der Aufnahme der deutschen Theile Posens in den deutschen Bund und die über die endgültige Bestätigung der Posener Deputirten. Er durfte sich von der speziellern zu der allgemeineren Betrachtung erheben. Er fand zunächst das Gefühl begreiflich, welches bei dem Anblicke der „langen Passion“ jenes Polenvolkes in einem Jeden erwache. „Aber ein Anderes ist es, ergriffen zu sein von einem Trauerspiel, und ein Anderes, dieses Trauerspiel gleichsam rückgängig machen zu wollen.“ Das Letztere, sagte er, ist eine schwach sinnige Sentimentalität, welche sich selbst daher mit anderen Gründen zu umgeben, sich selbst zu verstecken versucht. „Man sagt, die politische Klugheit rathe, die Gerechtigkeit fordere, die Humanität gebiete die Herstellung eines freien Polens“. Diese Gründe wurden nun nach der Reihe beleuchtet. Den Gemeinplatz, daß Deutschland eines freien Polen als einer Vormauer gegen Rußland bedürfe, weist der Redner mit der Aufforderung zum

Vertrauen auf die eigene Kraft zurück. Dazu noch eine andere Reflexion. „Was berechtigt uns,“ fährt er fort, „zu der seltsamen Voraussetzung, diese Nation, die uns zu ihren Todfeinden zählt, werde urplötzlich ihre ganze Vergangenheit vergessen, und uns ein treuer Bundesgenosse, eine zuverlässige Vormauer werden gegen ein Volk, mit dem sie stammverwandt ist?“ Aber — und er kömmt auf den zweiten Grund — die Völker, sagt man, sind verpflichtet, zu sühnen, was ihre Despoten verbrochen haben. Möge auch alles Uebrige dagegen sprechen: die Gerechtigkeit verlangt es, daß wir Polen herstellen. Der Redner verschmäht es, sich auf eine juristische Widerlegung jenes Verlangens einzulassen. „Nein“, ruft er aus, „ich gebe es ohne Winkelzüge zu: unser Recht ist kein anderes, als das Recht des Stärkeren, das Recht der Eroberung. Ja, wir haben erobert. Die Deutschen haben polnische Länder erobert, aber diese Eroberungen sind auf einem Wege, auf eine Weise geschehen, daß sie nicht mehr zurückgegeben werden können. Es sind, wie man es schon so oft gesagt hat, nicht sowohl Eroberungen des Schwertes, als Eroberungen der Pflugschaar“ und er führt jetzt in einem gelungenen historischen Bilde aus, wie das deutsche Wesen seit Jahrhunderten im Osten siegreiche Fortschritte gemacht und wie die Eroberungen der Colonisation durch Waffengewalt befestigt worden. „Ich behaupte also“, fährt er dann fort, „die deutschen Eroberungen in Polen waren eine Naturnothwendigkeit. Das Recht der Geschichte ist ein anderes als das der Compendien. Es kennt nur Naturgesetze, und eins derselben sagt, daß ein Volksthum durch seine bloße Existenz noch kein Recht hat auf politische Selbständigkeit, sondern erst durch die Kraft, sich als Staat unter andern zu behaupten. Der letzte Akt dieser Eroberung, die viel verschrieene Theilung Polens, war nicht, wie man sie genannt hat, ein Völkermord, sondern weiter nichts, als

die Proklamation eines bereits erfolgten Todes, nichts, als die Bestattung einer längst in der Auflösung begriffenen Leiche, die nicht mehr geduldet werden durfte unter den Lebendigen.“ Und nun eine neue belebte Schilderung von dem Zustande des untergehenden Polen und eine weitere Rechtfertigung seiner Theilung, die nur das gerechte Gericht über ein verrottetes Volksthum gewesen, das in sich selbst keine Kraft besessen, das Feudalwesen zu brechen, dessen Störung die Cultur gebieterisch verlangte. Preußen aber hat mehr gethan. Es hat die mit der Theilung Polens ihm überkommene Mission erkannt und hat sie mit Consequenz durchgeführt. „Preußen kann es sich ruhig gefallen lassen, wenn man es der Mitschuld an einem Völkermorde zeihet. Es kann mit Stolz dazu schweigen und sein Werk für sich reden lassen.“ Die einzelnen Verdienste des preussischen Gouvernements werden sofort in einer anschaulichen Ausführung hervorgehoben, für welche die Schilderung des polnischen Wesens den Hintergrund bildet. Und so ist der Uebergang gebahnt zu dem letzten Theil der Rede; es gilt noch den Nachweis, daß auch die Humanität nicht die Herstellung Polens gebiete; Preußen vielmehr hat das Polen thum humanisirt, es hat das aristokratische Polen zu demokratisiren begonnen. Es hat die Grundlage eines neuen polnischen Volkes, es hat einen freien Bauernstand geschaffen. Der polnische Bauer ist daher auch preussisch gesinnt, eine Thatsache, welche der letzte Aufstand nur scheinbar widerlegt. Die polnische Bevölkerung nämlich ist eifrig katholisch und dem Einfluß der Geistlichkeit widerstandslos hingegeben. Diesen Einfluß nun hat die Revolution benützt; Preußen, wurde dem Volke eingeredet, wolle das Land protestantisiren. Eine Proklamation an das „deutsche römisch-katholische Volk des Großherzogthums Posen“ half dem Redner den Beweis führen, daß die Begeisterung der polnischen Sensenmänner keineswegs

eine nationale, sondern rein ein religiöser Fanatismus gewesen. Er war hiermit zum Schlusse seiner Rede gekommen. Er resumirte nur noch einmal den Geist derselben. „Ich spreche nicht gegen eine Wiederherstellung Polens; ich spreche vielmehr für dieselbe in der Weise, wie sie allein möglich ist und wie sie von den Deutschen angefangen und versucht ist. Ich bin durchaus gegen die Wiederherstellung polnischer Aristokratie, aber ebensosehr für die Herstellung eines polnischen Volkes, das bis jetzt noch nicht existirt hat und wozu auch gegenwärtig nur erst die von Deutschland gepflegten Keime vorhanden sind. Diese Keime groß zu ziehen, ist allerdings die schwere und ungeheure Aufgabe, die uns Deutschen zugefallen ist mit den Eroberungen, die wir in Polen gemacht haben, und mit dieser Aufgabe ist uns allerdings auch Sühne genug auferlegt für alles Das, was Gehässiges der Art und Weise anhaftet, mit der die Theilungen Polens vollzogen wurden. Preußen hat dem Keime zu einem polnischen Volke, den es selbst in's Leben rief, eine Wiege bereitet, in der es sich unter deutschem Schutze und gegen das Ausland gesichert, ungehindert entwickeln kann.“

Mit jener Erwähnung katholischer Umtriebe jedoch war eine neue und sehr bedenkliche Seite berührt. Wie leicht war es möglich, daß ein mißverstandenes religiöses Interesse die politischen Meinungen kreuzte und verwirrte. Wir hatten uns ausdrücklich das Wort gegeben, jene katholischen Machinationen schonend zu verschweigen; mancher Freund konnte dadurch zum Feinde werden, der Charakter der Debatte durch eine religiöse Episode gefährlich geändert werden. Nach dem, was von Jordan erwähnt worden war, wurde dieses Thema nur im Hindurchgehen berührt. Die zwischen politischen Freunden geöffnete Kluft deckte rasch und geschickt derjenige Mann wieder zu, dessen Autorität bei den Ultramontanen die größte,

dessen Stimme die gewichtigste war. „Wenn es sich,“ sagte Radowicz, „in der polen'schen Frage um die Vertheidigung der katholischen Kirche handelte, so würde ich, und Viele mit mir, über unsere Stellung hierzu nicht einen Augenblick in Zweifel sein; jede andere Rücksicht, politische wie nationale, müßte und würde schwinden. Aber dieser Fall liegt nach meiner gewissenhaften Ueberzeugung nicht vor.“ Er führte dies alsbald des Weiteren und nicht ohne Salbung aus. Wir aber wollen über die Richtigkeit dieses Grundsatzes nicht rechten, — seine Consequenzen treffen vielleicht zusammen mit dem Ruge'schen Glauben an das Recht abstracten Gedanken; genug, die Worte thaten ihre Wirkung, uns war das Schauspiel eines confessionellen Streites erspart und nur der nationale entspann sich auch in den folgenden Reden immer lebhafter, immer entscheidender.

Wir begegnen ihm zuletzt gleichsam auf offenem Felde. Sahen wir bisher die streitenden Interessen der Deutschen und der Polen nur in der Verhüllung anderer Motive, so erblickten wir sie jetzt auch frei für sich; im deutschen Parlamente selbst stand der Pole dem Deutschen gegenüber; in die Mitte genommen von den Demokraten der Linken vertrat ein Pole das angebliche Recht seiner Landsleute, — ein geschickter Anwalt in einer verlorren Sache!

Schon der fremde Accent seiner Sprache verrieth in Janiczewski den Polen, ihn verrieth die Leidenschaft, welche hier und da die kalte Sophistik seiner Rede durchbrach; alle Züge, die jenes Volk charakterisiren, lagen in Wort und Wesen des Mannes, welcher uns abwechselnd jetzt hassens-, jetzt bedauernswerth vorkam. Ihn hatten die Kreise Buk und Samter geschickt, Kreise, deren überwiegende polnische Bevölkerung auf diese Weise noch ein Mal gegen die Einverleibung zu protestiren versuchte.

Sonderbares Gemisch von Wahrheit und Lüge! Neben dem aufrichtigen Ausdruck gekränkten Nationalgefühls, die fecke Verläugnung und Entstellung notorischer Thatsachen; neben unterwürfiger Bescheidenheit und Mäßigung, das Pochen auf die nationalen Ansprüche der Polen, auf das Mitgefühl der Deutschen für das unglückliche Nachbarvolf. Wie der Redner jetzt als ein kluger Sachwalter die fremden Richter durch Lob zu bestechen sucht, wie er jetzt an die Gerechtigkeit und die Gewissenhaftigkeit der deutschen Nation appellirt, wie er jetzt nur zu beweisen und zu fordern und jetzt nur zu rühren und zu bitten scheint! Es lag, wir leugnen es nicht, manches Befriedigende in der sophistischen Argumentation, manches Ergreifende in dem rhetorischen Schwunge dieser Rede. Eine Grenzlinie, sagte unter Andern der Sophist, erscheint jetzt unmöglich; denn über Grenzlinien kann man nur mit selbständigen Völkern verkehren. Und auf der andern Seite: wie wirksame Motive der Rhetorik, wenn der Pole von den „unaussprechlichen Leiden“ seines Vaterlandes sprach, wenn er der Sympathien gedachte, die in der Versammlung selbst den Polen ausgedrückt worden seien und bei denen er sich der Thränen nicht habe erwehren können, — wenn er nichts desto weniger immer von neuem erklärte, daß er nicht diese Sympathien in Anspruch nehmen wolle, daß er nicht als Bettler zu uns komme, sondern allein mit seinem guten Rechte! Ich verlange, das war der Anfang und das war der Schluß seiner Rede — ich verlange keine Sympathie, kein Mitleid, keine Großmuth, ich appellire nur an Ihre Tugend der Rechtlichkeit, an Ihre Tugend der Gerechtigkeit!

Wenn aber auch Jordan's Rede nicht schon den Einwand hinreichend widerlegt gehabt hätte, der von der Gerechtigkeit hergenommen wurde: die Reden der deutschen Abgeordneten aus Posen würden es klar gemacht haben, daß es sich eben

um nichts anderes handelte, als darum, daß den Polen sowohl wie den Deutschen ihr Recht und nichts als ihr Recht werde. Es war wohl nicht weniger ergreifend, die deutschen Brüder für ihre Gemeinschaft mit ihrem Volke streiten zu sehen, als die Polen für ihre Selbständigkeit. „Wären wir allein, meine Herren“, so sagte Goeden von Krotoszyn, „hörte Niemand weiter, als Sie, was ich spräche, ich würde meinen erläuternden Worten noch bittende hinzufügen können; ich würde Ihnen sagen, stoßen Sie uns, die halbe Million Deutscher, nicht zurück; ich würde Ihnen sagen: Sehet, unsere Mütter haben uns mit denselben Lauten in das Leben eingeführt, unsere Väter, unsere Brüder haben auf denselben Schlachtfeldern zusammen gestritten und geblutet, wir haben Eine Erinnerung, Eine Geschichte, wir haben unser Vaterland uns unter Jammer und Noth erstritten, wir haben in den Tagen des Friedens zu Euch gehalten, wir wollen bei Euch aushalten in den Tagen der Gefahr, Ihr könnt keinen Eurer Brüder missen!“ „Ich appellire an Ihre patriotischen Gesinnungen,“ so sagte Loew von Posen, „ich bin Ihrer patriotischen Gesinnungen gewiß, Sie werden, Sie können uns nicht losreißen, nicht vor die Thüre setzen: denn wir gehören zu Ihnen!“ So sprachen mit dem Tone der tiefsten Ueberzeugung Deutsche zu Deutschen, gegen den polnischen Patriotismus setzten sie den deutschen Patriotismus ein; sie versäumten es nicht, den juridischen Argumentationen des Polen die Gründe der Politik, die Gründe staatsrechtlicher Verträge entgegen zu stellen und Viebig von Posen insbesondere widerlegte mit beglaubigten Dokumenten mehr als Eine unwahre Angabe des Polen. Janiczewski erhielt noch einmal zur Rechtfertigung das Wort. Seine Geschicklichkeit wand sich auch jetzt noch durch eine Stimmung hindurch, die von Rede zu Rede der polnischen Sache immer ungünstiger

geworden war; aber er verwischte nicht den Eindruck unwidersprechlicher Beweise; es waren nur die letzten hoffnungslosen Worte eines Angeklagten, über welche der Richter in seinem Herzen bereits das „Schuldig“ ausgesprochen. Man konnte auch jetzt noch die Vaterlandsliebe ehrwürdig finden, welche bekannte, daß sie ihm den Pilgerstab in die Hand geben würde, daß sie ihn durch Wüsten treiben würde, wenn es die Rettung seiner Brüder gälte: aber es war das nur eine neue Appellation an den eigenen Patriotismus, nur ein Aufruf an diese deutsche Versammlung, auch für die deutschen Brüder Alles zu wagen, Alles zu unternehmen. — „Fassen Sie mit der Hand an's Herz,“ so rief noch zum Schluß der Debatte der Berichterstatter, „fragen Sie, ob es deutsch schlägt: dann sprechen Sie für Deutschland!“

Und wir sprachen für Deutschland. Ein aufschiebender Antrag von Blum war der erste, welcher einer namentlichen Abstimmung unterworfen wurde. Der Antragsteller wollte durch eine Commission der Centralgewalt die Bevölkerungszahlen und die topographischen Verhältnisse in Posen aufgenommen wissen, um erst hiernach die Grenzlinie zwischen dem deutschen und dem polnischen Posen zu bestimmen. Allein eine solche Untersuchung hätte neuen Zeitverlust herbeigeführt und diese Zeit wäre für eine neue Schilderhebung in Posen gewonnen gewesen. Unsere deutschen Brüder in Posen andererseits harrten schon lange der endlichen Entscheidung: die Lage der Dinge aber war im Wesentlichen keineswegs unklar. Mit 333 gegen 139 Stimmen wurde der Antrag abgeworfen. Ein Theil der Linken enthielt sich jetzt der weiteren Abstimmung; nur an der Entscheidung, die einen Beschluß des Vorparlaments wiederhole, wollten sie wieder Theil nehmen: so erklärte ihr Wortführer Blum. Und so nahmen wir denn ohne diese mit einer ungeheuern Majorität, 342 gegen 31

Stimmen, den Antrag des Ausschusses an. „Die hohe Nationalversammlung,“ so lautete der Antrag, „möge unter den obwaltenden Umständen die Aufnahme derjenigen Theile des Großherzogthums Posen, welche auf den Antrag der königlich preussischen Regierung, durch einstimmige Beschlüsse des Bundestags vom 22. April und 2. Mai, in den deutschen Bund aufgenommen worden sind, wiederholt anerkennen und demgemäß die, aus dem Deutschland zugeordneten Theile, gewählten zwölf Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung, welche auf ihre Legitimation vorläufig zugelassen worden, nun endgiltig zulassen.“ Eine weitere Abstimmung bestätigte vorläufig die Demarkation des Generals Puel, indem sie die Bestimmung der definitiven Grenzlinie dem Ergebniß näherer von der Centralgewalt zu veranstaltender Erhebungen vorbehielt. Es wurde gleichzeitig, auf den Antrag des Fürsten Lichnowsky, die Erwartung zur Preussischen Regierung ausgesprochen, daß sie den im polnischen Theile des Großherzogthums wohnenden Deutschen den Schutz ihrer Nationalität unter allen Umständen zusichern werde, und die ganze Angelegenheit schien hiermit nach allen Seiten erledigt, wenn nicht die Frivolität der Linken noch einen letzten Beschluß von der Versammlung erpreßt hätte, welcher bestimmt war, je nachdem er ausfiel, uns entweder zu depopularisiren oder uns mit uns selbst in Widerspruch zu treiben. Wir hatten gestimmt, wie wir mußten; wir hatten keinen Brudermord an einer halben Million Deutscher begehen, hatten keinen Landesverrath üben wollen, indem wir die Festung Posen in andere Hände gegeben hätten; wir hatten einfach nur das faktische Verhältniß gesetzlich ausgesprochen, indem wir die Theilung des Großherzogthums in eine deutsche und in eine polnische Hälfte votirten. Jetzt aber warf man im muthwilligen Spiel mit dem Schicksal einer unglücklichen Nation in

faktiöser Weise einen Antrag in die Abstimmung hinein, über welchen weder im Verlaufe der Debatte, noch außer derselben die Gelegenheit einer Verständigung gegeben gewesen war. Nachdem wir eben die Theilung Polens ausgesprochen, sollten wir „die Theilungen Polens für ein schmachvolles Unrecht erklären“, sollten wir „die heilige Pflicht Deutschlands anerkennen, zur künftigen Wiederherstellung Polens mitzuwirken.“ Die faktischen Hintergedanken dieser Zumuthung waren zu klar, als daß selbst die Ueberraschung uns hätte irre führen können. Die überwiegende Mehrzahl war, nach einer extemporirten Verständigung, klar und entschieden. Wir kannten unsere Pflicht. Unsere Pflicht war es nicht, weder historische Urtheile zu sprechen, noch ungewisse Hoffnungen zu erregen; wohl aber war es Pflicht, unser Vaterland nicht mitten in seiner Gährung, in seinem Ringen nach Freiheit und Einheit durch eine Kriegserklärung gegen Rußland zu gefährden und das Gut und Blut unzähliger unserer Brüder leichtsinnig für ein fremdes Volk dem Untergange zu weihen. 331 gegen 101 Stimmen verwarfen den Schaffrath'schen Antrag. Eine protokollarische Erklärung motivirte und rechtfertigte unser Botum.

Frankfurt und Berlin.

Auch das war in der Entscheidung der Posen'schen Angelegenheit gut, daß sie gleichmäßig im deutschen, wie im Sinne des preussischen Interesse gefaßt war. Und in der That: auf das Verhältniß Deutschlands zu Preußen mußten wir je länger je mehr mit Spannung und Besorgniß blicken. Denn seit wir mit kühnem Griff die Centralgewalt geschaffen, war eine leichte

Gereiztheit schwer zu verkennen. Man blickte von Berlin her mit jener Behutsamkeit auf unsere Schritte, die gleichsehr, sich hinzugeben und gleichsehr, mit uns zu brechen vermied. Für diese Stellung Preußens war jene Auerwald'sche Erklärung die diplomatische Form, in welcher es hieß, daß die preußische Regierung es der Außerordentlichkeit der politischen Lage zuschreibe, wenn die deutsche Nationalversammlung ihre Beschlüsse über die Constituirung einer provisorischen Centralgewalt, ohne Mitwirkung der deutschen Regierungen gefaßt habe, und daß sie eben deßhalb nicht zweifle, daß aus diesem Verhalten der Versammlung Consequenzen für die Zukunft nicht würden gezogen werden. Praktisch nun war diese Erklärung gewiß nicht, denn sie provozierte einen Prinzipienstreit, welchen zu umgehen, die Sorge aller Politiker in der Versammlung war. Indem sie an der Souveränität der Nationalversammlung, dem Dogma unserer politischen Idealisten mäkelte, so weckte sie zugleich den eifersüchtigen Geist der Centralisation. Es war dieselbe Sitzung, in welcher das bekannte Schreiben des hannover'schen Ministerium einer schonungslosen Kritik unterworfen, und in welcher der Versuch gemacht wurde, der leidenschaftlich aufgeregten Versammlung auch über die preußische Erklärung einen ähnlich heftigen Beschluß zu entreißen, wie über die von Hannover. Dies nun wurde vermieden, aber es wuchs inzwischen der Stoff der Mißstimmung zwischen Frankfurt und Berlin. Die Aeußerungen, welche bedacht oder unbedacht von der Tribüne fielen, waren nur zu geeignet, wo nicht das Volk in Preußen, so doch das preußische Heer, die preußische Regierung zu reizen. Unkluger aber war nichts, als der Peucker'sche Huldigungsbefehl, und unglücklicher nichts, als das gleichzeitige Bekanntwerden eines vorläufigen Entwurfs über den Umfang der Reichsgewalt, wie er im Schooße unseres Verfassungsausschusses entstanden war.

Da mußte es nun auf der Hand liegen, daß „der Streich lediglich gegen Preußen gerichtet sei.“ Da witterte man auf einmal die „Verfälschung“ unsrer Pläne; das specifische Vorurtheil raffte sich plötzlich zusammen, sein militärischer Geist fand in der Schrift eines hohen Beamten einen klassischen Ausdruck, und dort war es, wo man den Idealisten in Frankfurt zurief: „daß Preußen auch in der deutschen Einheit Preußen bleiben wolle“. Es kam hinzu, daß gerade damals die Monarchie des großen Friedrich auf dem besten Wege schien, sich von dem Schläge zu erholen, der sie im März betroffen hatte. Die Berliner Versammlung schien mit ihrem Beschlusse vom 12. Juli zu einem Wendepunkte gekommen, die inneren Zustände schienen sich consolidiren zu wollen, man glaubte einen Augenblick an das baldige Zustandekommen des preussischen Verfassungswerkes. Die Hauptstadt selbst berauschte sich vorübergehend in diesem Antagonismus gegen Frankfurt und der particulare Patriotismus machte sich Luft in jenen Maueranschlägen, die ein „Hurrah für Preußen“ forderten, in dem altklugen Raisonement der Tagesblätter, in zahlreichen anderen Demonstrationen. Die Ausführung des Huldigungsbefehls, einer formlosen und voreiligen Maßregel, war solcher Stimmung gegenüber eine Unmöglichkeit und ein Heerbefehl des Königs mußte als leidliches, wenn nicht als glückliches *qui pro quo* gelten.

Es war eine andere, eine großartigere Politik, die wir von Preußen erwartet hatten. Preußen, es ist wahr, hatte bereits reichliche Opfer gebracht; die Ostseeprovinzen namentlich, sie, die entferntesten von dem Mittelpunkte deutscher Einheit, hatten für den neuerwachten Glauben an diese Einheit geduldet. Diese Opfer schlugen die preussischen Abgeordneten in Frankfurt wahrhaftig nicht gering an: aber sie glaubten dennoch, daß sie gebracht werden müßten, glaubten dennoch,

daß die vollkommenste Hingebung Preußens an das gemeinsame deutsche Interesse der sicherste Weg sei, um für vorläufige Opfer spätere Anerkennung, für vorläufiges Selbstvergeben, dereinstige Macht und Ehre einzutauschen. Sie glaubten mit Recht, daß es gut sei, wenn Preußens Königs- haus und Preußens Volk noch eine Zeit lang ausharre und sich geduldig einer Idee unterwerfe, die in ihrem ersten An- gestüm nicht anders als schroff und verlegend sich geltend machen könne. Lag ein solches Verhalten nicht in dem ganzen Zuge der preussischen Geschichte gegründet? War nicht schon Fried- rich der Große der Große geworden durch geduldiges Aus- harren? War es nicht weise und durch den Erfolg belohnt, daß man 1809 und 1812 in Preußen noch nicht losbrach gegen Frankreich, sondern wartete bis 1813 und dann den rechten Moment ergriff?

Aber was mehr ist: diese Politik der großartigsten Hinge- bung, der Geduld und des Vertrauens schien nicht allein zweckmäßig, sondern sogar von einem höheren Standpunkte aus nothwendig. Sie nicht einzuschlagen, mußte gefährlich scheinen, wenn es anders gefährlich ist, denjenigen Ideen sich entziehen oder widersetzen zu wollen, welche je in einer histori- schen Bewegung die leitenden und die herrschenden sind. Die gegenwärtige Bewegung aber ist eine nationale, und wenn irgend etwas stark ist in dieser vielfach schwachen und ver- irrten Zeit, so ist es die nationale Idee, so ist es der Ge- danke, der Glaube, das Verlangen nach der nationalen kräf- tigung und Einigung des deutschen Vaterlandes. In der Frankfurter Versammlung ist diese Idee der eigentliche Lebens- trieb, und nicht in Frankfurt allein: überall in den edleren Theilen des deutschen Volkes, in der Jugend und in allen frischen Herzen hat sie eine nicht wegzuleugnende Gewalt ge- wonnen. Sie ist namentlich stark in Süddeutschland, in

all' den kleineren deutschen Staaten, denen begreiflicherweise schon deshalb jenes partikuläre Selbstgefühl abgeht, weil hier nicht, wie in Preußen, eine große Geschichte den Staat geschaffen und Volk und Fürstenhaus zusammengekettet hat. Dieser Idee also, war die Meinung, müsse sich auch Preußen rückhaltslos fügen, wenn es nicht ankämpfen wolle gegen das Mächtigste, was es gibt, und wenn es nicht in einen Zwiespalt mit dem übrigen Deutschland gerathen wolle, der das Gegentheil deutscher Einigkeit sei. Und es sei, konnte man endlich vom preussischen Standpunkte hinzufügen, durchaus ungefährlich so sich zu verhalten, denn Preußen, wo in Folge der Stein'schen Gesetzgebung die Freiheit bereits vielverzweigte Wurzeln nach unten getrieben, Preußen, welchem Deutschland seine Befreiung von Napoleonischer Fremdherrschaft verdankte, Preußen endlich, reich an Intelligenz und Gesittung, wie an militärischer Kraft und Zucht — solch ein Staat kann durch ein Aufgehen in Deutschland nicht untergehen, sondern nur zu neuem Glanze sich verjüngen.

Wie deshalb auch die in Preußen plötzlich sich kundgebende Verstimmung auch uns verstimmt: uns verließ nicht das Vertrauen auf jene tiefere Nothwendigkeit in der Entwicklung unserer vaterländischen Zustände, und wen es verlassen hätte, den hätte Gager'n's Wort zu neuer Zuversicht emporgerissen, jenes Wort, mit dem er, der zum viertenmale Gewählte, am letzten Juli den Präsidentenstuhl bestieg. „Der Genius der Nation“, so sprach er, „verläßt uns nimmer. Der Steuermann auf dieser Stelle kann mit schlafferer Hand das Ruder führen und doch wird das Schiff dem großen Ziele glücklich entgegensegeln, das uns gesteckt, dem großen Ziele, zu dem wir zwar noch Strecken vor uns zu durchfahren haben, ehe wir es erreichen; aber das wir erreichen werden, trotz aller

Schwierigkeiten und Hindernisse, die ihm entgegen sich stemen, das Ziel der Befestigung der Freiheit, der Gründung der Einheit des Vaterlandes. Alle Theile des Vaterlandes werden diejenigen Opfer ihrer Selbständigkeit bringen, die nothwendig sind, damit diese Einheit möglich werde. Weitere werden nicht gefordert und diese werden wir erringen!“ So Sager n, und Jeder fühlte, daß er von Preußen sprach. War diese Anschauung der Dinge, wie man in Berlin uns vorwarf, ideologisch, so war sie es nicht mehr als nöthig ist, um den Widerstand particularistischer Besonderheit zu überwinden, um die harten Elemente des neuen Bildungsprozesses in Fluß zu bringen. Dieser Idealismus schloß nicht aus, daß wir jede berechtigte Aeußerung des Particularismus schonend berücksichtigten, er schloß nicht aus, daß wir da den Weg der Transactionen gingen, wo wir zu fordern und zu befehlen die Macht nicht hatten. Ja, wenn der Radicalismus der Freiheit uns vorübergehend in den Radicalismus der Centralisation hineingetrieben hatte, so konnten wir hierin nachlassen, sobald die Gefahr jenes ersteren sich minderte. Wir haben schon oben unsere Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Einsetzung des Einen Reichsverwesers statt des vorgeschlagenen Triumvirats dem Particularismus nicht sowohl Terrain entzog, als vielmehr einräumte, und die Forderung der Sulddigung war gewiß ein Symptom, daß man in Frankfurt gelegentlich geneigter sei, die Einheit zu forciren, als sie mit praktischem Sinne zu bilden und zu erbauen.

Wie man jedoch auch hierüber denke, thörichter und roher zugleich war gewiß nichts, als in dem Augenblicke der höchsten Gespanntheit des Verhältnisses zwischen Preußen und Deutschland diesen Volksstamm schändte und absichtlich zu verlegen. Dem Patriotismus der Linken war es vorbehalten, das Aeußerste in dieser Beziehung zu wagen.

Es war der 7. August und die Frage über Amnestie der Anhänger Hecker's auf der Tagesordnung. Diese Amnestie, sowie die Zulassung Hecker's selbst abzulehnen, war dabei eine Entscheidung, welche, abgesehen von allen politischen Rücksichten, schon das einfachste Rechtsgefühl unabweislich forderte, denn es war so, wie Simson von Königsberg in Beziehung auf Hecker sagte: „An die Stelle der ewigen Ordnungen des Rechtes, die nach vorübergehender Verdunkelung alle Zeit nur um so heller leuchten, hat er das Banner der Gewalt zu pflanzen versucht. Darum kann er nicht sitzen unter den Männern, denen unser Volk die Gründung der Einheit, die Festigung seiner Freiheit anvertraut hat, in den Wegen des Rathes, der Mäßigung, der Weisheit, der Geduld. Erst nach langer, ernster Sühne kann für ihn wieder ein Raum werden auf unserer vaterländischen Erde.“

Aber zurück von dieser Abschweifung zu den Vorfällen des 7. August. Der badische Abgeordnete Brentano ist auf der Tribüne. Er spricht für die Amnestie der politischen Verbrecher. „Wollen Sie,“ ruft er endlich, „Hecker zurücksetzen gegen einen Prinzen von Preußen?“ — Schneidender und verwundender war nie ein Wort in unsere Ohren geklungen, als dieses höhnische, welches den preussischen Thronfolger in eine Linie stellte mit dem badischen Rebellen. In einer Zeit, wo — gleichviel ob gegründeter oder ungegründeter Weise — Volk und Regierung in Preußen gegen die Frankfurter Versammlung eingenommen ist, in einem Augenblick, wo man den preussischen Abgeordneten zur Nationalversammlung den Vorwurf macht, daß sie, von dem Einheitsstreben verführt, die Interessen ihres engeren Vaterlandes nicht hinreichend wahrten, in einem Augenblick, wo, eben in Folge dieser Bestimmung, das große Werk deutscher Einheit hart anstößt an der Klippe des preussischen Patriotismus — in einem solchen

Augenblicke wird ein Mitglied derjenigen Dynastie, der man zum Mindesten eine Theilnahme an der Herrschaft über das Gesammtvaterland zuwenden muß, mit jenem Manne in Parallele gestellt, dessen gelingendes Unternehmen das Vaterland unfehlbar in Bürgerkrieg und Anarchie gestürzt und jede Hoffnung auf das Zustandekommen eines einigen Deutschlands vernichtet haben würde!

War es mehr als menschlich, wenn wir hier unseres Unwillens nicht länger Meister blieben? Es kam, wie es mußte. Das Brentano'sche Wort wird das Signal eines schweren Tumultes. Der Ordnungsruf wird von der einen Seite gefordert, von der andern verwehrt. Man verläßt die Sige, drängt sich an die Tribüne. Mit Thränen im Auge, mit kaum gemäßigtem Zorn fordern Viele die Entfernung Brentano's von dem Rednerplatze. Eine Scene grenzenloser Verwirrung und Aufregung. Die Sitzung muß aufgehoben werden.

Was hier zu thun war, darüber zweifelten wir keinen Augenblick. Die Brentano'sche Aeußerung mußte förmlich und feierlich zurückgewiesen werden. Das forderte der preussische Gleichsinn wie der deutsche Patriotismus. Gesah dieß nicht, so wuchs nothwendig nicht nur außerhalb der Versammlung in Preußen und insbesondere in Preußens Heer die Verstimmung gegen Frankfurt: sondern in der Versammlung selbst blieb dann ein Stachel zurück, das specifische Preußenthum, bisher nur außer der Versammlung geschäftig, wäre fortan in die Paulskirche selbst eingedrungen; es wäre über kurz oder lang zu neuen Reibungen gekommen, das alternde Uebel wäre schwerer zu heilen gewesen, als das frische, und gewiß hätte alsdann die Versammlung bald das betrübende Schauspiel eines durch den Particularismus der Stämme sich selbst aufreibenden Kampfes dargeboten.

Noch an demselben Tage fand eine zahlreich besuchte Zusammenkunft statt und Preußen und Nichtpreußen traten dem Antrage bei, welchen Vincke folgendermaßen formulirt hatte: „Die Nationalversammlung, in Erwägung, daß der Abgeordnete Brentano in seiner am 7. August d. J. gehaltenen Rede einer gröblichen Beleidigung eines deutschen Volksstammes und dadurch auch der Würde der Nationalversammlung sich schuldig gemacht hat, mißbilligt das Benehmen des Abgeordneten Brentano.“

Wenn aber irgend etwas eine Vorstellung geben kann von der Schwierigkeit der Lage, in welcher durch jenen Vorfall die ganze Nationalversammlung sich befand, so mag es wohl der Umstand sein, daß Gagern selbst es nicht verschmäht hatte, diese vorberathende Zusammenkunft zu besuchen. Er schlug der Versammlung vor, man möge den Vincke'schen Antrag, weil dieser nur neuen Tumult verursachen werde, fallen lassen und sich mit einem vom Präsidenten ausgehenden Ordnungsruf gegen Brentano in der morgenden Sitzung begnügen. Aber zu wichtig schien namentlich den Preußen diese Angelegenheit, als daß sie auf diesen Vorschlag hätten eingehen mögen: — man hielt fest an dem Vincke'schen Antrag. — Dieser, sowie ein anderer ähnlicher und ein entgegengesetzter wurde am folgenden Tage verlesen. Der Präsidirende, Soiron, sprach darauf, unter fürchtbaren Unterbrechungen von der Linken und von der Gallerie, einen Ordnungsruf gegen die gestrigen Aeußerungen von Brentano aus und nahm in denselben genau dieselben Motive auf, welche unser Antrag enthielt; denn er erklärte, daß jener Abgeordnete durch den Vergleich, den er gestern gebraucht, „edle Volksstämme und damit die Versammlung selbst sehr schwer verletzt“ habe. Bezeichnend war das Bild, welches die Versammlung während dieses Ordnungsrufes darbot.

Beide Centren, so wie die Rechte, saßen stumm und unbeweglich, die Linke tobte unaufhörlich, beständig unterstützt von dem Lärm der Gallerie. Drohungen, Schmähungen wurden von jener Seite gegen *Siron* gerichtet. Dieser selbst, von der Aufregung ergriffen, hielt nur mühsam gegen all' dieses Andrängen, gegen diese Unterbrechungen und Beschuldigungen Stand; — jetzt drohte er, die Gallerien räumen zu lassen — neuer Lärm! Seine Stimme dringt nicht mehr durch — man erblickt endlich den Hut auf seinem Haupte, und die Sitzung ist für eine Stunde suspendirt. —

Die Frage, welche sich nun erhob, war die: Sollen wir, *Vincke* und die Mitunterzeichner seines Antrags, auch jetzt noch auf diesem Antrag bestehen, nachdem doch der *Siron'sche* Ordnungsruf dem von uns beabsichtigten Zwecke im Wesentlichen genügt zu haben scheinen konnte? Für die Bejahung dieser Frage sprach die Verabredung des gestrigen Tages. Es sprach ferner dies dafür, daß es angemessen gefunden werden konnte, den Kelch der Schmähungen gegen Preußen bis auf den Grund zu leeren und durch alle Angriffe und allen Lärm der Linken sich durchzukämpfen, bis die Genugthuung vollständig und zweifellos sei. Anderes freilich und Gewichtigeres sprach dagegen. Wer nämlich bürgte uns dafür, daß die Versammlung jemals wieder zu Anstand, Ruhe und Frieden zurückkehre, wenn der *Vincke'sche* Antrag aufrecht erhalten, wenn also der tobende Widerspruch der Linken, der schon dem *Siron'schen* Ordnungsrufe gefolgt war, auf's Neue und noch heftiger herausgefordert wurde? Wird man außerhalb der Versammlung verkennen, daß hier zur Ehrenrettung Preußens das Aeußerste geschehen? wird nicht jener Widerspruch der Linken überall die Ueberzeugung zur Geltung bringen, daß durch jenen glücklich durchgesetzten Ordnungsruf sie sich als die besiegte darstellte und daß ein Meh-

rerer zu erreichen, theils unmöglich, theils überflüssig war?

Hierzu kam nun, daß nach Wiedereröffnung der Sitzung Soiron noch einmal, unter neuem Lärm der Linken und ihrer Bundesgenossen, erklärte, daß der Ordnungsruf gegen Brentano rechtskräftig erfolgt sei, daß sich, auf die Worte, er sei überzeugt, daß die Versammlung mit ihm einverstanden sei, vier Fünftel der Mitglieder von ihren Sitzen erhoben, und daß endlich durch den Präsidenten ausdrücklich alle Anträge gegen Brentano für erledigt erklärt wurden. Dies Alles und dazu noch der Umstand, daß in Folge des fortdauernden Lärmens die Galerien wirklich geräumt werden mußten, erweckte in der Mehrzahl die Ueberzeugung, daß es völlig unthunlich sei, den Binde'schen Antrag noch länger aufrecht zu erhalten. Auch Binde selbst begab sich endlich seines Antrages, indem er zugleich einen Ausweg fand, um der erreichten Satisfaction noch einen kräftigen Nachdruck zu geben. Die Worte, die er auf der Tribüne sprach, faßten geschickt alle die Gründe zusammen, welche das Zurückziehen des Antrags motivirten und obgleich sofort von der Gegenpartei ein neuer Versuch ausging, die ganze Angelegenheit noch ein Mal aufzuregen: wir durften uns vorläufig der empfangenen Genugthuung freuen, wir konnten auf die Wiederkehr desjenigen Friedens hoffen, unter dessen Schutz allein die gedeihliche Fortsetzung unserer Arbeiten möglich war.

Was aber könnten wir Besseres an diese Erzählung anreihen, als die Erwähnung eines anderen Ereignisses, dessen Bedeutung eine wesentlich verwandte, dessen Sinn die volle Versöhnung des preussischen mit dem deutschen Interesse zu sein schien?

Denn dieß und nichts Anderes war, wenn auch nicht die alleinige, so doch gewiß nicht die unbedeutendste Tendenz des

Dombaufestes. Es war zehn Tage nach den eben geschilderten stürmischen Vorfällen, als beinahe die Hälfte aller Mitglieder der Nationalversammlung jenen Zug nach Köln unternahm, um dort in dem Dombaufeste das Fest patriotischer Einigkeit, das Fest confessioneller Versöhnung und das Fest der Ausgleichung zwischen dem preussischen und deutschen Geiste zu feiern. Wir schildern nicht den Jubel, mit welchem auf beiden Ufern des schönen Rheinstromes der Reichsverweser und in seinem Gefolge die Vertreter deutscher Nation von einem freien und biedern Volke begrüßt wurden. Die Poesie von Fischart's „glücklichem Schiff“ schien die beiden Dämpfer zu umgeben, die uns durch die Gauen des Rheins nach Köln geleiteten und eine noch reichere Poesie ging uns in den Hallen des Doms und unter den Jubelklängen des Festes auf. Daß der Dombau das Symbol des größeren Baues nationaler Einheit sei, dieser oft wiederholte Glaube drang sich uns Allen lebendig auf und mit gestärkten Hoffnungen für das Gelingen unseres Werkes sind wir aus der Stadt am Rhein zurückgezogen in die Stadt am Main. Und nun das Zusammentreffen des Reichsverwesers und des Königs! Wer die Beiden Hand in Hand sah, wer die Trinksprüche hörte, in denen der Eine den Anderen begrüßte: — der konnte unmöglich fürchten, daß jemals Preußen sich abwenden werde von der gemeinsamen deutschen Sache. Preußens König ist der deutscheste Mann in Preußen: diese Ueberzeugung ward zur unerschütterlichen Gewißheit, als wir den König Gager n's Auredede unterbrechen hörten, die von dem Vertrauen der Nationalversammlung zu seinen deutschen Sympathien sprach. „Mein Herz,“ rief der Angeredete aus, „ist immer bei diesem Werke gewesen!“

Die Festesklänge freilich verhallten. Noch schwere Collisionen zwischen der Centralgewalt und der preussischen Regierung standen bevor. Alle bisherigen erschienen als ein leichtes

Vorpiel derjenigen, zu deren Darstellung unser nächstes Kapitel uns hinüberleitet.

Die Schleswig-Holstein'sche Frage.

Unter den Fragen, an welche sich in Deutschland die Hoffnungen und die Bestrebungen zur Herstellung eines Rechtszustandes im Staatsleben knüpften, nahm eine der ersten Stellen die Angelegenheit der Herzogthümer Schleswig und Holstein ein. An dieser Frage erwachte und an ihr belebte sich je länger je mehr deutsches Nationalgefühl. Die Interessen der Herzogthümer waren deutsche Interessen und mit den Klängen des vielgesungenen Liedes verbreitete sich eine begeisterte Theilnahme über ganz Deutschland, die sich in Adressen an die Schleswig-holstein'schen Brüder und in zahlreichen Stimmen der Presse Luft machte. Den Worten folgte endlich die That. Als am Anfange dieses Jahres Friedrich VII., der Nachfolger Christian's VIII. durch das Angebot der Freiheit den Herzogthümern ihr nationales Recht abzukaufen gedachte, da steigerte sich die Bewegung, welche beschwichtigt werden sollte. Sie vermischte sich bald mit jener, welche vom Südwesten Europa's heraufdrang, und in der allgemeinen Erschütterung der Staaten und der Völker that auch jenes Land einen kühnen Schritt, es erschuf sich eine provisorische Regierung; Preußens deutschgesinnter König sandte seine Truppen und diese mit anderen Bundestruppen drangen siegreich bis nach Jütland vor. Ja, so fest war das deutsche Nationalgefühl in seinem ersten Aufbrausen, daß das Vorparlament einstimmig die unverzügliche Aufnahme des mit Holstein unzertrennlich verbundenen Schleswig's in den deutschen Bund aus-

sprach und bestimmte, daß auch seine Abgeordneten gleich denen jedes anderen Bundesstaates in der constituirenden Versammlung sitzen sollten.

Da saßen sie nun, und von ihnen und den holsteinischen Abgeordneten angeregt, kam am 9. Juni zum ersten Mal diese Angelegenheit ausführlich zur Sprache. Der unerwartete und unerklärte Rückzug der deutschen Truppen aus Jütland und selbst aus dem nördlichen Theile von Schleswig, die vagen Gerüchte über Waffenstillstands- und Friedensunterhandlungen gaben den äußeren Anstoß. Mit jener Innerlichkeit, die dem Hörer tief in die Seele greift, sprach Dahlmann für eine Sache, welcher er, nach seinem eigenen Ausdruck, die besten Kräfte der Jugend, die Treue eines Menschenalters gewidmet hat. Die Ehre Deutschlands zu wahren, altes Unrecht zu vergüten, neues Unrecht nicht zu begehen, forderte er die Versammlung auf — und jedes Wort fiel centnerschwer auf das politische Gewissen so vieler Männer, denen Allen die Ehre Deutschlands hoch über Alles galt. Es waren die Anträge des Ausschusses, welche der Redner endlich zur Annahme empfahl. Die schleswig'sche Sache sollte hiernach als eine Angelegenheit der deutschen Nation erklärt und behandelt, es sollte im Voraus ausgesprochen werden, daß bei dem Friedensabschlusse das Recht der Herzogthümer und eben damit die Ehre Deutschlands werde gewahrt werden und die Erwartung sollte endlich hinzugefügt werden, daß für die erforderliche Verstärkung des Bundesheeres in Schleswig-Holstein, so wie für die Sicherstellung des durch den Rückzug etwa bloßgestellten nördlichen Schleswig's schleunige und wirksame Fürsorge getroffen werde. Von diesen Anträgen meinte Dahlmann, daß sie ganz in dem Sinne alter deutscher Bescheidenheit gestellt seien und daß sie kaum die Grenzen der gerechten Hoffnungen erreichten, welche der Schleswiger zu hegen habe. Begreiflich daher, daß

die Linke mit heftigeren Anträgen hervortrat. Was Dahlmann bescheiden, was der Berichterstatter Heckscher verwegen genannt hatte, das sollte, nach einem Redner von der Linken, das „extremste Gegentheil von Verwegenheit“ sein und von verschiedenen Seiten fand man es der Würde der Versammlung angemessen, ihren Willen in einem stolzeren und mutzigeren Beschlusse kund zu geben. Es war schwer, gegen die Ansprüche der Nationallehre, die sich bereits völlig mit Rechtsansprüchen identificirten, die Zweifel geltend zu machen, die vom Standpunkte des Rechts sich doch nicht verhehlen ließen. Es war schwer, einer Begeisterung gegenüber, die aus der edlen Quelle der nationalen Idee herfloß, Besonnenheit, Mäßigung und Berücksichtigung der politischen Lage Deutschlands zu dem Auslande anzuempfehlen. Es war schwer endlich, einer so tief in's Gemüth einschneidenden Rede, wie die Dahlmann'sche, ihren Einfluß durch kaltes, politisches Raisonnement zu entziehen, und wenn die Forderungen immer höher waren gespannt worden, so war es ohne Zweifel Verdienst genug, wenn es einem Redner gelang, die Ansichten auf einen zwischen dem Ausschusßantrag und den Verbesserungsanträgen in der Mitte gelegenen Terminus zu vereinen. Dieses Verdienst erwarb sich Waitz, der Abgeordnete für einen Theil von Holstein. Hatte Dahlmann's Wort durch die Kraft einer großen Gesinnung, durch den Nachdruck sittlicher Würde, durch die Energie des Ausdrucks, durch jene bewunderungswürdige Einfachheit gewirkt, wie sie sonst nur den Alten eignet, so fesselte Waitz die Versammlung durch die fast weibliche Bescheidenheit, mit der er abwehrte, daß man die Schleswig'sche Sache allein und auf das Dringendste zu berücksichtigen habe, so gewann er durch die schonende Milde, mit welcher er alle Verhältnisse rücksichtsvoll wollte erwogen wissen, so überzeugte er endlich durch die überall

limitirende Feinheit, ja durch die List, mit welcher er das Bedenkliche eines zu verwegenen Beschlusses aufdeckte. Jenem mittleren Terminus, welchen er anempfahl, leistete endlich auch der Berichterstatter mit seiner Schlußrede Vorschub. Denn wie der Anwalt einen Angeklagten, so vertheidigte Heckscher den Ausschusantrag. Er wies wiederholt nach, daß das Recht der Zugehörigkeit von ganz Schleswig zu Deutschland ein mindestens nicht unzweifelhaftes sei, und er deutete einsichtig und geschickt auf die Gefahren hin, die von England und Frankreich, von Rußland und Schweden drohten, wenn Deutschland den Frieden mit Dänemark an überspannte Bedingungen knüpfte. Es war ein aus den trefflichen Reden dieser Beiden hervorgehendes Resultat, wenn mit großer Mehrheit der Waig'sche Antrag bis auf einen Schlusssatz angenommen wurde. „Die deutsche Nationalversammlung“, — so lautete der Beschluß, — „erklärt, daß die Schleswig'sche Sache, als eine Angelegenheit der deutschen Nation, zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehört, und verlangt, daß energische Maßregeln getroffen werden, um den Krieg zu Ende zu führen; daß aber bei dem Abschluß des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde.“ Nach Waig freilich sollte noch hinzugefügt werden, daß die Genehmigung des abzuschließenden Friedens der Nationalversammlung vorzubehalten sei. Hier aber hatten Heckscher's Gründe den Sieg davon getragen. Man hält uns, hatte er gesagt, im Auslande für eine revolutionäre Versammlung, und wenn man hört, eine solche habe sich die Ratifikation vorbehalten, so wird England die Friedensvermittlung aufgeben und die Folgen hiervon sind nicht zu berechnen. Dieser Grund, wie gesagt, mußte bei besonnener Ueberlegung durchschlagen. Einer großen Versammlung die

Entscheidung über Krieg und Frieden beizumessen, wird immer mißlich erscheinen. Selbst wenn man jedoch im Princip einer solchen Bestimmung beipflichtet — und in das Gesetz über die provisorische Centralgewalt ist sie ausdrücklich aufgenommen — hier war der Fall ein anderer. Noch gab es keine Centralgewalt, noch hatte die Versammlung nicht Gelegenheit gehabt, sich das Vertrauen des Auslandes zu erwerben! Jene Bestimmung, nach den vorangehenden allgemeinen Erklärungen ohnehin ein Pleonasmus, würde nur gedient haben, eine an sich schon schwierige Unterhandlung noch unendlich mehr zu erschweren. Es war unbestreitbar ein Zeichen von Besonnenheit und von politischer Einsicht, wenn wir jenen Zusatz verwarfen. Die Verwerfung ging durch mit 275 gegen 200 Stimmen.

Ein Monat war seit diesen Verhandlungen verstrichen. Die Centralgewalt war inzwischen geschaffen, die deutschen Truppen waren aufs Neue nach dem Norden vorgerückt. Plötzlich treffen Gerüchte und zwar sehr ernstlich beglaubigte über einen zwischen Preußen und Dänemark unterhandelten Waffenstillstand ein. Die Bedingungen dieses Waffenstillstandes, wie das Gerücht sie bezeichnet, sind ungünstig, wo nicht schmachvoll. Wenn jemals, so war es jetzt an der Zeit, daß die Versammlung ihren moralischen Einfluß, das Gewicht ihres Wirkens in die Waagschale lege. Bei einer nationalen Angelegenheit, wie diese schleswig-holstein'sche es war, mußte vor Allem die Partei sich ihrer anzunehmen die Verpflichtung fühlen, welche das Interesse für die nationale Größe und Einheit des Vaterlandes zur Unterlage nimmt für die Zügelung einer ausschweifenden Demokratie, für die Herstellung einer in Ordnung und Gesetzmäßigkeit maßhaltenden Freiheit. Es war unsere Partei, von welcher das erste Wort über jene beunruhigenden Gerüchte in die Versammlung gebracht wurde.

Wir erinnerten am 10. Juli an den Beschluß vom 9. Juni und verlangten eine officiële Erkundigung und Berichterstattung über den wirklichen Sachverhalt. Mitglieder anderer Fraktionen gingen auch diesmal weiter. Zweierlei jedoch war es, was zuletzt die Mehrzahl der Versammlung bestimmte, den Uebergang zur motivirten Tagesordnung zu beschließen. Noch stand ungeschwächt und unwiderrufen der Beschluß vom 9. Juni da; den Beschluß erneuern hieß den frühern schwächen. Das Gesetz über die Centralgewalt bestimmte überdies, daß der Reichsverweser über Krieg und Frieden im Einverständnis mit der Nationalversammlung zu verfügen habe. Die Versammlung sprach nur Vertrauen zu sich selbst aus, wenn sie in dieser Sache der Fürsorge der selbstgeschaffenen Centralgewalt und der Geltung ihrer eignen Gesetze vertraute. Genug endlich, daß diese ganze Angelegenheit von Neuem angeregt, die Theilnahme für das Schicksal der Herzogthümer noch einmal mit Eifer ausgesprochen worden war. Der Uebergang zur Tagesordnung, indem er solche Motive und eine solche Debatte hinter sich hatte, war der wirksamste und nach den Umständen zweckmäßigste Beschluß.

Aber wiederholt tauchte seitdem diese wichtige Frage in den Verhandlungen der Nationalversammlung auf. Niemals verloren wir dieselbe aus den Augen und die schleswig-holstein'schen Abgeordneten insbesondere richteten besorgte Blicke nach dem Schauplatz des Krieges und der Unterhandlungen. Aber die Antwort, welche der Reichsminister Schmerling am 24. Juli auf eine deßfallige Interpellation des Abgeordneten Franke gab, war nicht nur beruhigend, sondern sie traf auch durchaus mit den hochgegriffenen Forderungen der Versammlung über die Beendigung jenes Krieges zusammen. Der Waffenstillstand, über welchen wir uns beunruhigt hatten, war nicht abgeschlossen, General Wrangel

meldete, daß er für jeden Fall nur einen solchen Waffenstillstand eingehen werde, welcher der Ehre Deutschlands angemessen und so beschaffen sei, daß er von Seiten der Centralgewalt genehmigt werden könne, und, damit die Zufriedenheit der Versammlung vollständig sei, so fügte der Minister des Auswärtigen hinzu, daß das Ministerium sofort nach Antritt seines Amtes zur Erzwingung eines Friedens, wie Deutschland ihn fordere, alle Dispositionen getroffen habe. Ja, die Hoffnung wuchs, als acht Tage später diese Versicherungen erneuert wurden, als die beiden Reichsminister Peucker und Schmerling über die energischen Maßregeln berichteten, welche getroffen seien, um Dänemark, welches die Bedingung einer Ratification des Waffenstillstandes durch den Reichsverweser zurückgewiesen, zu einem Frieden zu zwingen, wie ihn das Recht und die Ehre Deutschlands erheische.

Die Hoffnungen, wahrlich, und die Anforderungen, welche die Versammlung fortan in Bezug auf die Erledigung des dänischen Krieges hegte, waren gerechtfertigt, nachdem diejenigen Männer mit solcher Zuversicht, ja mit Emphase davon gesprochen hatten, denen ihre amtliche Stellung die Schwierigkeiten und die Verwickelungen nicht verbergen konnte, die diesen Krieg von seinem Anfange an umgaben. Hatte man uns doch gesagt, daß dieser Krieg von nun an im vollsten Sinne des Worts als ein deutscher Krieg, mit deutschen Reichstruppen und auf Kosten des deutschen Reichsschatzes geführt werden solle. War doch — als ob es an Begeisterung und an Interesse für den Krieg in der Versammlung fehle — von dem Ministertische aus die Aufforderung an die Vertreter des Volkes ergangen, nicht nachzulassen in Eifer, in Hoffnung und Enthusiasmus. Schien es doch, als ob nicht wir ein durch die Schwierigkeiten der Sache gehemmes Ministerium drängten, sondern als ob wir des Antriebs und der

Aufforderung bedürften! Was Wunder, wenn die Gefahren der Fortsetzung jenes Krieges vor der sicheren Aussicht in den Hintergrund traten, daß in kürzester Zeit die Ehre Deutschlands über die Demüthigung Dänemarks triumphiren werde.

Selten daher ist einer hoffnungsvollen Begeisterung eine tiefere Wunde geschlagen worden, als durch die Nachricht, welche am 4. September durch denselben Mann in die Versammlung gebracht wurde, dem wir schon bei der ersten Debatte über diesen Gegenstand als dem Einzigen begegnet sind, der die Forderungen herabzustimmen und alles Bedenkliche freimüthig hervorzukehren bemüht war. Heckscher war inzwischen zum Minister des Auswärtigen ernannt worden. Ihm lag die unerwünschte Pflicht ob, der Versammlung die officielle Mittheilung eines Ereignisses zu machen, gegen welches sich die ganze Empfindlichkeit niedergeschlagener Erwartungen, gekränkten Stolzes und verletzter Ehre erheben mußte. Autorisirt von der Centralgewalt hatte Preußen am 26. August zu Malmoë den Waffenstillstand mit der Krone Dänemark abgeschlossen. Die Bedingungen, welche die Centralgewalt ihrer Autorisation hinzugefügt hatte, waren in wesentlichen Punkten nicht innegehalten. Die Artikel des Waffenstillstands-Vertrages waren für diejenigen, welche eine Demüthigung des Feindes erwarteten, eben so viele Wunden und Kränkungen. Einzelne Bestimmungen waren auch für diejenigen, die sich nie über das Mögliche und Erreichbare getäuscht hatten, niederschlagend, und keinen Einzigen gab es in der ganzen Versammlung, der nicht mit Entrüstung vernommen hätte, daß an die Spitze der neu einzusetzenden interimistischen Regierung für die Herzogthümer der den deutschgesinnten Einwohnern verhaßteste, dem deutschen Interesse feindseligste Mann treten solle. Das Erstaunen und der Unwille unterbrach wiederholt die Stille, mit welcher die Verlesung dieser

Artikel von der Versammlung entgegengenommen wurde. Wie ganz anders war die Situation, in welcher jetzt derselbe Mann die Tribüne bestieg, der vor drei Monaten zum ersten Mal den ganzen Ernst seiner Gesinnung in eben derselben Sache aufgeboten hatte. Wenn irgend etwas geeignet war, gleich in den ersten Augenblicken die ruhige politische Erwägung einer so vielseitigen Angelegenheit dem Eindruck der Leidenschaft, nicht einer gemeinen, sondern einer edlen und wohlberechtigten, zu überliefern, so war es dies Auftreten Dahlmann's. Obgleich es ohne Zweifel die Absicht des Ministers gewesen war, jede Interpellation über diese Sache durch die ausführliche Mittheilung des Vertrages abzuschneiden, obgleich mit Recht der Präsident es aussprach, daß er die von Dahlmann angekündigte Interpellation für erledigt halte: — der Eifer um das Schicksal seines Heimathlandes und der Eifer um die Ehre Deutschlands ließ diesem Mann nicht Ruhe. Da stand er wieder, wie damals, auf der Rednerbühne, aber dies Mal mit dem Ausdruck des Schmerzes und des Unwillens. Er stellte fünf Fragen an das Ministerium, alle fünf schon beantwortet durch die Verlesung des Waffenstillstandes und zwar so beantwortet, wie es am aller schlimmsten war. „Meine Herren!“ — durfte deshalb der Interpellant seine Rede schließen — „Sie haben inzwischen die Bedingungen des Waffenstillstandes auf officiellm Wege vernommen. Ich darf Sie nur an Eins erinnern: Am 9. Junius, vor noch nicht drei Monaten, wurde hier in der Paulskirche beschloffen, daß in der schleswig-holstein'schen Sache die Ehre Deutschlands gewahrt werden solle, — die Ehre Deutschlands!“

So Dahlmann. Und jetzt erwäge man, was Alles zusammentraf, um Spannung und Leidenschaft allen Gemüthern mitzutheilen. Zuerst den plötzlichen und tiefen Fall aus der

früheren Höhe der Entschlüsse und der Erwartungen. Sodann die unsichere und bedenkliche Haltung des Ministers. Statt die Ansichten des Parlaments in eine feste Richtung zu lenken, schien er selbst diese Ansichten erst versuchen und herausfühlen zu wollen. Statt der Versammlung eine fertige Meinung entgegenzubringen, forderte er diese auf, den Waffenstillstand und das Verfahren der preussischen Regierung demnächst einer Diskussion zu unterwerfen, ja, er gab seinen Worten den Schein und Klang, als ob die Centralgewalt die Genehmigung des Waffenstillstands eher verweigern als ertheilen werde. Und dazu endlich Dahlmann's Stimme, die Besonnenheit selbst zur Leidenschaft geworden, das Wort von der Ehre Deutschlands, widerhallend in jedem Herzen!

Unter solchen Umständen durfte es noch als Zeichen von Mäßigung gelten, wenn die Verwerfung des Waffenstillstandes nicht stehenden Fußes ausgesprochen, der Druck der Aktenstücke abgewartet und auch die Frage über eine vorläufige Sistirung des Stillstands zunächst an einen Ausschuss verwiesen und diesem nur der Auftrag ertheilt ward, nach vierundzwanzig Stunden Bericht zu erstatten.

Vierundzwanzig Stunden peinlicher Ueberlegung! kaum ausreichend, um sich die Hauptrückichten klar zu machen, die für die Entscheidung nach der einen oder nach der anderen Seite maßgebend sein mußten. Denn in die werdende Schöpfung einer Verfassung für das ganze Deutschland fiel diese Waffenstillstandsfrage dergestalt hinein, daß das ganze Werk nach allen Richtungen hin durch die Entscheidung berührt und erschüttert wurde. Während wir in aller Stille noch an den untersten Fundamenten jener Verfassung bauten, werden auf einmal alle Bedingungen ihres Zustandekommens in Frage gestellt. Das Verhältniß Preußens zu der Centralgewalt scheint von hier aus einer raschen und verhängnißvollen Lösung

entgegengeführt zu werden. Die Stellung Deutschlands zum Auslande scheint sich hier mit Einem Schlage auf das Furchtbarste zu verwirren. Der Antheil der ganzen Nation an dem Werk und an der Politik seiner Vertreter scheint auf einmal lebhaft herausgefordert und das Bedenkliche liegt vor, daß die nationale Idee, sie, welche noch vor Kurzem mit der Monarchie im Bunde die republikanischen Bestrebungen vereitelt hatte, jetzt denjenigen zur Seite steht, welche schonungslos gegen historische Bestände, das phantastische Gebäude einer deutschen Republik zu errichten gedenken.

Wie dem aber sein mochte: ein Entschluß mußte gefaßt werden und er mußte so gefaßt werden, nicht wie die Leidenschaft und das rasche Gefühl, sondern wie staatsmännische Berücksichtigung der Verhältnisse der Wirklichkeit anrieth. Die Inhibirung des Waffenstillstands, das war das Erste, worüber wir uns klar wurden, ist fast identisch mit der Verwerfung desselben. Unseren Erwartungen nun entspricht dieser Waffenstillstand allerdings nicht. Die preussische Regierung hat keineswegs jene Zuversicht zu der deutschen Sache an den Tag gelegt, wie wir sie, in der Mitte des großen Einigungswerkes stehend, so gern allen denjenigen einhauchen möchten, ohne deren Hingebung dieses Werk unvollendet bleibt. Aber wenn wir diesen Standpunkt der Mitte verlassen, so wird uns soviel Gerechtigkeit nicht fehlen, um zu erkennen, unter welchem Drange drückender Verhältnisse Preußen gehandelt hat. Mit opfernder Bereitwilligkeit hat es zuerst die Lasten eines undankbaren Krieges im Interesse Deutschlands auf sich genommen. Gerade diejenigen Theile des preussischen Staates, die durch ihre Geschichte wie durch ihre Lage diesem Interesse am fernsten stehen, sind die durch die Folgen des Krieges am schwersten Betroffenen und dringend fordert schon längst die hungernde Bevölkerung der Seestädte den Abschluß des Waf-

fenstillstands. Und nun vergegenwärtige man sich den Fall einer Wiederaufnahme des Krieges. Nicht die eigene Begeisterung, sondern die realen Mittel der Kriegführung bringe man dabei in Anschlag. Der Krieg erscheint alsdann nicht etwa schwierig, sondern unmöglich. Leicht zwar ist es, den Waffenstillstandsvertrag zu vernichten. Preußen hat ihn abgeschlossen in seinem und in Deutschlands Namen. Im Namen Deutschlands nun könnte er für ungültig erklärt werden, denn die Bedingungen seiner Vollmacht hat Preußen in einigen Punkten verlegt. Welche Mittel aber sind es, welche der Centralgewalt zur Fortsetzung des Krieges zu Gebote stehen? darf sie auf die Unterstützung des mächtigen Preußen rechnen? Oder muß nicht Preußen vielmehr den abgeschlossenen Waffenstillstand soviel an ihm ist, vertreten? ist es nicht mit seiner Ehre dazu verbunden und zwingt es nicht die überwiegende Stimmung seiner Bevölkerung zu dem Rufe: Je maintiendrai? Auf Preußen, fürwahr, ist nicht zu rechnen. Es ist im günstigsten Fall nicht für, und es ist im schlimmsten Fall gegen das übrige Deutschland. Oder wäre auch dies übrige Deutschland nicht durchaus dem dänischen Kriege geneigt? Sind nicht Oesterreichs Heere zum Theil in Italien beschäftigt, zum Theil in den übrigen Provinzen unentbehrlich? Und sind nicht endlich auch Hannover, Mecklenburg und die Hansestädte viel mehr bei der Beendigung als bei der Fortführung des Krieges interessirt? Nur Mitteldeutschland etwa würde zunächst einen Krieg auf sich nehmen, dessen Schwierigkeiten allbekannt sind und der durch die Betheiligung von mehr als Einer Großmacht zu einem furchtbaren Angriffskriege gegen Deutschland ausschlagen würde. Die Kräfte, ihn zu führen, müßten zuletzt durch einen Aufruf an die Nation gewonnen werden, dieser Aufruf wäre zugleich eine Beschwörung aller der dunklen Mächte, die mit dem Umsturz der Monarchie zugleich die

Herrschaft der Ordnung und des Gesetzes zerstören würden, und während ein großer Bruch zwischen Nord- und Süddeutschland den Bau der vaterländischen Einheit zertrümmerte, so vermischten sich vielleicht mit diesen Trümmern auch die Trümmer jeder staatlichen Ordnung und das so zerrissene Deutschland würde zur Beute des Auslands werden. — Auf der anderen Seite aber, so ist bei ruhiger Betrachtung jener Waffenstillstand zwar kein günstiger, aber er ist auch kein unerträglicher. Gegen die frühere Lage der Herzogthümer ist manches für dieselben gewonnen, den wesentlichen Rechten derselben ist um so weniger etwas vergeben, als der Stillstand dem Frieden nicht präjudiziren soll. Einzelne Bestimmungen dulden eine günstige Auslegung; überall aber ist keine, die dem *vae victis* gleiche. Mag der leicht gereizte Stolz verletzt sein: die Ehre unsrer Nation ist unverletzt. Und wenn denn endlich gedacht werden müßte, daß die spätere Entscheidung der Nationalversammlung für die Verwerfung des Waffenstillstands ausfiele, so ist einer solchen Entscheidung nicht vorgegriffen, wenn die Sistirung zunächst nicht ausgesprochen wird; auch für Schleswig ist keine Gefahr dabei; Beides dagegen ist der Fall bei der entgegengesetzten Entschließung.

An diesen und ähnlichen Erwägungen reifte unser Entschluß. Er ward befördert durch die Kunde, daß das Ministerium den Waffenstillstand zu ratificiren beschloffen habe, daß es eben deswegen und weil es die Sistirung für identisch mit der Verwerfung halte, diese Frage zu einer Kabinettsfrage mache. Auf der anderen Seite verlautete, daß der Ausschuß in seiner von Dahlmann angeführten Majorität sich für die Sistirung entschieden habe, und was unsere Besorgniß über den Ausfall der morgenden Abstimmung mehrte, das war der Umstand, daß die uns benachbarte Partei des linken Centrum in demselben Sinne Beschluß gefaßt

und alle ihre Mitglieder an diesen Beschluß gebunden habe.

Es war ein banger Tag der Erwartung, dieser 5. September. In einer langen Sitzung verließ uns keinen Augenblick die schwerste politische Aufregung. Nur Weniges aus der vielbewegten Debatte darf in dieser Skizze einen Platz finden. Dahlmann zuerst, als Berichterstatter der Majorität des Ausschusses, sprach, scheinbar nur ernst und ergriffen und wie ein leidenschaftsloser Mann, Worte der tiefsten Leidenschaft, ja zum Theil, wenn doch die Wahrheit nicht verschwiegen werden darf, höchst ungerechte, heftige und maßlose Worte. Er beantragte Namens der Mehrheit des Ausschusses, „die Versammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen.“ Anders die durch Schuberth vertretene Minorität. „Über eine Sistirung des Waffenstillstandes,“ beantragte diese, „möge erst dann abgestimmt werden, wenn über den Waffenstillstand selbst werde Beschluß gefaßt werden.“ Hierzu kam sofort die Erklärung des Ministerium, in der es sich für den Waffenstillstand aussprach, zugleich aber, bewogen durch das Verhalten der preussischen Regierung in dieser Angelegenheit, von dieser sowohl wie von allen Regierungen des deutschen Bundesstaates die bestimmte und ausdrückliche Anerkennung des Gesetzes über die provisorische Centralgewalt ansprechen zu wollen verhieß. Die jetzt beginnende Verhandlung schien den Sieg unzweifelhaft auf die Seite der Besonnenen zu werfen. Auf der Gegenseite war diesmal die Kraft begeisternder Gedanken; die nationale Idee, die Tradition tiefwurzelnder Sympathien, die Ehre des Vaterlandes und der Reiz der Gefahr — alle Motive der Beredtsamkeit waren in ihren Händen. Wenn diese Gedanken rein und wahr in ihnen gelebt hätten, wenn nicht

unter dem Eifer für die Wahrung patriotischer Ehre die Interessen des Ehrgeizes hervorgeblickt hätten, wenn nicht die Revolution ihnen mehr Zweck als Mittel gewesen wäre: so war jetzt die Stunde gekommen, in welcher die politischen Pole sich umkehren, in welcher die Linke sich an die Stelle der Rechten setzen konnte; von dieser Stunde hätte sich die Fortsetzung der Revolution und der Sieg ihrer extremsten Consequenzen datirt. Nun aber geschah es ganz anders. Der spärliche Idealismus, welcher sich bei der Kriegspartei vorfand, war zu schüchtern, als daß er sich zum Worte gewagt hätte, die Andern fochten mit Worten und mit Sophismen. Sie übernahmen sich mit der Appellation an die Leidenschaften. Die Ehre Deutschlands ward zur bannalen Phrase und an die Begeisterung derselben war nicht zu glauben, die bloß mit deren Klang ihre Rede würzten. Und so trat das Eigenthümliche ein, daß die Begeisterung da war, wo die nüchternen Ueberlegung herrschte, daß die Beredsamkeit Hand in Hand mit der Staatsweisheit ging. Wie geschickt deckte an diesem Tage Basser mann die Blößen der Gegner auf, wie gewandt wußte er alle die Argumente zusammen zu flechten, welche die Fortsetzung des Krieges als eine Thorheit, den vorläufigen Beschluß der Inhibirung des Waffenstillstandes als eine Uebereilung erscheinen ließen! Wie sinnlich anschaulich und wie überzeugend namentlich der Theil seiner Rede, in dem er das Urtheil über den abgeschlossenen Vertrag zu berichtigen sich bemühte! „Meine Herren,“ rief er aus, „vielleicht daß in demselben Augenblicke, in dem sich hier dieses Schauspiel vor unsern Blicken entfaltet, ein gleiches in Kopenhagen stattfindet, ja, wir wissen es aus Nachrichten, daß dort — und das mag Ihnen vielleicht sehr unerwartet klingen — derselbe Sturm auf die dänische Regierung losgebrochen ist, weil der Waffenstillstand den Ultradänischen nicht dänisch

genug ist, wie hier eine Opposition gegen uns steht, weil wir Sie ersuchen, Ihren Hauptbeschluß um zwei Tage zu verschieben.“ „Lassen Sie uns, meine Herren, einen Augenblick in die Seele Jener blicken, die dort die dänische Regierung bestürmen und gegen sie ankämpfen, um von beiden Seiten die Sache zu sehen; denn nur dann werden wir ein richtiges Urtheil fällen. Die Dänen sagen zu ihrer Regierung: Wie könnt Ihr in die Aufhebung der bestehenden Gesetze willigen, da darunter ausdrücklich inbegriffen ist die Akte, durch welche die Einverleibung Schleswigs in Dänemark vom Dänenkönig ausgesprochen worden, die Einverleibung Schleswigs, um die allein Krieg geführt worden ist! — wie könnt Ihr in den Herzogthümern eine Regierung einsetzen lassen, welche der großen Mehrheit nach aus Namen gebildet ist, die in diesen Herzogthümern guten Klang haben, und wie könnt Ihr glauben, uns durch Einen Namen zu befriedigen, der unter seinen vier Kollegen in der Minorität ist? — wie könnt Ihr auf so lange Zeit die beiden Herzogthümer, auf deren Trennung uns allein Alles ankam, durch eine gemeinschaftliche Regierung verwalten lassen, wie mögt Ihr die Germanisirung des nördlichen Schleswigs befördern, durch die deutschen Bundestruppen, welche in Schleswig bleiben, durch das Zusammenbleiben der holstein'schen Armee, wobei das Ausscheiden von 1500 Schleswigern nicht in Betracht kömmt? Und wir, sagen endlich die Dänen, wir haben nicht die geringste Gewalt, einzuschreiten, wir können nicht mit einem Manne Soldaten hinüber, wir sind abgeschlossen und müssen jenes Germanisirungswerk ruhig mit ansehen!“ So redete Bassermann, und wenn dann ferner Radowiz mit gewohnter Präcision und Sachkenntniß die unüberwindlichen Schwierigkeiten, die mit der Wiederaufnahme des Krieges verbunden wären, auseinandergesetzt hatte, so war endlich die Fülle der ernstesten

Ueberzeugung, so war Alles, was auch der Leidenschaft gegenüber Ueberzeugung zu schaffen im Stande ist, in Beckerath's Rede. Denn in diesem tiefen Gemüthe schuf Patriotismus selbst die kalte Staatsweisheit zu warmer Begeisterung um, und die Indignation über die Frivolität der Gegner gab dem milden Mann auch die Waffe der bittersten Satire in die Hand. Er wandte sich am Schluß seiner Rede bittend und beschwörend zu den Brüdern aus Schleswig, mit uns sich zu vereinen, um das Opfer zu bringen, welches auch uns schwer werde. Er griff endlich noch das Wort von der Ehre Deutschlands auf. „Meine Herren!“ rief er aus, mit dem Ausdruck der tiefsten Empfindung, „es ist viel von der Ehre Deutschlands geredet worden; wird es denn unserem Vaterlande, gegenüber dem Auslande, eine Ehre sein, wenn die Stämme sich unter einander entzweien? Ich glaube, daß darin die Ehre und die Wohlfahrt Deutschlands nimmer gesucht werden dürfen; vielmehr darin, daß die Stämme sich versöhnlich zu einander stellen. Wenn aber unser Vaterland unter den Schrecknissen des Bürgerkriegs in Trümmer und Elend versinken, wenn Alles, was edle deutsche Herzen gehofft, zu Schanden werden sollte: — dann in dieser Nacht der Trübsal wird es ein Lichtstrahl für mich sein, heute Zeugniß davon gegeben zu haben, daß ich es mit der Ehre eines großen Volkes viel verträglicher halte, das Schwert in der Scheide zu lassen, als es zum brudermörderischen Kampf zu ziehen!“

Wozu jedoch noch länger bei einer Debatte verweilen, deren Resultat schon im Voraus feststand und die bestimmt war, nicht um Ueberzeugungen zu schaffen oder zu lenken, sondern um sie zu manifestiren und um Zeugniß abzulegen von den Gründen, die eine große Versammlung in zwei fast gleichtheilige Hälften zerspalteten. Ueber eine schon gebundene Majorität und Minorität gingen die Wogen der parlamentarischen

Discussion hinweg, welche mehr ein Turnier als ein Kampf war. Beide Theile wußten das; aber sie glaubten es nicht. Noch immer konnte mancher Halbüberzeugte oder Halbentschlossene durch das Gewicht der Gründe von der einen zur anderen Seite herübergezogen werden. Noch immer hoffte namentlich unsre Partei, nicht gewohnt, daß selbst ihre Freunde mit der Linken stimmen könnten, auf einen Sieg, der nach dem Eindruck der gehaltenen Reden Niemand als uns ge-
bührte.

Diese Hoffnung wurde zu Schanden. Als nach fünfstündiger Debatte die Frage gestellt wurde: „Will die Nationalversammlung, daß über die Sistirung des Waffenstillstandes erst dann abgestimmt werden möge, wenn über den Waffenstillstand selbst Beschluß gefaßt wird?“, da fanden sich gegen 244 Stimmen, die sie verneinten, nur 230, die sie bejahten. blieb sofort die Hauptfrage übrig, und noch einmal lag eine Möglichkeit vor, daß der ersten Uebereilung nicht eine zweite, schlimmere folgen werde. „Will“, so hieß es nun, „will die Nationalversammlung die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes nöthigen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen?“ Dasselbe Resultat, fast dasselbe Verhältniß der Stimmen: der Präsident verkündete, sichtbar ergriffen, daß die Frage mit 238 gegen 221 Stimmen bejaht sei, und wer das Verhängnißvolle dieser Entscheidung bei sich erwog, den mußte der Beifallsjubel in der Seele verlegen, der von der Linken und von der Gallerie her über der Verkündung des Präsidenten ausbrach — gleich als ob ein großes Unheil vielmehr abgewandt als geschaffen worden wäre!

Uns aber faßte eine Niedergeschlagenheit, ja theilweise eine Hoffnungslosigkeit, in welcher wir schon jener Nacht der Trübsal gedachten, in die nach Beckerath's Prophezeiung das Vaterland versinken werde, falls die Entscheidung über

den Waffenstillstand selbst der über dessen Sistirung gleichen sollte. Und sonderbar! auch unter denen, welche diesmal wider uns gestimmt hatten, waren Viele, die sich des Sieges nicht freuen mochten. Denn wenn irgend ein Beschluß einer starken Majorität bedurfte, um durchführbar zu sein, um mit allen seinen schweren Folgen getragen werden zu können, so war es dieser, welcher auf die Begeisterung der ganzen Nation berechnet war, dieser, welcher das Vaterland in einen europäischen Krieg zu stürzen drohte; dieser, welcher die Einheit, die Ehre und die Macht des Vaterlandes auf einen einzigen tollkühnen Wurf setzte. Denn welches Zeugniß legte diese Majorität weniger Stimmen von dem Enthusiasmus ab, mit welchem das Volk die Fortsetzung des Krieges aufnehmen würde? Konnte man hoffen, daß die Nation ihr Alles zur Verwirklichung eines Beschlusses anbieten werde, den selbst die erste Aufregung nur kaum zu Stande gebracht hatte?

Der Sieg, um es mit Einem Worte zu sagen, war nicht weit davon entfernt, eine Niederlage zu sein, nur daß leider die Niederlage nicht eben so nahe daran war, ein Sieg zu sein. Verwirrung, Rathlosigkeit und Unsicherheit waren die unmittelbaren Folgen jener parlamentarischen Entscheidung. Ein Ministerium war gestürzt, ein neues mußte geschaffen werden. Der gefasste Beschluß mußte die Probe der Ausführbarkeit bestehen. Die Männer, welche allen aus der praktischen Sachlage hergenommenen Argumenten Trotz geboten hatten, sollten nun — es war ihnen freie Hand gegeben — die Thäter ihres eigenen Willens sein. Dem Führer der siegenden Opposition lag zunächst die Bildung eines neuen Cabinets ob. Aber Dahlmann, welcher rücksichtslos eine Ansicht vertreten hatte, an welcher sein Herz hing, war mit seinem Vermögen am Ende in dem Augenblicke, wo das Ruder ihm anvertraut wurde. Ohne Ehrgeiz und wohl das

Maaf seiner Kräfte kennend, legte er bald ein Mandat nieder, welchem er nicht gewachsen war. Er ging hervor aus dieser Sache, ohne sich selbst untreu geworden zu sein, so jedoch, daß der Welt offenbar wurde, dieser Mann sei zwar gewiß ein Charakter, wie der besten Einer, aber gewiß kein Staatsmann. Nicht abgeschreckt durch das Beispiel fand sich freilich aus der dermaligen Majorität ein Anderer, welcher das Unausführbare auszuführen und für diese Aufgabe Minister zu suchen bereit war. Noch aber wurden kaum hin und wieder einige Namen genannt, mit welchen wegen des Eintritts in das Ministerium verhandelt werde; die Linke drängte auf die Beschleunigung der Ministerkrisis; es wäre ihr recht gewesen, wenn ein Vollziehungsausschuß für den Beschluß vom 5. September ernannt worden wäre: — aber die Ministerkrisis wollte nicht aufhören, ein Vollziehungsausschuß wurde nicht ernannt, der Sistirungsbeschluß wurde nicht ausgeführt und die Truppen zogen laut des Waffenstillstands-Vertrages unaufgehalten in ihre Heimath zurück.

Inzwischen rüstete man von beiden Seiten zu der bevorstehenden neuen Parlamentschlacht. Die mittlerweile gedruckten Aktenstücke lieferten jetzt erst das Material zur richtigen Beurtheilung des Benehmens sowohl der preussischen als der Centralregierung. Im Wesentlichen bestätigten sie das schon Bekannte. Man konnte die preussische Regierung entschuldigen, man mußte das loyale Verhalten des Reichsministerium anerkennen. Unserer Ansicht über die Nothwendigkeit, den Vertrag zu genehmigen, konnten die Dokumente neue Motive suppeditiren, ändern konnten sie dieselbe nicht. Ein Anderes war es mit den Nachrichten, welche unterdeß aus den Herzogthümern einliefen. Die dortige Landesversammlung war sofort wieder zusammengetreten und eine Reihe von einstimmig angenommenen Beschlüssen waren ebensoviel Proteste gegen den Waf-

fenstillstand. Die für die neue interimistische Regierung designirten Männer erklärten zum Theil, daß sie diesen Posten nie anreten würden und Graf Moltke erschien als ein Regierungspräsident in partibus infidelium. An verschiedenen Stellen im Lande herrschte die größte Aufregung und während man in Frankfurt deliberirte, ob jener Waffenstillstand zu acceptiren sei oder nicht, so war er von den nächst Betheiligten bereits verworfen. Er mochte von der Nationalversammlung ratificirt werden oder nicht: — daß er nicht ausgeführt werden könne, dafür sorgten die Herzogthümer.

Im Schoße des zur Begutachtung der ganzen Frage beauftragten Ausschusses spiegelte sich ganz das Kritische dieser Verhältnisse. Während die Politiker nach wie vor sich für die Genehmigung aussprachen, so beharrten die Enthusiasten und die Theoretiker im Bunde mit den Radikalen bei der Verwerfung. Die Unausführbarkeit des Vertrages, wie sie sich inzwischen herausgestellt hatte, diente Jenen, um die Genehmigung unbedenklich, diesen, um sie unmöglich erscheinen zu lassen. Ein Schreiben des Preussischen Bevollmächtigten, Camphausen, gab endlich den Ersteren eine Fassung ihres Antrags an die Hand, vollkommen geeignet, alle diejenigen zu beruhigen, welche bisher durch einzelne widerwärtige Bedingungen gegen den ganzen Stillstandsvertrag aufgebracht gewesen waren. Nach diesem Schreiben nämlich war der Graf Moltke als zurückgetreten zu betrachten und der dänische Bevollmächtigte, Herr von Needtz, hatte überdies erklärt, daß der König von Dänemark bereit sein werde zu Modificationen und Concessionen, welche für die Ruhe der Herzogthümer wünschenswerth erschienen. Im Hinblick auf diese Erklärung durfte der eine Theil des Ausschusses, der Nationalversammlung vorschlagen, den Waffenstillstand nicht weiter zu beanstanden, und wenn er als weitere Vorschläge

die Beschlüsse hinzufügte, daß die Friedensunterhandlungen durch die provisorische Centralgewalt direkt und unverzüglich zu eröffnen seien, sowie, daß das von der Preussischen Regierung der Centralgewalt gegenüber eingehaltene Verfahren noch einer ferneren Prüfung zu unterwerfen sei: so schien in der That mit der Aussicht auf einen günstigeren Frieden zugleich das Recht und die Ehre der Centralgewalt ausreichend gewahrt. Die ganze Angelegenheit, nach ihrer äußeren wie nach ihrer inneren Seite, konnte erledigt scheinen, wie man nur immer eine kritische Sache erledigen kann. Allein es blieb diesen Vorschlägen gegenüber ein anderer Theil des Ausschusses eigensinnig und unpolitisch auf der früheren Ansicht beharren. Der Malmöer Waffenstillstand, so war der Antrag dieser Männer formulirt, wird von der Nationalversammlung nicht genehmigt und das Reichsministerium wird aufgefordert, die zur Fortsetzung des Krieges erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sofern die dänische Regierung sich nicht bereitwillig finden sollte, die Friedensunterhandlungen mit der Centralgewalt sogleich zu eröffnen. Dieß die Anträge, mit denen im Ausschusse zwei Parteien mit verschiedentlich schwankender Stimmenzahl einander gegenüberstanden. Denn jetzt machte die eine, jetzt die andere Ansicht Proselyten; die Gegner des Waffenstillstandes hatten es endlich mit zwei Stimmen über die andere Partei davon getragen; aber noch von der Tribüne erklärte später im Parlament der alte Ernst Moritz Arndt seinen Uebertritt zu der Ansicht der Minorität. Die Minorität hörte somit auf Minorität zu sein; die Stimmen standen sich gleich, und bei der Eröffnung des parlamentarischen Kampfes wurde so die Unsicherheit seines Ausgangs zur peinlichsten Anschauung gebracht. In dieser Unsicherheit lebte Alles. Die gemeinsame Ueberzeugung und die gemeinsame Gefahr hatte auf einmal die bisherigen Parteiunterschiede in den Hintergrund

gebrängt. Es gab augenblicklich nur zwei Parteien, die Partei der Genehmigenden und die der Verwerfenden. Es war die Minorität des 5. Septembers, welche der Majorität dieses Tages gegenüberstand, jene auf die Mittel bedacht, sich zur Majorität zu erheben, diese bemüht, sich als Majorität zu erhalten. Uns wenigstens, die wir von der Nothwendigkeit durchdrungen waren, den Waffenstillstand zu genehmigen, vereinigte jeden Abend der Drang unserer Lage, die Gefahr des Vaterlandes. Es galt ja, den durch den Sisirungsbeschluß vorbereiteten Bruch mit Preußen, es galt, was mehr ist, den Vorwurf abzuwenden, daß das deutsche Volk bei seiner Erhebung geschlossene Verträge wieder vernichten und die völkerrechtliche Treue verletzen könne. Alles, Alles mußte daran gesetzt werden, durch die Genehmigung des Waffenstillstandes den Beschluß seiner Sisirung unschädlich und vergessen zu machen. Waren durch leichte Concessionen Stimmen von der Gegenseite zu gewinnen: — wir waren bereit, sie zu machen; konnte eine Nachgiebigkeit in Nebendingen uns für die Hauptsache Anhänger verschaffen: — man sollte uns nachgiebig finden, so weit es irgend anging; war endlich ein mittlerer Ausdruck zu finden, der, ohne die Genehmigung direkt auszusprechen, doch die Verwerfung entschieden genug ablehnte, und war dieser Ausdruck ein Mittel, zur Majorität zu gelangen: — wir wollten uns ihm anschließen, wir wollten wahrlich nicht durch Schroffheit die unberechenbare Verantwortung auf uns ziehen, der Heilung einer schweren Wunde, der Verhütung eines unheilvollen Bruches nicht Alles geopfert zu haben, soweit das Gewissen es litte. Und so tauchte denn in der Mitte dieser Minoritätsversammlungen ein Vorschlag nach dem anderen auf, und während die Ueberzeugung von der politischen Nothwendigkeit unserer Ansicht wuchs, wurden alle Kräfte aufgeboten, ihr das numerische Uebergewicht

in der Nationalversammlung zu sichern. Schon der Antrag des Ausschusses konnte als ein solcher vermittelnder und somit geeignet erscheinen, die Majorität zu gewinnen. Daneben gab es andere, mehr oder minder damit verwandte; am meisten Garantie der Annahme schien derjenige zu bieten, welchen vier Schleswiger entworfen und vorgeschlagen hatten. Er lautete so: „Die Nationalversammlung beschließt: 1) Die Vollziehung des Waffenstillstandes, so weit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern; 2) die provisorische Centralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu thun, damit auf den Grund der, dänischerseits amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modifikationen des Vertrages baldigst eine Verständigung eintrete; 3) die provisorische Centralgewalt aufzufordern, wegen schleuniger Einleitung von Friedensverhandlungen das Erforderliche wahrzunehmen.“

Dies der Antrag, auf dessen vermittelnde Kraft wir am meisten unsre Rechnung stellten. Wir stellten sie weiter auf die Güte, auf die Vernünftigkeit und Nothwendigkeit unserer Sache, und wir stellten sie endlich auf die eigenthümliche Situation unserer Gegner. Wir konnten nicht glauben an die Haltbarkeit einer Majorität, welche der Augenblick zusammengehweht hatte. Die disparatesten Elemente, durch die verschiedensten, ja durch entgegengesetzte Motive aneinandergebracht, bildeten das Conglomerat der Majorität vom 5. September. Schleswig-holstein'scher Partikularismus, aufrichtiger und gemachter Enthusiasmus für die Ehre Deutschlands, Antipathie gegen Preußen, Feindseligkeit gegen die Minister, eigene ministerielle Gelüste, vor Allem aber konventsüchtiger Radikalismus — so viele und so bunte Motive hatten die unglückselige Abstimmung zu Wege gebracht: das Mißtrauen herrschte in dieser Majorität und diejenigen, welche den Ausschlag

gaben, hatte ihre Freunde auf der Seite, gegen welche sie gestimmt hatten. Dazu die Unfähigkeit, ein Ministerium zu produziren, welches den Beschluß vom 5. September hätte ausführen können, die Zeit endlich, welche inzwischen verstrichen und welche die Leidenschaft abgekühlt und die Besonnenheit hatte zu Worte kommen lassen: — genug, es war Alles in Allem gerechnet zwar keine Gewissheit, wohl aber die Hoffnung vorhanden, in jene improvisirte Majorität eine Bresche zu schießen. Mehr hoffend als fürchtend traten wir am 14. September in eine Debatte ein, an deren Schlusse wenige Stimmen über das Schicksal unsrer Versammlung, über das Schicksal des Vaterlandes entscheiden sollten.

Drei lange Tage dauerte diese Debatte. Die gehaltenen Reden waren von sehr verschiedenem Werthe und Gewichte. Auf unsrer Seite war am ersten Tage der Vortheil, welchen jede Partei von der Beredtsamkeit und der Autorität ihrer Redner zu ziehen pflegt. Wir vermochten am zweiten Tage nur kaum den Eindruck zu paralyßiren, den insbesondere eine Rede von Waig auf die Zuhörer machte; aber der Sieg war unser, als am letzten Tage die Sache zu den Triariern kam. Diese Blätter können natürlich nur Weniges von dem Triebünekampfe mittheilen. Eines indes werden wir leisten können. Wie der durch die Wiederholungen und durch die Unbedeutendheit einzelner Redner ermüdete Zuhörer nur ab und zu sich einfindet, so wollen auch wir jetzt gehen, jetzt kommen. Nur das Bezeichnendste und das Glänzendste aus dem langen Kampfe sei mit wenigen Strichen wiedergegeben, und auf diese Weise mag theils das historische Bild sich vervollständigen, theils die Ueberzeugung von dem Rechte der von uns vertretenen Ansicht sich verstärken.

Heckscher, der abgetretene Minister des Auswärtigen, hielt ziemlich zu Anfang der Debatte eine fast allzu lange

Apologie. Seine Gründe würden wirksamer gewesen sein, wenn er sie concentrirter gegeben hätte. Indem fast kein Punkt unberührt blieb, traten die wichtigsten nicht genug aus der flächenhaften Darstellung hervor. Viel dienlicher unsrer Sache war das Auftreten Francke's. Als Schleswiger hatte derselbe am 5. für die Sistirung des Waffenstillstands gestimmt. Als Schleswiger sprach er auch heute. Er könne, sagte er, den Vertrag von Malmoe nicht loben und preisen, aber „ein Gefühl“ — so fuhr er fort — „ist mir nie erloschen und wird mir, so Gott will, nie erlöschen: es ist das Gefühl der Dankbarkeit!“ und nun redete er, der Schleswiger, von dem Eifer, mit welchem Preußens König der Sache der Herzogthümer sich angenommen, redete davon, wie die brave preussische Armee zuerst über die Eider gegangen und erinnerte, er, der Schleswiger, daran, in welcher Lage in letzter Zeit das preussische Cabinet gewesen, und wie die Ostseehäfen mit dem ganzen Drange merkantiler Interessen es genöthigt der Sache ein Ende zu machen. Er begegnete ferner dem Wort von der Ehre Deutschlands mit dem von seiner Freiheit und Einheit, und er, der Schleswiger, war es, welcher nachwies, daß einzelne Punkte des Waffenstillstands sogar vortheilhaft seien. Er verschwieg andererseits nicht, was daran nachtheilig und was davon unausführbar sei, aber eben dies war der Weg, um dem uns schon bekannten Antrage Eingang zu verschaffen. Derselbe erschien am Schlusse der geschickten Rede auf einer Reihe von Thatsachen aufgebaut, durch das Gewicht von Thatsachen gestützt und empfohlen, und die Hoffnung, ihn durchzubringen, hatte sich verdoppelt, als der Redner unter dem vielstimmigen Beifall seiner Freunde die Tribüne verließ. Wenn uns aber diese Rede von einem der Unsrigen Vorschub geleistet, so that es nicht minder eine andere, mit welcher Einer der Gegner noch zum Schluß des ersten Kampftages in so

ernster Sache eine große Heiterkeit über die Versammlung brachte. Es war dies kein Anderer, als derjenige, welcher nach Dahlmann die Bildung eines neuen Cabinets übernommen hatte. Gar Wunderliches erzählte dieser Mann von seinen Versuchen, damit zu Stande zu kommen. Auf nichts Geringeres hatte er es abgesehen, als darauf, ein Ministerium zu bilden, das „über den Parteien“ stünde. Der Beschluß über die Genehmigung oder Nichtgenehmigung des Waffenstillstandes sollte zu dem Ende aufgeschoben werden und gewisse, angeblich offizielle Erklärungen Campa use n's sollten diesen Vorschlag plausibel machen. Mit einem so fabelhaften Beginnen war Herr von Hermann nun freilich gescheitert: desto besser aber für ihn; so konnte er nun zu seiner eigentlichen Ansicht, zu der Verwerfung des Waffenstillstandes zurückkehren und er machte in der That der Versammlung das Vergnügen, in einem Athem jene ministerielle und diese nicht-ministerielle Ansicht, beide mit gleich vorzüglichen Gründen, vorzuhalten und zu beweisen. Um es kurz zu sagen: es war in der Paulskirche noch nie eine kindischere Politik mit größerer Naivetät vorgebracht worden, als es jetzt von demjenigen Manne geschah, dessen Kandidatur für das Ministerium glücklicher Weise in demselben Momente zerplagt war, in welchem seine Weisheit aller Welt offenbar ward.

Wie ganz anders am folgenden Tage die Rede von Waig! Hätte diese sich nicht zuletzt gleichsam ziel- und schlusslos verlaufen, hätte sie einen Antrag im Sinne der Gegner befürwortet, so wäre ihr Effect vielleicht unberechenbar gewesen. Denn es war eine aus dem Detail der Thatsachen und der Reflexionen gar fein, künstlich und schlau zusammengewobene Rede. Aber ihre Schärfe stumpfte sich ab, als das kaum glaublich scheinende Gerücht sich verbreitete, daß der Redner mit seiner Rede sich gleichsam nur habe loskaufen wollen von

denen, mit denen er am 5. gestimmt und daß er diesmal dem Franck'schen Antrag beitreten werde. War indeß diese Rede ziellos, so hatte eine andere, gleichfalls gegen uns gerichtete, ein um so klareres Ziel und einen Schluß, welcher uns noch in den Ohren tönt. Die Lage Deutschlands wurde in dieser Rede mit der Lage Frankreichs im Jahre 1793 verglichen. „Auch Frankreich“, sagte Bogt von Gießen, „war damals von Innen und Außen bedrängt, es war zerpalten von Parteien, es hatte eine Vendée und einen legitimistischen Süden und einen abgefallenen Norden; die feindlichen Armeen griffen alle Gränzen zugleich an. Meine Herren! damals berief man sich auf die Volkskraft, und weil man kein Pulver hatte, so brachte die Wissenschaft das Pulver aus dem Boden hervor, man schuf Armeen und Schiffe, man schlug die Feinde; — aber, meine Herren, das war auch der Convent, der so Großes konnte, und nur ein Convent kann es“. „Meine Herren!“ hatte derselbe Redner kurz vorher gesagt, „man hat an Ihre Ruhe und Mäßigung appellirt: ich hoffe, daß wir an die Leidenschaften appelliren werden!“ Konnte man deutlicher und ehrlicher reden? konnte man sich nach derartigen Aeußerungen noch verbergen, was dem Vaterlande bevorstehe, wenn der Waffenstillstand verworfen würde? blieb es hiernach noch zweifelhaft, daß diese Verwerfung beschließen, den Feinden gesetzlicher Ordnung in die Hände arbeiten, die Herbeiführung eines deutschen Convents begünstigen heiße? Wahrlich: gegen die Ordnung des Hauses mag es gewesen sein; aber es ist darum nicht minder wahr, was Heckscher zum Schluß der ganzen Debatte auszusprechen den Muth hatte: „Es sind diejenigen,“ sagte er, „unter denen die den Waffenstillstand nicht genehmigen wollen, welche planmäßig darauf ausgehen, die Fackel der Zwietracht in unser Volk zu werfen und es sind diejenigen darunter, welchen eine Entzweiung

mit Preußen nicht unwillkommen wäre,“ und diejenigen auch, hätte er hinzufügen können, die in und mit dieser Entzweiung den Untergang aller monarchischen Ordnung und die Herrschaft einer zügellosen Demokratie erstreben! —

Aber wir kehren zurück zu dem zweiten Tage unserer Debatten, um noch einer Rede Jordan's von Berlin zu gedenken. Denn, wie in der Polenfrage, so sehen wir auch diesmal den selbständigen Mann auf unserer Seite stehen. Ein Verdienst besonders zeichnete seinen heutigen Vortrag aus. Wie damals die lebendige Anschauung der polnischen Verhältnisse, so war es heute die konkrete Auffassung der Lage und Stellung Preußens, die ihn zum wirksamen Gegner jener phantastischen Politik machte, welche damals die Einverleibung der deutschen Theile von Posen und welche jetzt die Genehmigung des dänischen Waffenstillstands verhindern wollte. Ohne dem preußischen Patriotismus, welcher bei diesem Waffenstillstand so stark in Frage kam, das Wort zu reden, forderte er Achtung vor dessen Berechtigung, Schonung bei dessen Bekämpfung. Er wies nach, wie ein Stamm, gleich dem preußischen, mit seiner Geschichte verwachsen ist und durch die Erinnerung an seine großen Männer immer wieder zurückgetrieben wird zum Festhalten an einer selbständigeren Existenz. Er sprach das paradoxe, aber doch richtige Wort: „Man ist in Preußen deutsch gesinnt, aber man weiß es nicht,“ und er mahnte mit Recht: „Wenn Sie die Einigung Deutschlands ernstlich wollen, so müssen Sie den preußischen Partikularismus nicht brechen wollen: — Sie müssen ihn bekehren und versöhnen!“

Und wenn wir nun endlich jener Rede gedenken sollen, mit welcher die Debatten des dritten Tages eröffnet wurden, so giebt es wohl Keinen, der widerspräche, daß sie die bedeutendste in dieser ganzen Angelegenheit und Wenige gibt es,

die nicht zugleich zugäben, daß sie überhaupt die vorzüglichste gewesen, die noch bisher in der Paulskirche gehört worden sei. Nach einer längeren Abwesenheit stand Bincke zum ersten Mal wieder auf der Tribüne, um in einer größeren Frage das Wort zu ergreifen. Sein spezifischer Standpunkt, von wenig Sympathien getragen, hatte seinen bisherigen Reden jenen Theil der Wirkung genommen, der in der Empfänglichkeit, in der Stimmung der Hörer liegt. Auch diesmal war der Bincke'sche Standpunkt nicht der unfrige, aber beide deckten sich, nach der Natur der vorliegenden Frage, in so vielen Stellen und die Seele seines diesmaligen Vortrags war so sehr das gemeinsame Interesse einem gemeinsamen Gegner gegenüber, daß eine Wirkung eintrat, wie sie nur selten ein parlamentarisches Auftreten begleiten wird. Alle Eigenschaften, welche man von je an dem ausgezeichneten Manne bewundert hat, waren mit Eins gegenwärtig. So durchmaß er raschen und sicheren Laufes den ganzen Umfang der Frage. Keine Seite derselben blieb unbeachtet, kein Einwand blieb unbeantwortet. Es gab große Momente, in denen die siegreiche Gewalt des Talentes und die Kraft einer großen und sicheren Gesinnung durchschlug. Ein solcher Moment war es, wenn er gegenüber den Lobrednern der Revolution sich zum Lobe jenes legalen Widerstandes erhob, den bisher die Schleswig-Holsteiner unermüdet ausgeübt haben; solch' ein Moment war es ferner, wenn er an Dahlmann's Bild die reinen Züge wieder herzustellen bemüht war, die durch Schuld eines politischen Irrthums von Seiten dieses Mannes, die parlamentarische Debatte in ihrer Leidenschaftlichkeit vielfach getrübt hatte, und solch' ein Moment war es endlich, wenn er nach einer Kritik sämmtlicher Anträge die einfache Entscheidung für Verwerfung oder für Genehmigung des Waffenstillstands herausforderte. „Nun denn“, das war der Schluß seiner Rede,

„der Waffenstillstand, wenn er auch nicht allen Erwartungen entsprochen hat, welche wir vielleicht gehegt haben, enthält doch Alles, was wir nach der jeweiligen Lage der europäischen Verhältnisse von Dänemark haben erlangen können. Nehmen Sie ihn an: auf der Einen Seite liegt die Achtung Europa's und die Einigung Deutschlands; auf der andern Seite die Mißachtung Europa's und die Spaltung in Deutschland! Die Würfel liegen — wählen Sie! Werfen Sie!“

Groß, wie gesagt, und ergreifend war dieser Moment, und wer wüßte die Gesinnung nicht zu ehren, die für große Fragen nur eine einzige Entscheidung kennt, die durch alle kleinen Bedenken der Menge, durch alle Verwirrung der Meinungen hindurch nach einem Einzigem festen Ziele hindurchgreift, die es verschmäht, den letzten Entschluß das Resultat unendlich vieler zusammenströmender Rücksichten sein zu lassen, die nur ein Rechts und Links, aber keine Mitte, nur ein Ablehnen oder Annehmen, aber kein Drittes, die Extreme Verbindendes kennt. Auch wir konnten diese Gesinnung ehren, wie sie denn Achtung erzwingt, wo sie auftritt; aber sie zu theilen war uns unmöglich. Dieses Entweder — Oder in diesem Augenblick war unpolitisch; denn die Rücksicht auf die Ereignisse und auf die Stimmung der Menschen forderte es, auf einen mittleren Ausdruck die Mehrzahl der Stimmen zu vereinen. Die individuelle Ansicht mag sich bilden und befestigen ohne Hinblick auf das Urtheil der Menge; hier aber galt es, einen Beschluß zu fassen, welchem Hunderte zustimmen könnten und an der Herstellung einer parlamentarischen Majorität hing, wie an einem seidenen Faden, das Schicksal des Vaterlandes.

Hier also gingen unsre Wege auseinander. Was auch immer mit Recht von Vincke gegen den Francke'schen Antrag geltend gemacht werden konnte: an ihm oder einem ähn-

lichen mußte festgehalten werden, wenn nicht das Ablehnen statt des Annehmens siegen sollte. Es galt daher, den Eindruck der Binde'schen Rede nach dieser Seite hin abzuschwächen und es war ein Zeichen von Takt und Geschicklichkeit, wenn diese letzte noch übrige Aufgabe der Fürst Lichnowsky zum eigentlichen Thema seiner Rede nahm. Noch so eben hatte Robert Blum das Binde'sche Wort aufgenommen: er wußte wohl, daß an diesem Dilemma jede Majorität für den Waffenstillstand zerschellen müsse. Da bestieg Lichnowsky die Tribüne. „Die gehörten Reden“, rief er aus, „auch die des Herrn Bogt und, ich muß es bedauern, auch die beredte, vortreffliche Rede meines verehrten Freundes aus der Grafschaft Mark, die heute die Sitzung eröffnete, alle diese Reden haben mich Eines vermiffen lassen. Dieses Eine, welches Viele von Ihnen befähigter gewesen wären, auf die Tribüne zu bringen, als ich — es war eine Anbahnung zur Versöhnung und Vermittelung. Sie sind sich darüber vollkommen klar, daß, wenn entweder der eine oder der andere von den extremen Anträgen hier von uns angenommen wird, ein Bruch daraus nothwendig entstehen muß; und dennoch sind viele im parlamentarischen Leben ergraute und geübtere Männer als ich hier heraufgestiegen und haben kein Wort der Versöhnung gefunden. Anstatt die Hand zur Versöhnung zu reichen, haben sie geschmäht auf die mittleren Anträge; sie haben Ihnen das Einzige genommen, was Ihnen bleibt, das Höchste was geboten werden kann: die Palme des Friedens unter uns, von dem der Friede Deutschlands abhängt.“

Er hatte Recht, und nur darin nicht Recht, daß er Andere für befähigter hielt, das Wort der Vermittlung und des Friedens auszusprechen. Er freilich fühlte noch das volle Leben und die Luft des Kampfes in sich; er wußte nicht, daß er als ein Scheidender sprach, und nur uns, den Nachlebenden,

ist es gestattet, an der Bedeutung uns zu erfreuen, welche darin gefunden werden mag, daß Friedensworte die letzten waren, die der ritterliche Mann an uns richten durfte.

Aber was mehr ist: sei es nun, daß diese Rede wirklich den Stachel abstumpfte, welchen die Wincke'sche zurückgelassen hatte, sei es, daß sie den schon fertigen Entschluß aufs Neue in den Gemüthern belebte — ihrer vermittelnden Meinung war der Sieg beschieden. Durch manche Aufregung und Verwirrung hindurch und nachdem noch das Wort der Bertheidigung den Angegriffenen von der Ministerbank gestattet worden war, kam man endlich in später Abendstunde zur Abstimmung. Das sonderbare, in sich unzulässige Verlangen, den Antrag der Majorität des Ausschusses getheilt zur Abstimmung zu bringen, ward verworfen; der ganze Antrag, welcher zuerst Verwerfung des Waffenstillstands und sodann Rüstung gegen Dänemark will, ward zuerst unsrer Entscheidung vorgelegt. Er fiel mit 258 gegen 237 Stimmen. Jetzt zum zweiten Mal Namensaufruf. Es ist der Francke'sche Antrag. 257 gegen 236 Stimmen nehmen ihn an. Auch Gager, der Präsident, ist unter den Annehmenden; Wincke verwirft ihn. Ein großes Wort ist gesprochen; wenn nicht ein glückliches, so doch das glücklichste, welches unter verhängnißvollen Umständen gefunden werden konnte. Zum ersten Mal seit dem 5. September athmeten wir auf; wir begannen wieder zu hoffen.

Nur Eine, wenn auch minder wesentliche Abstimmung blieb noch übrig. Es handelte sich noch um den Schlufsantrag der Minorität des Ausschusses. Die Frage war die, ob der Ausschuß für Centralgewalt über das von der preußischen Regierung der provisorischen Centralgewalt gegenüber eingehaltene Verfahren, der Nationalversammlung zu berichten haben solle. Wir waren mit der Genehmigung des Waffen-

stillstands gewissermaßen eingetreten für die preussische Regierung; wir hatten dem Auslande gegenüber gebilligt, was Preußen nicht ohne Eigenmächtigkeit und nicht ohne Schaden verhandelt hatte. Was weiter zwischen Preußen und Deutschland lag, war lediglich eine häusliche Angelegenheit. Dieselbe in der mildesten Form zu schlichten, das war der Sinn eines Antrages, dem wir, wie wir glaubten, eben deshalb unsere Zustimmung nicht versagen durften. Eine große Majorität konnte mit Recht für den Antrag erwartet werden. Denn wenn die äußerste Rechte sich vielleicht scheute, gegen die preussische Regierung ein Votum abzugeben, das einem Mißtrauensvotum gleiche, so schien eben dieß ein Grund, um auf die Stimmen der gesammten Linken rechnen zu dürfen. Es war, wenn man will, eine Concession an die Linke. Diese Concession, scheint es, mußte als ein Ersatz für die große Niederlage in der Hauptfrage, von ihr ergriffen werden. —

Der Antrag fiel, mit 205 gegen 165 Stimmen.

Unbegreiflich für den Fernerstehenden; nur zu begreiflich für uns, die wir an die Rabale der Parteien gewöhnt sind. Geschah es deshalb, um sich eine Anklage des Reichsministerium möglich zu erhalten, geschah es gar deshalb, um mit einem verworfenen Antrage, der gegen eine Regierung gerichtet war, ein Agitationsmittel mehr gegen die Majorität in Händen zu haben? — wir wollen es nicht entscheiden; die schlimmen Ereignisse, welche folgen, reden der schlimmsten Auslegung am meisten das Wort.

Die Ereignisse außerhalb der Paulskirche.

Erst müsse die Glocke des neuen Verfassungswerkes gegossen sein, dann möge man Sturm damit läuten: das war das schöne Wort, mit welchem Max v. Gagern in der Waffenstillstandsfrage die Politik der Uebereilung und der Leidenschaft zurückwies. Aber diese Politik, obgleich im Parlamente besiegt, war es nicht zugleich außerhalb des Parlaments. Auf das Sturmläuten war es auf alle Fälle abgesehen, und daher folgte den Verhandlungen in der Paulskirche ein blutiges Nachspiel in den Straßen. Die Verwerfung des Waffenstillstandes hatte die Aufregung der Nation und die Durchsetzung der Republik zu ihrem letzten Ziele gehabt; man hatte jetzt den Spieß nur umzudrehen, und die Genehmigung des Waffenstillstandes konnte dem gleichen Zwecke dienen. Was nicht mit dem Parlamente gelungen, das sollte gelingen wider dasselbe: ein kühner Handsreich sollte ersetzen, was die Politik der Majorität vereitelt hatte. Und so traten denn Ereignisse ein, die so wesentlich eingreifen in die Geschichte der Nationalversammlung, daß wir einen Augenblick heraustreten müssen, um wenigstens die Hauptmomente derselben in unsere Darstellung einzuflechten.

Schon von der Tribüne herab war die neue Revolution verkündigt worden, die dem genehmigten Waffenstillstande auf dem Fuße folgen müsse. Man sprach deutlicher noch am Abend des 16. Septembers zu jener Menge, welche nur der Parole noch zu warten schien, um die Niederlage der Linken zum Siege umzugestalten. Jetzt, hieß es, müßten die Märztage wiederholt, jetzt müsse losgeschlagen werden, denn die Entscheidung über das Schicksal des Vaterlandes sei aus

dem Parlamente zurückgekehrt in die Hände des Volkes und und zu den Waffen des Aufruhrs. Auf einer Volksversammlung in der Nähe Frankfurts reiften diese Pläne, die Aufregung ward auf's Höchste gesteigert, der Widerstand gegen den Beschluß der Nationalversammlung ward organisiert. Eine Adresse an die Nationalversammlung erklärte die Majorität derselben für Hochverräther, forderte frech den Austritt derselben. Die Adresse kam am folgenden Tage in das Haus, ihre Uebringener wehrte dessen Geschäftsordnung ab. Schon jedoch war dem Parlamente eine andere Ansprache zugebracht; es war, nach dem Ausdrucke eines Mannes der Linken, die Frakturschrift der Waffen, mit der man unser Todesurtheil zu schreiben gedachte. Ein Versuch des Eindringens in die Paulskirche war der Anfang blutiger Scenen. Die vordringlich Bewegenen wurden zurückgedrängt; den Sitz der Nationalversammlung umgaben — Dank der Vorsorge des Ministerium — die schützenden Bajonette von Mainz herüber gekommener Truppen. Aber das gescheiterte Attentat war nur das Signal zum Beginne des vorbereiteten Straßenkampfes. Während die Versammlung noch tagt, erheben sich Barrikaden in ihrer Nähe. Es war Mittag, als nach dem Schlusse der Sitzung das Gewehrfeuer des Militärs den Anfang des Kampfes bezeichnete; ein Aufstand nach der gewöhnlichen Technik des Barrikadenkampfes verbreitet sich rasch durch die Straßen. Mitglieder der Linken suchen den mehr als zweifelhaften Sieg durch ein glückliches Pacisciren zu vermitteln; sie finden im Palaste des Reichsministerium Entschlossenheit statt Nachgiebigkeit. Der Schwerpunkt der Revolution liegt heute nicht, wo er im März lag, die gesetzliche Macht liegt fest am Anker des neuerrungenen und geläuterten Rechts, der Sieg ist, wo die moralische Kraft; der Aufstand bleibt verlassen von dem vernünftigen Willen des Volkes, von dem Sinne der werdenden Ge-

schichte. Die Vermittler erreichen nichts, als eine halbstündige Waffenruhe, und inzwischen rücken neue Truppenmassen in die Stadt. Bei der Wiedereröffnung des Kampfes brechen die Barrikaden vor dem Feuer des Geschüzes und der folgende Morgen zeigt nur noch die Spuren eines unterdrückten Aufstandes.

Wer jedoch konnte sich dieses Sieges der Ordnung über die Gesetzlichkeit freuen, ohne zugleich tief durch den Eindruck dieses schmerzlichsten aller Kämpfe sich niedergeschlagen zu fühlen. Es gab Opfer zu beklagen, die der Thränen werth gewesen wären, auch wenn sie nicht dem Verbrechen und der Verblendung gefallen wären. Der innere Pragmatismus des Aufstandes warf dunkle Schatten bis in die Paulskirche hinein. Schwerer lastete der Verdacht gegen die intellektuellen Urheber als die Gewißheit ihrer Schuld. Die Entrüstung über das Geschehene mischte sich mit dem Schmerz über die Verblendung und die Korruption des Volkes, welches eine ehrgeizige oder phantastische Politik zu ihrem Werkzeuge gemacht hatte. Dem Patrioten mußte bange werden um die Zukunft des Vaterlandes, welches sich durch die Verwirrung aller Begriffe des Rechts und der Sittlichkeit zu dem Ziele staatlicher Freiheit und nationaler Einheit hindurcharbeiten soll. Erst allmählig jedoch trat uns der ganze Umfang des geübten und beabsichtigten Frevels vor Augen; denn während in den Thoren ein hinterlistiger und feiger Kampf gekämpft worden war, hatte vor den Thoren der Mord seine Opfer gefordert. Anfangs nur wie eine unglaubliche Sage vernahmen wir, was bald als gräßliche Wahrheit von Augenzeugen bestätigt ward.

Es mochte 5 Uhr Nachmittags sein, als der Fürst von Lichnowsky in Begleitung des Generals von Auerswald, beide unbewaffnet aus der Stadt ritten, ursprünglich um eine Botschaft an den Reichsverweser zu bringen; dann, wie es scheint,

durch einen rasch gefaßten Entschluß auf einen anderen Weg abgelenkt. Von Pöbelhaufen erkannt, verfolgt und von Schüssen empfangen, flüchten die Reiter nach manchem Hin- und Herirren in die nahe gelegenen Gärten. In einer Gärtnerwohnung suchen sie ein Versteck, indem die Verwirrung des Augenblicks und die Treue, welche Einen an den Andern band, ihnen den heilsamen Entschluß einer noch möglichen Flucht benimmt. Kurze Zeit, und sie sind von der Rote ihrer Verfolger entdeckt. Unter Mißhandlungen wird zuerst Auerwald vor den Garten geschleift, ein Schuß durch den Kopf streckt ihn rasch zu Boden; eine Viertelstunde später ist auch Lichnowsky in den Händen der Mörder. Sein Schicksal ist nach einem raschen und rohen Streite entschieden, jede Unterhandlung vereitelt das Geschrei der Masse, sie fordern: „Tod für den Volksverräther.“ Schon blutend aus einer scharfen Kopfwunde wird der Unglückliche fortgerissen; er dient endlich zur Zielscheibe ihrer Schüsse und noch der Gefallene wird furchtbar verstümmelt. Ein aus dem nahen Bornheim hinzukommender Trupp verscheuchte die Mörder und als jetzt die Freunde der Gemordeten in Begleitung von Militär herbeikamen, so fanden sie nur noch einen hoffnungslos Verwundeten, der auch unter den furchtbarsten Schmerzen fast keinen Augenblick das Bewußtsein seiner Lage verlor. Sie brachten Lichnowsky und die Leiche von Auerwald in die Stadt. Um 11 Uhr Nachts gab der Fürst seinen Geist auf. Es waren zwei Opfer, denen andere hatten folgen sollen. Denn während zwei andere unserer Collegen, Rittmeister von Boddien und Major Deeg, in der Ausübung ihrer militärischen Pflicht helfend und anordnend die Gefahren des Straßenkampfes getheilt hatten, so war Heckscher in Höchst nur mit Mühe den Verfolgungen des Pöbels entronnen, welcher stürmisch seine Auslieferung gefordert hatte. Noch Andere hatten in ähnlicher Gefahr geschwebt, Proscriptions-

listen sollen circulirt und die Führer der Majorität der Rache des irregeleiteten Volks signalisirt haben.

Wir aber, so sehr die Ereignisse uns vorwärts drängen, können an dieser Stelle nicht vorübergehen, ohne der Empfindung Raum zu geben, mit welcher uns die Nachricht von dem Tode der Beiden überraschte. Wenn in dem Augenblicke ihres Verlustes das Schreckliche sich dergestalt häufte, daß das Gefühl des Schmerzes durch die Gewalt der Dinge ausgelöscht und durch den Hinblick auf dasjenige aufgefangen wurde, was uns zunächst zu hoffen oder zu thun übrig bleibe, so drängt sich je länger je mehr die persönliche Empfindung und die Erinnerung an den eigenthümlichen Werth jener Männer in den Vordergrund. Dieser Erinnerung einen Ausdruck zu geben, kann dem Zwecke dieser Blätter nicht abgelegen scheinen.

Nur eine kurze Bekanntschaft hat uns mit Hans von Auerwald verbunden; wir haben seine Kenntnisse schätzen, seinen Pflichteifer bewundern gelernt. Wenn aber irgend Etwas für das Wesen dieses Mannes bezeichnend war, so ist es dies, daß auch eine kürzere Bekanntschaft keine der Tugenden verborgen ließ, welche eine längere Bekanntschaft an ihm zu rühmen weiß. So offen und unverhüllt, so bieder und gerade war sein Charakter. Es waren die Tugenden des Privatmannes, die er hinübertrug in das öffentliche Leben. Schönend, vermittelnd und rücksichtsvoll, so suchte er jedem Verhältniß gerecht zu werden, suchte er Ansprüche gegen Ansprüche auszugleichen. Voll deutscher Gesinnung hat er durch seinen Tod die Schuld bezahlt, daß er das Interesse seines engeren Vaterlandes mit dem deutschen zu vermitteln strebte; er ist untergegangen an dem Namen der Auerwald, indem er selbst diesem Namen Ehre machte. Und nun ist der gerade und offene Mann durch die niederträchtige Hinterlist von Mordhändlern gefallen: dem Braven und Tapferen war nicht

einmal das beschieden, daß er im ehrlichen Kampfe durch ehrliche Gegner falle!

Wenn hier etwas Tröstliches, so ist es nur das Eine, daß er einen Genossen seines Schicksals hatte und daß gerade die Treue der Beiden das gemeinsame Verhängniß über ihren Häuptern zusammenknüpfte. Ein glänzender Stern ist mit dem Fürsten Lichnowsky untergegangen, ein Schatz des frischesten Lebens mit ihm in's Grab gesunken! Wäre nicht das Ende seines Lebens ein namenloses Unglück, so dürfte man sagen, er habe in der Fülle des Glücks gelebt. Denn von zwei köstlichen Dingen hatte ihm die Natur das Eine verliehen. Wenn sie den Einen jenen Widerstand des Willens verleiht, den das Leben allem Wechsel der Dinge gegenüber zum unbeugsamen Charakter bildet, so genießen Andere glückliche Tage, indem sie den Werth des Moments zu kosten und von den vorüber-eilenden Dingen das Edelste und Beste ihrem eigenen Wesen einzubilden verstehen. So hatte den Fürsten in einem vielbewegten Leben manches Glänzende mit Liebe und Leidenschaft angezogen. Den verschiedensten politischen Interessen hatte er sich, immer ritterlich und immer warm, gewidmet. Ihn hatte endlich die Zeit mit ihrem großen Drange in die Bestrebungen derjenigen hineingerissen, die der Eifer um die Freiheit ihres Volkes zu Gegnern der Willkür und der Gesetzlosigkeit macht. So hat er, von uns mitgetragen und mitbestimmt, reichlich geholfen an dem Aufbau des großen Werkes, das er nicht vollendet sehen sollte. Der Mann des Augenblicks, trug er die Leidenschaft des Augenblicks auf die Tribüne. Die ganze Frische der ersten Empfindung gab seinen Worten jene blühende Färbung, jenen stechenden Reiz. Nicht er, sondern die Situation schien zu sprechen. Er war der Meister des Impromptu; jede Unterbrechung war ein Triumph für seine Beredsamkeit, jeder Widerspruch entlockte ihm ein

glänzendes Wort der Entgegnung. Er war im vollen Sinne des Wortes der Held der Tribüne. Immer tapfer, oft feck und heftig, wußte er immer mit edlem Anstande die Regeln des parlamentarischen Kampfes inne zu halten.

Wie oft hat er so vor uns gestanden, wie lebendig und unverlöschbar ist uns das Bild des Redners eingeprägt, der noch in dem letzten heißen Kampfe das Wort der Versöhnung redete. Uns Allen wird sein ritterliches und geistreiches Wesen unvergessen bleiben, denen aber, die ihm näher standen, wird die Erinnerung doppelt werth durch die Liebenswürdigkeit seines persönlichen Begegnens. Und auch dem Schicksal wollen wir nicht zürnen, daß es uns den Raschen so rasch entrückte, denn es gemahnt uns wieder an Göthe's Wort: Auch er ist auf der höchsten Stufe des Glücks und des Ansehens, der Welt verschwunden. Auch er genießt „im Andenken der Nachwelt den Vortheil, als ein ewig Tüchtiger und Kräftiger zu erscheinen: denn in der Gestalt, wie der Mensch die Erde verläßt, wandelt er unter den Schatten und so bleibt uns Achill als ewig strebender Jüngling gegenwärtig“.

Rückwirkung auf die Versammlung. Parteigestaltung.

Wenn sich, wie vielleicht nie eine andere Versammlung, die unfrige ihres Präsidenten rühmte, so war es, weil dieser Mann mit dem ganzen Nachdruck einer reinen sittlichen Natur das bessere Bewußtsein der Versammlung zu repräsentiren und ihr in bedeutungsvollen Momenten ihren eignen Genius entgegen zu halten verstand. Wie Gager n's Sinn gleichsam an unsichtbaren Fäden die Richtung unserer wichtigsten Beschlüsse leitete, das haben wir mehrfach durch unsere Erzäh-

lung durchscheinen lassen. Jetzt aber war wieder ein solcher Moment eingetreten, in welchem die Versammlung sich geistig zusammennehmen und über die Ereignisse sich erheben mußte, die, obgleich außerhalb ihres Bezirkes geschehen, dennoch ihre Bestimmung zu verrücken, ihr Werk zu vereiteln, ja sie selbst zu vernichten drohten. Gager n's Worte gaben dem verhängnißvollen Moment seine Weihe. „Die Bewegung in unserem Vaterlande,“ so eröffnete er die Sitzung des 19. September, „und seine Neugestaltung hat neue Opfer verlangt. Ich sagte: verlangt. Das ist ein unrichtiger Ausdruck, sie sind muthwillig und barbarisch hingeschlachtet worden!“ — und er erwähnte nun des Todes unserer Genossen und er legte den ganzen Ausdruck der Entrüstung in die Erzählung, daß sie „auf die niederträchtigste Art meuchlings ermordet, geschlachtet worden.“ — „Ich will nicht aufregen,“ fuhr er fort, „aber das Gefühl der Schaam für die Schmach, welche durch solche That über die Nation kommt, kann ich nicht unterdrücken.“ Er kam weiter auf die Veranlassung des Aufstandes. Diese Veranlassung liege in einem Beschluß der Versammlung, die Mehrheit habe dabei anders entschieden, als die Minderheit dem empfindlichen Gefühl für Nationalehre entsprechend gehalten; „und für diese Entscheidung,“ hieß es weiter, „verlangt die Nation den Gehorsam Aller. Dieser Gehorsam ist von einer Anzahl verblendeter oder irregleiteter Menschen verweigert worden. Daß aber eine solche bössliche und auflösende Weigerung des Gehorsams nicht ungestraft hingehen kann, darüber wird in dieser Versammlung kein Zweifel obwalten.“ — Ein wiederholtes „Nein!“ unterbrach den Redner, welcher jetzt dazu überging, den Charakter des Aufstandes nach allen Seiten zum Bewußtsein zu bringen. Er führte aus, wie derselbe angestrebt habe gegen die Einheit unseres Vaterlandes, wie er ein Verbrechen gegen die Freiheit

gewesen und wie er endlich ein Attentat gegen die Menschlichkeit und die Gesittung sei. Ueberall aber, indem er so die Schattenseite unserer Zustände hervorhob, ließ er die Zuversicht auf eine bessere Zukunft und den Glauben an die Kraft der Versammlung hindurchleuchten. „Wir werden“, rief er aus, „unseren Weg einhalten, der auch die Freiheit schützt. Wir werden keinem Gelüste Vorschub leisten, das etwa rückwärts führen könnte.“ Einige politische Betrachtungen, wie der Redner sich ausdrückte, machten den Schluß seiner Rede. Er wies hin auf die Zerwürfnisse in der Versammlung, selbst auf den Partei- und Cotteriegeist, der die Ereignisse mit verschuldet habe und er wies hin auf die precäre Lage, in welcher sich eine provisorische Regierung und ihre Rathgeber nothwendig befänden, indem ihr die gewöhnlichen Mittel fehlten, eine durch aneinanderschließende Interessen entstehende Majorität zu gewinnen. „Aus dieser Betrachtung,“ fuhr er nun fort, „folgere ich zwei Dinge: Es ist leicht, mittelst dieser Versammlung, bei einer Velleität von Abneigung gegen einzelne Persönlichkeiten, bei der Unzufriedenheit und Kritik über einzelne Regierungshandlungen, ein Ministerium zu stürzen, aber schwer, daß ein solches sich wieder gestalte, und daraus muß für diese Versammlung die Warnung hervorgehen, daß es unerläßlich sei, ehe wir zu entscheidenden Beschlüssen schreiten, wie dieß jüngst der Fall war, unseren ganzen Zustand in Erwägung zu ziehen und genau zu untersuchen, worum es sich handelt. Eine weitere Folge ist die: Wir sind in der Lage, die uns die Pflicht auferlegt, das provisorische Ministerium stützen zu müssen, die Ereignisse und ihre Entwicklungen sind bedeutend, ein kräftiges und entschiedenes Eingreifen dringend, und die Verantwortung, die auf den Ministern ruht, groß. Es sind Maßregeln zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe von dem Reichsministerium ge-

trossen worden, und wir werden gewiß zu Allem die Hand bieten, was zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung nothwendig ist; und zwar sowohl zur Erhaltung der Achtung vor dem Gesetze, als auch zur Kräftigung der Vollziehung. Ich bin überzeugt, die Mehrheit dieser Versammlung, Alle werden daran mitwirken. Wollen wir die Freiheit, so müssen wir sie mit Maß wollen und ihr Maß lehren. Wollen wir die Einheit, so lassen Sie uns vor Allem hier einträchtiger zusammenwirken!“

Wiederholter stürmischer Beifall hatte diese Worte begleitet und unterbrochen. Es war ein Augenblick, wie der, als an demselben Tage vor vier Monaten derselbe Mann zum ersten Mal zu uns geredet hatte. Durchdrungen von dem Ernst des Vergangenen blickte Jeder mit großen Vorsätzen auf das Kommende. Die Versammlung war in die zweite große Epoche ihrer Wirksamkeit eingetreten. Uns durchströmte einen Augenblick das Gefühl des Neugesenesenen, der eine schwere Krisis durch die Kraft des Lebens überstanden hat, denn unter dem Eindruck von Gager'n's Worten schienen die gebrochenen Lebensgeister zusammen zu strömen, wir sammelten uns zu neuem Muth und neuem Gemein Sinn. Es geschah unter der Nachwirkung dieser Stimmung, daß die Versammlung sofort eine dreifache Erklärung votirte, auf welche ein Mitglied unserer Partei den Antrag gestellt hatte. Dem Reichsministerium wurde die volle Zustimmung zu den von ihm zur Unterdrückung des Aufruhrs und Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung ergriffenen Maßregeln ausgesprochen; es wurde demselben ferner die kräftigste Unterstützung bei allen zur Erhaltung der Einheit und Freiheit Deutschlands noch ferner zu ergreifenden Maßregeln zugesichert, und es wurde endlich den deutschen Reichstruppen für die von ihnen bei Unterdrückung des Aufruhrs bewiesene Hingebung und Mäßigung der Dank des Va-

terlandes ausgedrückt. Ging es nach unserem Sinne, so sollte Nichts an diesem Tage jenes einträchtige Zusammenwirken stören, zu welchem Gager n noch eben ermahnt hatte. Es lag nahe, durch ein Botum, welches den Aufruhr als ein Verbrechen brandmarkte, die Gesinnung der Versammlung auf die Probe zu stellen, die Schuldigen zu sichten und das Brandmal jener Ereignisse auch ihnen auf die Stirne zu drücken. Wir zogen es vor, mit dem ungeschwächten Eindruck eines möglichst einmüthigen Beschlusses vor die Nation zu treten. Wir verzichteten auf die schon beantragte namentliche Abstimmung und nur mit tiefem Bedauern sahen wir, daß es schwer sein werde, mit einer Partei in Eintracht zu bleiben, welche theilweise sogar dem letzten Beschluß ihre Zustimmung versagte, und welche trotz des, ihr entgegengehaltenen *videant consules*, dem zweiten fast in ihrer Gesamtheit sich widersetzte.

Bergebliche Hoffnung, mit denen zusammen zu gehen, die sich bereits nicht scheuten in ihrem Parteiblatt den Aufstand als eine „nuglose Vergendung heldenmüthiger Begeisterung“ zu bezeichnen, welche fortführen die Majorität in dem Tone der auf der Pfingstweide Versammelten anzugreifen und auf welche immer schwerer der Verdacht sich zusammenzog, daß sie die Schuldigen in ihrer eigenen Mitte hielten! Hier war kein Pacisciren denkbar, und wenn die Geister unserer Ermordeten uns nur, wie jenen Hamlet zu Träumen, statt zu Thaten anregten, so war es nicht zweifelhaft, daß das Schicksal der Girondisten bald auch das unsrige sein werde. Zwischen der doppelten Gefahr, die Freiheit weder einer neuen Reaction, noch dem Uebermuth einer im Parlament noch unbefiegten anarchistischen Partei zur Beute zu lassen, mußten wir kühn und entschieden hindurchsteuern. So einfach lag unsere Aufgabe — und doch ergriffen wir sie erst dann mit Entschlossenheit, nachdem eine schwere Niederlage noch einmal den Abgrund

erleuchtet hatte, an dessen Rand wir uns schauernd geführt sahen.

Unsere Partei hatte den Antrag in die Versammlung gebracht, an die Nation eine Ansprache zu erlassen, ein Wort der Aufklärung über die letzten Begebenheiten, ein Wort der Ermahnung zu kräftigem Beistande, ein Wort, welches auf's Neue den Glauben durch die Gauen des Vaterlands tragen sollte, daß noch immer die Fahne der Hoffnung da wehe, wo die Vertreter des Volks zur Begründung der Einheit und Freiheit des Vaterlands tagten. Der Antrag ward angenommen, eine Commission zur Entwerfung der Adresse niedergesetzt, schon in den nächsten Tagen sollte die Stimme der Versammlung in allen Theilen des Vaterlandes wiederklingen.

Die Adresse ward nicht erlassen. Der Entwurf dazu, es ist wahr, litt an allen den Mängeln, die jede vielköpfige Redaction mit sich bringt: aber daß sie ungenügend vertheidigt wurde, daß ein fetter und beredter Angriff auf dieselbe fast unbeantwortet blieb; daß in dieser Rede eine Gegenadresse im Sinne der Linken eine Anschauung der letzten Ereignisse aufstellte, wonach der Aufstand nur deshalb zu mißbilligen sei, weil er mißlungen, — das war eine Niederlage, für unsere Sache um so bedenklicher, da sie durch die Schuld unsrer eigenen Zerfahrenheit und durch den Mangel fester Parteiorganisation in einem Augenblick eintrat, wo mehr als je die Sammlung aller Kräfte, die Concentration aller Mittel geboten schien.

Aber noch war es Zeit. Erst die Niederlage lehrte uns, wie kostbar der Moment sei. Erst mußten wir unsere Schäden gründlich fühlen, ehe wir sie heilen konnten. Eine Neugestaltung unseres Parteilbens war die Folge und wie die Errichtung einer provisorischen Centralgewalt die erste Veranlassung zu einer vollständigen Gliederung der Fractionen geworden war,

so gaben jetzt die Septemberereignisse den Anstoß, jene Gliederung zu revidiren und die Parteien theils in sich neu zu kräftigen, theils untereinander in ein neues Verhältniß zu rücken. Und so ist hier der Ort, die bisherigen Schicksale und Wandlungen der Parteien bis zu der nun eingetretenen Katastrophe zu überblicken.

Die am meisten progressivistischen Parteien, sonderbar genug, hatten sich in ihrem eignen Zusammenhalt als die stetigsten und conservativsten bewährt. Auf ihnen lastete das Gesetz der Noth und der Zwang der Minorität. Was diese am frühesten zusammenggeführt hatte, das hielt sie auch am längsten zusammengebunden. Nur unbedeutende Schwankungen hatten sich auf der linken Seite des Hauses bemerklich gemacht. Die äußerste Linke oder die „demokratisch-radikale Partei“ rühmte von sich, daß ihr entschiedenes Auftreten gegen das Gesetz vom 28. Juni ihr neue Anhänger und eine Verstärkung aus der benachbarten Partei der Linken zugeführt habe, und wiederum hatte eine in Folge der Polendebatte im Schooße der Linken ausgebrochene Uneinigkeit sogar den Führer der Linken zeitweilig noch weiter nach jenseits getrieben, aber im Ganzen standen die Blum'sche und Ruge'sche Linke in fester Organisation nebeneinander, eng verbunden in der Opposition gegen uns, hierin allein ein Muster für ihre Gegner.

Die größte Fluctuation, wie begreiflich, herrschte im linken Centrum. Kaum ein Monat war verstrichen seit der Entstehung dieser Gesellschaft, und die momentan zusammengeschmolzenen disparaten Elemente flohen auseinander. Es war ein natürlicher und längst vorhergesehener Prozeß der Scheidung, durch welchen sich von dem linken Centrum eine gemäßigtere Linke ablöste; es war die Linke in „Westendhall“, welche sich sofort aus allen entschieden radikalen Stoffen zusammenballte und mehr durch persönliche Antipathien, als durch

prinzipielle Unterschiede von einer Verbindung mit den Anhängern Blum's sich abhalten ließ. Damit aber recht offenbar werde, daß nicht sowohl der geschriebene Buchstabe eines Programmes als die Personen und deren practisches Verhalten den Charakter der Parteien bezeichnen, so nahm die neue Linke das Programm des „Württembergers Hofes“ in die „Westendhall“ mit hinüber, indem sie nur durch strengere Statuten den Sinn und die Bedeutung desselben schärfer accentuirte.

Die Zurückgebliebenen indeß entgingen ihrem Schicksale nicht. So tief lag es in der Natur dieser Grenzpartei, der Sammelpfad revolutionärer Neigungen zu sein, daß das Ende der Einen Krisis nur der Anfang einer neuen sein konnte. Das linke Centrum, indem es sich von neuem füllte, zog nur neuen Krankheitsstoff in seinem Schoße zusammen und ging einem zweiten Bruche entgegen. Wenn eine Zeit lang beide Centren zusammengegangen waren, so enthüllte die erste große Prinzipienfrage die Differenz zwischen uns und ihnen, und die Verschiedenheit der Ansichten unter ihnen selbst. Das linke Centrum gab den Ausschlag in der Sistrungsfrage: man hatte dort die Sistrung zur Parteisache gemacht. In der Hauptfrage hatte sodann der Abfall eines Theils der Gemäßigten die Entscheidung zu unseren Gunsten gelenkt; die Wahl eines neuen Präsidenten und die Frage über die Stellung der Partei dem neu zusammgetretenen Kabinet gegenüber brachte endlich eine Differenz zum Ausbruch, welche zuletzt jede Bewegung der Partei gelähmt und gebrochen hatte. Dem Namen nach behauptete die linke Seite das Feld, die Gemäßigten waren die Ausschcheidenden; wenn jedoch nicht Alles trägt, so sind es die Ausgewanderten, bei denen ein selbständiges und tüchtiges Parteileben sich glücklicher als bei den Zurückgebliebenen entfalten wird.

Wir kommen zu den Schicksalen unserer eigenen Partei. Nicht die Nähe der Linken, sondern die numerische Stärke war es, welche auch dem rechten Centrum eine Krisis bereitete, nicht unähnlich denen der Nachbarpartei. Wie wäre es möglich gewesen, in einer Gesellschaft von nahe an zweihundert Mitgliedern eine durchaus gleichmäßige Temperatur der Ansichten und der Gesinnungen zu erhalten; der Mangel eines Programms begünstigte die Lässigkeit unserer Gesetze. Die Toleranz der Partei war der Boden, auf dem sich die verschiedensten Prinzipien vertrugen. Der Name eines Centrum war populärer, als der Name der Rechten, und so geschah es, daß auch von Denjenigen Einzelne sich zu uns zählten, die ihr Prinzip in das steinerne Haus wies. Wir waren, um es kurz zu sagen, in unserer besten Zeit die allgemeine, die gleichsam katholische Partei: die Andern waren Secten und Häresien, welche uns, dem Stamme der Majorität, theils näher, theils ferner standen. Der Latitudinarismus unserer Politik brachte uns die bunteste Mischung unserer Elemente, aber er bedingte zugleich die Majorität, durch welche wir herrschten, und wenn er gelegentlich Indolenz und laxere Disciplin erzeugte, so schienen die Fälle häufiger, in denen er uns den Sieg und die parlamentarische Entscheidung in die Hand gespielt hatte.

Wie dem aber sei: es erzeugte sich in unserer Mitte eine Gruppe von Unzufriedenen, welche lebhafter als die Andern jene Mißstände fühlten, welche die Vortheile geringer anschlügen, welche im engeren Kreise für sich selbst eine größere und freiere Wirksamkeit hofften. Sie beabsichtigten von Zweien Eins zu thun: die Partei zu läutern oder sich selbst als Zweigpartei zu konstituiren.

Es war in den letzten Wochen vor der Waffenstillstandsfrage, und wenn der Mangel an Prinzipienfragen eine Par-

teireform weniger als je nothwendig machte, so gewährte er andererseits die volle Muße dazu, indem er zugleich den Zusammenhalt der Gesellschaft lockerte. Während daher die Einen den Mißvergnügten anriethen, das Eintreten solcher Prinzipienfragen und den Einfluß ihrer abstringirenden Kraft abzuwarten, so drängten diese dagegen gerade jetzt zur Ausführung ihres Entschlusses und setzten denselben mit praktischer Ungeduld gegen den vielgescholtenen „Doctrinarismus“ der Partei durch. Sie forderten plötzlich die Annahme eines Programms, die Entwerfung von Disciplinarstatuten, schlugen vor, das Programm des linken Centrum auch zu dem unsrigen zu machen. Ihnen ward erwidert, was sich erwidern ließ: Es heiße das Wesen unserer Gesellschaft zerstören, wenn man dieselbe durch ein prinzipielles Credo binden wolle, denn was uns binde, sei weniger die Ansicht, als die wesentlich gleiche Gesinnung der Verbundenen, und dem Politiker sei es unmöglich, nach abstracten Prinzipien das Handeln für alle Fälle und alle Lagen voraus zu bestimmen; er werde darum nicht weniger in jedem gegebenen Falle das Angemessene ergreifen; zuverlässiger als Prinzipien seien die Weisungen, die der gesinnungsvolle Mann in den gefährlichsten Situationen am meisten von dem lange geübten und erprobten Charakter empfangen. Es heiße auch mit der Geschichte der Partei brechen, denn in ihrer bisherigen Organisation habe sie sich bereits bewährt, sie sei ohne Programm die Trägerin der wichtigsten Abstimmungen, ohne Programm die Stütze der mit und durch sie geschaffenen Centralgewalt gewesen.

Solche Gründe siegten bei der Mehrheit, aber sie verhinderten nicht, daß eine Minderheit ihren Plan zu Ende führte. Die Aufstellung eines Programms ward abgelehnt und am folgenden Tage zeigten einige zwanzig Mitglieder ihren Austritt an. Nicht eine prinzipielle Spaltung, sondern eine Trennung von

Personen war erfolgt. Nicht um ein neues Prinzip sammelten sich die Kolonisten im „Landsberg“; ihr Motiv war die Trennung selbst und der Wunsch nach praktischer Selbständigkeit. Die Gefahr aber lag darin, daß die Scheidung, um sich selbst zu motiviren, einen Unterschied des Prinzips nach sich ziehen, daß die Belleität der Besonderheit zur Besonderheit werden und daß der Zug der Bewegung jene befreundeten Männer unversehens nach links treiben konnte. Glück genug, daß bisher diese Gefahr nicht wirklich geworden. Wenn uns bisher der aparte Wille der neuen Gesellschaft zuweilen lästig wurde, so wurde sie uns doch nie durch abweichende Grundsätze gefährlich. Sie fühlten sich nach wie vor mit uns, wir uns mit ihnen auf gleichem Boden, ein freundschaftliches Zusammengehen zeigte sich durchaus möglich und die Gefahr der letzten Zeit ließ die nie gelöste Verbindung noch enger werden.

Lebhafter, wie gesagt, hatten wir niemals diese Gefahr empfunden, als nachdem die Rede von Vogt und die Zusammenhanglosigkeit der rechts gelegenen Fractionen den Erlaß jener Ansprache an die Nation vereitelt hatte. Derselbe Augenblick, welcher die geheimsten Gedanken unserer Gegner enthüllt hatte, schien ihre Geltung nicht zu brechen, sondern zu vermehren. Das revolutionäre Prinzip schien zu triumphiren, während ein Aufstand es compromittirt hatte und die Freunde der Ordnung schienen schwach, während das Geschehene eine dringende Aufforderung zur Wachsamkeit war. Wir waren eben an einem Wendepunkt angekommen. Unser Entschluß war rasch gefaßt. „Wir müssen“, sagte Bessler in einer Abend Sitzung unseres Klubs, „jene alte Majorität reconstruiren, durch die wir im Mai und Juni der Linken so weit überlegen waren. Ist sie, wie begreiflich, im Verlauf der Debatte in verschiedene Fractionen auseinandergegangen, so werden wir diese Fractionen zwar nicht zur unterschieds-

losen Masse wieder zusammenschütten können, aber ein gemeinschaftliches Band muß sich finden lassen, welches, ohne die Selbständigkeit der einzelnen Gesellschaften aufzuheben, die Basis eines gemeinschaftlichen Wirkens bei allen großen Fragen im Interesse der Freiheit und Ordnung wird. Die Centren müssen sich vereinen und condensiren, indem sie sich scharf und entschieden wie gegen die Linke, so gegen die Rechte abgrenzen.“

Und so forderte denn derselbe Mann, welcher neulich gegen die Aufstellung eines Programms polemisirte hatte, jetzt den Erlaß einer Erklärung, geeignet, theils das linke Centrum an uns heran zu ziehen, theils die äußerste Rechte gegen uns abzugrenzen. Was einst unzeitig geschienen, weil es die Einheit zu zerstören drohte, das schien jetzt an der Zeit, weil die Gefahr unserer Lage die Herstellung einer größeren Einheit nothwendig machte. Die vorgeschlagene Erklärung ward fast einstimmig acceptirt. Hier ist sie:

„Die Gesellschaft im Casino hat sich als eine constitutive, ohne formelles Programm gebildet, sie bekennt sich aber zu folgenden Grundsätzen:

1) Im Verfassungswerk Festhalten am Beschluß der Nationalversammlung vom 27. Mai d. J.:

„Die deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Willen des Volks und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erklärt: daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letztern als gültig zu betrachten sind, — ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet.“

2) Die Einheit Deutschlands ist vor Allem zu erstreben, daher kein Particularismus, aber Anerkennung der den einzelnen deutschen Staaten und Stämmen in der Gesamtheit gebührenden Besonderheit.

3) Die politische Freiheit soll fest begründet werden, — also keine Reaktion; aber mit aller Entschiedenheit ist für die öffentliche Ordnung gegen die Anarchie zu kämpfen.“

Eine förmliche Geschäftsverbindung mit denen im „Landsberg“, sowie mit dem linken Centrum gelang jetzt in der That. Ein dirigirendes Comité, von jeder der drei Gesellschaften besetzt, ward niedergesetzt, um gemeinsame Operationen vor auszube-sprechen und vorzubereiten. Unsere Gesellschaft beschleunigte überdies die Annahme schon früher entworfener Statuten und eine durchaus zweckmäßige und wirksame Parteiorganisation schien gelungen, — wenn nur nicht der Abschluß der Parteien nach rechts gerade jetzt gefehlt hätte, wo er nöthiger war, als jemals.

Denn die Gesellschaft im steinernen Hause, von jeher mehr eine Gesellschaft mit conservativen Elementen, als eine festgeschlossene, durch ein Prinzip zusammengehaltene Partei, war deutlich in der Auflösung begriffen. Viele von dort waren allmählig zu uns herübergetreten, Andere waren überhaupt ausgeschieden —: man konnte zweifeln, ob es eine Rechte überhaupt noch gebe. Das Schlimmste aber war, daß ein uner-seglicher Verlust uns drohete, indem B i n k e, eben durch diese Lage der Dinge bestimmt, auf das Ernstlichste daran dachte, aus der Versammlung auszutreten. Die Zeit war nach seiner Anschauung der Verhältnisse gekommen, in welcher eine aggressive Polemik gegen die Linke eröffnet werden mußte, wenn nicht die ganze Versammlung durch die Wucht des Radikalismus immer

tiefer in den Abgrund der Revolution hineingerissen werden sollte. Mehr als je müsse daher jetzt den revolutionären Gedanken und deren forttreibender Consequenz ein ebenso unbittliches, ein ebenso consequentes conservatives Prinzip entgegengestellt werden. Wir wissen, daß er dieses Prinzip in seinem „Rechtsboden“ fand, in der Theorie, daß die Gesamtverfassung Deutschlands von der Nationalversammlung mit den Einzelregierungen zu vereinbaren sei. War es ihm nun an sich schon peinlich, daß er sich mit diesem Prinzip fast völlig isolirt in der Versammlung befand, so empfand der wackere Mann noch viel schmerzlicher, daß er der bestehenden Majorität, statt nützlich, zuweilen sogar schädlich geworden sei. Denn unbeugsam, wie er war, hatte ihn wiederholt die Treue an seinem Prinzip auf die Tribüne gerufen, um gegen die Ansichten und Interessen der Majorität zu sprechen. Hatte er zuweilen, eben deshalb, die Enthaltensamkeit gehabt, lieber aus der Sitzung fort zu bleiben, als seinem Prinzip gemäß gegen die befreundete Majorität zu stimmen, so schien ihm doch bei einem solchen Verhalten und einer solchen Stellung eine stetige und erspriessliche, geschweige denn eine erfreuliche Wirksamkeit nicht möglich. Er glaubte unter solchen Umständen der Sache seines engeren Vaterlandes mehr nützen zu können, als der des gesammten Deutschlands, ja er fürchtete, daß nach den letzten Ereignissen auf dem von der Majorität eingehaltenen Wege jene gehoffte Einheit Deutschlands überhaupt nicht zu Stande kommen werde. In dem Momente, wo wir seiner am meisten bedurften, theilte er uns den Entschluß seines Austritts mit.

Und so sollten wir denn, nachdem so eben auch Pichonowsky's redefertiger und beredter Mund auf immer verstummt war, auf's Neue eines der glänzendsten Talente verlieren, sollten es verlieren, nachdem uns so eben eine unüber-

treffliche Rede die ganze Bedeutung des Mannes gezeigt hatte. Dazu die moralische Wirkung dieses Schrittes, gleichsehr innerhalb wie außerhalb der Versammlung und endlich dieß, daß mit Vincke's Austritt die Existenz einer äußersten Rechten gestrichen schien. Werden nicht die Centren, nach rechts nicht mehr gedeckt, unfehlbar nach links hinüber gedrückt werden, wird nicht die Versammlung, des Gegengewichts der Kräfte beraubt, in die Gewalt der Revolution fallen, die Majorität allmählig zur Minorität werden?

Diese Erwägungen, diese Vorstellungen wirkten. Vincke blieb, wenn er eine Partei fand, und die Bildung einer Partei war durch Vincke's Bleiben bedingt. Man fand sich, man verständigte sich, man kam sich entgegen. Wenige Tage der Ueberlegung und der Berathung; die im rechten Centrum angenommene Erklärung beschleunigte den Prozeß der Scheidung, an dreißig Stimmen sammelten sich um den tapferen Stimmführer und eine Rechte, compact wie nie zuvor, stand auf ein Mal neben uns, um mit Vincke das Prinzip der Vereinbarung, das Prinzip des starren Rechts gegenüber der Revolution zu vertheidigen.

In festgeschlossener Kette liegen die Parteien nebeneinander. Von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken ist jeder Standpunkt, jedes Prinzip, jede Nuance eines Prinzips durch abgeschlossene Gruppen in der Versammlung repräsentirt. Die centralen Fractionen sind überdieß zu einem freundschaftlichen Verkehr aneinandergerückt, das Interesse der Ordnung gegen die Anarchie bildet einen übergreifenden Zusammenhalt unter allen Fractionen der Majorität und die Hoffnung auf das Gelingen eines großen organischen Werkes erhebt sich von Neuem durch den Hinblick auf die neugeschaffene Organisation der Versammlung. Wir dürfen für diesmal schließen, nach-

dem wir ein Bild von der inneren Gährung, von den in der Tiefe wirkenden Kräften entworfen haben, deren oberflächliche Erscheinung es allein ist, welche in dem Wellenschlag der parlamentarischen Debatte dem Fernerstehenden sichtbar wird.